

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis für den Monat 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (frei gebrauchte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Zentrumspolitik und Zentrums-taktik.

Nach dem Abschluß der Reichsfinanzreform im vorigen Jahre veröffentlichte der „Vorwärts“ zwei „Das neue Zentrum“ überschriebene Artikel, in denen die Auffassung vertreten wurde, daß das Zentrum aus dem liberal-konservativen Blockinterregnum, so kurz auch dessen Dauer gewesen sei, als eine in seinem inneren Gefüge wesentlich veränderte Partei hervorgehe. Seine Ausschaltung aus der Regierungsmehrheit habe in ihm eine innere Verschiebung der Machtverhältnisse, Stimmungen und Bestrebungen ausgelöst. Die feudal-reaktionären Elemente des Zentrums hätten während des liberal-konservativen Konfubinat ihren Einfluß wesentlich erweitert, und vor allem hätte der hohe Klerus eine Machtstellung im Zentrum erlangt, wie er sie seit den Kulturkämpfen nicht mehr besessen habe.

Daraus wurde zum Schluß die Folgerung gezogen: „Das Zentrum wird, daran ist nicht zu zweifeln, wieder Regierungspartei werden; aber es tritt in die neue Ära als eine wesentlich veränderte Partei ein. Fester als jemals hält der hohe Klerus die Leitungsfäden in der Hand, mehr als jemals wird das Zentrum daher sich in den Dienst der Vatikanpläne stellen; und mehr als früher werden seine konservativen Elemente den Ausschlag geben. Es ist deshalb auch nicht zu erwarten, daß das Zentrum sich zu irgendwelchem politisch ernstlich in Betracht kommenden Widerstand gegen die imperialistische Weltpolitik aufrafft, noch daß es für eine Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts eintritt, die in seinen eigenen Reihen den proletarischen Elementen eine größere Geltung verschafft.“

Die leitenden Blätter des Zentrums, voran die „Germania“ und die „Nöln. Volksztg.“, brachten damals Gegenartikel, in denen mit gut gespielter Entrüstung behauptet wurde, der Verfasser der „Vorwärts“-artikel verkenne völlig das Wesen des Zentrums. Das Zentrum sei und werde bleiben, was es seit seiner Entstehung gewesen sei; und was die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen anbetraf, so würde vielleicht bald schon die Prophezie des „Vorwärts“ gründlich Lügen gestraft werden.

Seitdem sind sieben Monate vergangen — und die Voraussage hat sich bereits in allen Teilen bestätigt. Die Einbringung der preussischen Wahlrechtsvorlage bot dem Zentrum die günstigste Gelegenheit, endlich die in den letzten Jahren von seiner Presse abgegebenen Versprechungen einzulösen und energisch für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen einzutreten; aber die Leitung der Zentrumspartei rührte und regte sich nicht. Alle früheren Versufungen der Zentrumsblätter darauf, daß doch schon Windthorst am 26. November 1873 im preussischen Abgeordnetenhaus die Forderung der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gestellt habe, diese Forderung also zu den alten heiligen Ueberlieferungen der Zentrumspolitik gehöre, waren nun, als sich die Aussicht bot, durch eine energische Agitation in Versammlungen und in der Presse die Befolgung des Zentrums gegen die von Bethmann Hollweg eingebrachte niederträchtige Vorlage aufzubieten und diese zu Fall zu bringen, plötzlich vergessen. Wohl konnten die Zentrumsblätter nicht umhin, das traurige Nachwerk Bethmannscher Staatskunst zu kritisieren; aber zu einer entschiedenen Beurteilung seiner reaktionären Bestimmungen, zur energischen Forderung des gleichen und geheimen Wahlrechts schwang sich keines der klerikalen Presseorgane auf. Angstlich vermieden sie, die Zentrumsfraktion irgendwie festzulegen und zu binden. Die Einbringung der neuen Vorlage wurde vielmehr als eine politische Bagatelle behandelt, weniger wichtig, als die Lehrermahregelung in Rattowik. Mit einiger Entschiedenheit wurde nur die Forderung der geheimen Abstimmung gestellt; im übrigen begnügte sich die leitende Zentrumspresse mit der Vordrängung einzelner mehr oder minder nebensächlicher Bestimmungen und der stetig wiederkehrenden billigen Versicherung, daß die Vorlage in der gegenwärtigen Fassung mangelhaft sei, daß sie deshalb gründlich umgestaltet werden müsse, und daß das Zentrum sich deshalb der schweren Aufgabe unterziehen wolle, den Entwurf möglichst zu verbessern; eine Arbeit, die jedoch nur dann geleistet werden könne, wenn die Vorlage in einer Kommission sorgfältig durchberaten werde.

Offensichtlich wollten die leitenden Zentrumsmitglieder freie Hand behalten, um mit den Konservativen, mit denen sie die letzte Reichsfinanzreform zusammengestellt hatten, nach altem Rezept zu kompromittieren.

Das ist, wenn man den Charakter des neuen Zentrums und seine heute mehr als jemals vom Episko-

pat diktierte Politik in Betracht zieht, durchaus begreiflich. Das Zentrum will um jeden Preis aus der ihm während der liberal-konservativen Blockära aufgezwungenen Lage heraus; es will wieder Regierungspartei werden, seine einstige einflussreiche Machtstellung zurückgewinnen — um sie nach der Forderung des Klerus in den Dienst der römischen Kircheninteressen zu stellen. Und zu diesem Zwecke sucht das Zentrum nicht nur der Regierung und der herrschenden konservativen Partei zu beweisen, daß recht wohl mit ihm auszukommen ist, sondern daß auch die Regierung das Zentrum unbedingt benötigt, will sie nicht in eine ganz andere politische Bahn gedrängt werden. Deshalb haben die klerikalen Zentrumsmitglieder, obgleich sie sich keineswegs darüber täuschten, daß sie dadurch in ihren eigenen Reihen scharfen Widerspruch herausforderten, zusammen mit den Konservativen die Reichsfinanzreform gemacht, und wenn sie sich auch in dem Erfolg ihres Schrittes getäuscht sehen, wenn sie auch bisher in der Regierung noch nicht jene Anerkennung fanden, die sie erwartet haben, so wollen sie doch keineswegs das Opfer der Zustimmung zur Reichsfinanzreform umsonst gebracht haben. Die errungene neue Position würde aber ernstlich gefährdet, wenn sie zu der Regierung und den Konservativen in eine energische, rücksichtslose Opposition treten würden. Man weiß in den maßgebenden Kreisen des Zentrums ganz genau, daß die Zentrumspartei nur dann ihre frühere Stellung wiedererlangen kann, wenn sie gute Beziehungen zu den preussischen Konservativen und zu der aus deren Kreisen hervorgegangenen höheren Verwaltungsbürokratie unterhält.

Das Ziel bedingt aber zugleich die Taktik. Ist die Zurückgewinnung seiner früheren Position als Regierungspartei das offenkundige höchste Ziel des Zentrums, so erfordert die Klugheit, daß sich die Zentrumsmitglieder auf gelegentliche unverbindliche Erklärungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht beschränken, in Wirklichkeit aber sich auf den Boden der Bethmann-Hollweg'schen Vorlage stellen, mit den Konservativen zu einer Verständigung zu gelangen suchen und sich der Regierung als eine unentbehrliche Hilfsstruppe erweisen, deren diese notwendig bedarf, um vorläufig den Ansturm der ein freies Wahlrecht Fordernden abzuwehren.

Und diese Taktik hat denn auch die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses befolgt. Ihre Vertreter haben in der Wahlrechtskommission zwar, als es nicht darauf ankam und sie von vornherein wußten, daß er abgelehnt würde, pro forma für den Antrag auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gestimmt, sich dann aber ohne weiteres auf die sogenannte „gegebene Basis“ gestellt, das heißt die Klasseneinteilung der Regierungsvorlage als gegeben anerkannt und dementsprechend bei der Abstimmung über die freisinnigen und nationalliberalen Anträge, nach welchen mindestens 50 oder 30 Proz. der Wähler den beiden ersten Klassen angehören müßten, sich der Stimme enthalten, so daß die Bestimmungen der Regierungsvorlage bestehen blieben. Die Zentrumsvertreter haben ferner den Antrag, daß alle Steuern über 2000 M. hinaus nicht bei der Klaffendrittelung in Anrechnung gebracht werden dürfen, durch ihre völlig passive Haltung zu Fall gebracht und dadurch die in der Regierungsvorlage festgesetzte Maximierungsgrenze von 5000 M. aufrechterhalten. Sie haben schließlich, nachdem sie schon vorher für die geheime Wahl gestimmt hatten, am Dienstag, den 22. Februar, ihre frühere Abstimmung selbst dementiert, und um sich den Konservativen gefällig zu erweisen, die geheime Abstimmung mit der indirekten Wahl, das heißt mit einer Wiederherstellung der selbst von der Regierung in dem neuen Wahlrechtsentwurf fallen gelassenen Wahlmännerwahl verbunden.

Das ist eine um so niederträchtigere Schwankung, als seit 37 Jahren die Forderung der völlig geheimen Abstimmung zu den immer wieder von den Zentrumsführern in großsprecherischen Worten gepriesenen Postulaten des politischen Glaubensbekenntnisses der Zentrumspartei gehört. Nichts zeigt besser die innere Verlogenheit und Gewissenlosigkeit der nach ihrer kuriosen Behauptung für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfenden Partei, als daß sie nun, nur um mit dem ostpreussischen Junkertum einen ihr nicht in ihre Pläne passenden Konflikt zu vermeiden, diese seit nahezu vier Jahrzehnten mit den Brusttönen der heiligsten Ueberzeugung vertretene Forderung durch Vermengung mit der indirekten Wahl dermaßen verstümmelt, daß ihr Zweck fast völlig verfehlt wird.

Es war im November 1873, als Windthorst öffentlich im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte:

„Ich bekenne, daß ich in dieser Hinsicht meine Ansicht ändern müssen. Ich habe in früherer Zeit geglaubt, die öffent-

liche Stimmabgabe sei die richtige, sie sei am besten geeignet, das Volk politisch zu erziehen und feste öffentliche Charaktere zu schaffen. Aber, nachdem ich in den preussischen Staatsverband getreten bin und nunmehr die befolgten Wahlmethoden gesehen habe, da sage ich, es geht nicht mit der öffentlichen Abstimmung. Wenn ich beobachte, unbefangen und ruhig, in welcher Art die königliche Staatsregierung in diesem Jahr auf die Wahlen Einfluß geübt hat (hörl hörl), wenn ich sehe, in welcher Weise dies gleichmäßig von einem Teile der großen Grundbesitzer, insbesondere schlesischen Magnaten, geschehen ist, und in diesem Wettstreite von Verwaltungen selbst staatlicher Art, und in würdiger Nachahmung von vielen Fabrikanten in den Städten, dann muß ich sagen, es heißt der menschlichen Natur zu viel zugemutet, gegen einen solchen Terrorismus handzuhalten.“

Seitdem gehört die Forderung der geheimen Abstimmung zu den traditionellen Postulaten des Zentrums; denn, wenn auch nach der Beendigung des Kulturkampfes das Zentrum zeitweilig die Rolle einer Regierungspartei spielte, so wurde doch immer wieder die Abstimmung der Zentrumsmitglieder, der Arbeiter wie der kleingewerblichen Elemente und der unteren katholischen Beamten, daraufhin kontrolliert, wie sie sich zu der Politik der staatlichen und lokalen Gewalthaber stellten, besonders in Gegenden mit sogenannter konfessionell gemischter Bevölkerung, wo das staatliche Beamtentum meist konservativ, die Stadtverwaltungen und die Großindustriellen größtenteils nationalliberal sind.

Doch das brennende Verlangen, an der Seite der Konservativen die frühere Machtstellung wiederzuerlangen, hat alle Bedenken niederge schlagen. Gewissenlos wird, um die blaue schwarze Koalition zu festigen, eine der alten Forderungen nach der anderen preisgegeben. Und die Führer des Zentrums wissen, daß sie Volksverrat begehen und daß sie in den Reihen ihrer Gefolgschaft, die aus Arbeitern und Kleinhandwerkern bestehen, neue Unzufriedenheit mit ihrem Verhalten wecken. Aber mit Hilfe des Klerus, der in diesem Fall ganz auf der Seite der Zentrumsführerschaft steht, hoffen sie, alle Empörung gegen ihre verräterische Politik niederhalten zu können. Wie die katholische Geistlichkeit die gegen das Verhalten des Zentrums bei der Reichsfinanzreform rebellierenden unbemittelten Schichten größtenteils bei der Zentrumsfahne gehalten hat, indem sie die katholischen Arbeiter und Kleinhandwerker bei ihren religiösen Instinkten packte, ihnen von einem drohenden Kulturkampf vorfaselte und die Stärkung der Zentrumsreihen als ein Gebot der Erhaltung der heiligen Kirche hinstellte, so hofft man auch diesmal die Rebellion der Arbeiter durch vermehrtes Aufgebot der Geistlichkeit niederhalten zu können. In den industriellen Revieren des Rheinlandes hat man bereits mit der Organisation der Abwehr der erwarteten Entrüstung begonnen, indem man letztere auf das Gebiet der religiösen Empfindlichkeit abzulenken sucht. In großen sonntäglichen Arbeitermassensammlungen, an denen sogar teilweise die hohen Kirchenprälaten teilnehmen, wird dort jetzt den Arbeitern verkündet, daß die heilige Kirche in Gefahr sei und deshalb alle ihre sonstigen Zwistigkeiten fahren lassen müßten, um sich um die Fahne der heiligen alleinseligmachenden Kirche zu scharen und sie zu verteidigen.

Aber es ist gefährlich für das Zentrum, derartige Experimente, wie es sie bei der letzten Reichsfinanzreform gemacht hat, mehrmals zu wiederholen. Trotz aller Arbeit der Geistlichkeit hat die Steuermanscherie des Zentrums bei der letzten Reichsfinanzreform eine gewisse Gärung in den katholischen Arbeiterschichten hinterlassen, und der jegliche Verrat der Volksinteressen bei den Wahlrechtsberatungen wird diese Gärung mehr en. Es ist daher die dringendste Aufgabe unserer Genossen in den industriellen Gegenden des Rheinlandes, diese Gelegenheit auszunützen und ihren katholischen Mitarbeitern klarzumachen, wie frivol das Zentrum, um sich die Gunst der Regierung und des Junkertums zu sichern, mit den politischen Interessen der Arbeiter spielt, wie es wortbrüchlich seine ältesten Forderungen verleugnet. Glaubte das Zentrum nur auf die Interessen des hohen Klerus und seiner konservativen Elemente Rücksicht nehmen zu sollen, so mag es auch die Folgen spüren.

## Die Polizei auf der Anklagebank.

Das Abgeordnetenhaus bildete am Montag ein Tribunal, vor dem das Treiben der Polizei auf den verschiedensten Gebieten verdiensterweise gebrandmarkt wurde.

Zunächst besprach Genosse Liebknecht beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ den Fall des polnischen Spießes Kalowski, der der Polizei für das schöne Geld der Steuerzahler gefälschte Berichte lieferte und eine ganze Reihe Sünden der verschiedensten Art auf dem Gewissen hat. Vor einigen Tagen hatte schon ein polnischer Redner diesen Fall angeknüpft. Liebknecht war nun in der Lage, schlüssig nachzuweisen, daß der Regierungsvorteiler, der die Behauptungen des polnischen Redners in Abrede gestellt hatte, über den Fall nicht informiert war! — Der zweite Teil der Liebknecht'schen Rede war dem

Frankfurter Straßendemonstrationen gelidmet. Mit gutem Geschick widerlegte unser Genosse die von polizeilichster Seite in der Presse aufgestellten Behauptungen. Er verwahrte die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, als sei sie verantwortlich für Ausschreitungen gewisser Elemente, und stellte an Hand der Prozeßprotokolle gegen die Herr-Verfallungs-demonstrationen unabweislich fest, auf wessen Schuldkonto die Ausschreitungen zurückzuführen sind. Mit Recht forderte Liebknecht am Schluß seiner Rede die Abschaffung der Geheimpolizei und der Proboleure sowie ein vorichtiges Verhalten der Polizei.

Die Regierung scheint wenig Neigung zur Befolgung dieses wohlgemeinten Rates zu haben. Wukte doch der Unterstaatssekretär Holz nichts anderes zu „erwidern“, als daß er auf solche „Agitationstendenzen“ nicht antwortet!

Ebenso leicht machte es sich der Minister selbst, der gegenüber unserem das schädliche Treiben der Spindel schilbernden Genossen Hirsch nicht weiter vermochte, als daß er sich auf seine Erklärung vom — vorigen Jahre bezog! In jener Erklärung hatte Herr v. Rolke sich zum Schirmherrscher der Spindel aufgeworfen, und auch jetzt wieder trifft ihn, da er diese elenden Subjekte nicht von seinen Roffschöhen abschüttelte, die volle Verantwortung für die Folgen des Treibens jener Elemente. Die Fälle, die Genosse Hirsch anführte und deren Richtigkeit er akte u m ä h belegte, sind so drastisch, daß man sich wirklich fragen muß, ob die Regierung und das Parlament nicht im Interesse des Ansehens Preußens endlich auf die Spindel verzichten wollen. Aber dazu haben die gesetzgebenden Körperschaften keine Neigung. Gegen die Stimmen der Polen, des Freisinnigen und der Sozialdemokratie bewilligte das Haus die geforderten 300 000 M. geheime Ausgaben im Interesse der Polizei, die unsere Genossen so streichen beantragten, und gegen dieselbe Minderheit lehnte es auch unseren Antrag auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei ab.

Endlich unterzog noch Genosse Ströbel in einer großzügigen Rede das preussische Fürsorgewesen einer vernichtenden Kritik, wobei er sich aber nicht auf die negative Seite beschränkte, sondern eine Reihe wertvoller Anregungen gab, die leider, weil sie so vernünftig sind, in Preußen kaum Aussicht auf Verwirklichung haben. Ströbel war es, der im Gegensatz zu den bürgerlichen Rednern die Ursachen der Verarmung der Jugend schilderte und der mit Wärme für eine Hebung der sozialen Lage des Proletariats, für die geistige Hebung der Massen, für bessere Bildung eintrat, vor allem sich gegen die Versuche wandte, den Bestrebungen der Arbeiter zur Förderung der Jugendzucht Hemmnisse in den Weg zu legen. Eine Reihe von Einzelfällen, die der sozialdemokratische Redner als Beweis für das Fiasco der Fürsorgezucht angeführt hatte, konnte der Regierungsvorstand nicht ablegen, er warnte nur vor Verallgemeinerungen. Es wird also auch auf diesem Gebiete vorläufig alles beim alten bleiben. Eine Erwiderung des Abg. Fäßbender (Z.) gab Ströbel nochmals Gelegenheit, das System der Fürsorgezucht, vor allem das System der Prügelstrafe, zu kritisieren.

Am Dienstag soll die zweite Lesung des Etats der Bergverwaltung beginnen.

## Wahlrechtsdemonstrationen.

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erobert ist. Jeder Tag beweist aufs neue, daß dieser Gedanke mit unüberwindlicher Macht die Massen erfasst hat. Zwei Wochen sind es her, daß die berühmte Proklamation des Polizeipräsidenten v. Jagow erschien, der dem „Recht auf die Straße“ die Gewalt des Säbels und der Brotknägel entgegensetzte. Aber Jahre scheinen vergangen zu sein, so unmöglich erscheint uns heute jener Auspruch des Polizeipräsidenten. Das Recht auf die Straße hat glänzend gefiegt über die Rücksichtslosigkeit und Gewalttätigkeit der Machthaber. Kein Sonntag mehr ohne Demonstrationen und keine Demonstration, die nicht einen neuen Beweis für die hemerfendwerte Disziplin der Massen lieferte, gerade dadurch aber zugleich eine schwere, sich stets erneuernde moralische Niederlage der Polizei bedeutete. Immer und überall wiederholt sich die Erfahrung: Die Massen wissen Ordnung zu halten; Unruhe und Unordnung stiftet nur die Polizei.

Nie aber ist der Beweis schlagender erbracht worden, als gestern in Berlin. Die Versammlung, die Liberale und Intellektuelle im Zirkus Busch veranstaltet hatten, war massenhaft besucht. Wie dies in politisch erregten Zeiten nicht anders sein kann, kam es nach Schluß der Versammlung zu spontanen Straßendemonstrationen. Die Polizei war überrascht. Sie verließ sich auf die Wirkung der liberalen Zeitungsaufsätze, deren Verfasser konsequent zu sein glauben, wenn sie ihre Leser vor Demonstrationen warnen, während sie nur unverbessertlich töricht sind. Sie ahnte nicht, daß die Straßendemonstrationen der Arbeiter alle Elemente, die noch nicht vollkommen politisch verknüpfert und verpöhlert sind, auch im Bürgertum belehrt haben. So wurde die Polizei durch die Demonstrationen, die diesmal von den Arbeitern begonnen und den Bürgern mitgemacht wurden, überrascht. Ihre Entschlußkraft war zudem durch das Bedenken gelähmt, es nicht nur mit Arbeitern zu tun zu haben. So blieb sie untätig, und ihre Untätigkeit gewährleistete den ruhigen Verlauf der Kundgebung.

Vor dem Schloß Wilhelms II. erschollen die Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht. Von der Kampe des Kronprinzenpalais aus, vom Sockel des Denkmals Wilhelms I. erklang der Kampfgeschrei der Massen. Während die Volksvertreter vom Zentrum im Vunde mit den Konservativen das Schandgesetz des Veimann in aller Eile durchpreßten wollten, wuchs und wuchs die Bewegung draußen. In Frankfurt hat eine Massenkundgebung — auch hier von der Polizei ungestört — stattgefunden, wie sie die Stadt seit dem Jahre 1848 nicht gesehen hat. Und noch stehen wir erst in den Anfängen der Bewegung. Die Herren vom schwarz-blauen Kartell mögen ihr Schandwerk nur durchführen. Die Bewegung für das gleiche Recht ist zu mächtig geworden, als daß die Wechselfälle der parlamentarischen Reden und Beschlüsse sie von ihrer Bahn abdrängen könnten. Die Herren mögen sich noch so taub stellen, den Schrei nach dem gleichen Wahlrecht werden sie doch noch erhören müssen. Bis dahin aber nochmals und immer wieder:

Keine Ruhe in Preußen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobert ist!

### Eine Kundgebung in Berlin.

In Berlin fand am Sonntag eine große Volksversammlung im Zirkus Busch statt, die von Vertretern der liberalen Parteien, von Angehörigen der Kunst, Wissenschaft, Handel, Industrie und Gewerbe einberufen war. Das große Lokal war schon lange vor 12 Uhr, der für den Beginn angelegten Stunde, bis auf den letzten Platz gefüllt, und der weitere

Zug wurde durch Absperrung zurückgehalten. Das Gros der Teilnehmer gehörte dem liberalen Bürgertum an, doch war daneben auch die sozialdemokratische Arbeitererschaft in nicht geringer Stärke vertreten. Die Zahl der Teilnehmer dürfte 8000 betragen haben.

Die Versammlung eröffnete Professor v. Liszt-Charlottenburg:

Die heutige Versammlung sei charakterisiert durch die Zusammensetzung des einberufenden Komitees. Während die anderen Versammlungen von einzelnen politischen Parteien einberufen wurden, sind die Einberufer heute zum großen Teile Männer, die dem politischen Leben bis heute ferngeblieben sind. Es sind die Einberufer Vertreter der Städte, Magistrate, von Handel, Industrie, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft. Wir müssen es in diesem Augenblick besonders stark betonen, daß zum ersten Male diese Männer ins politische Leben und in den Kampf für eine Wahlrechtsreform eintreten. Wir haben diese Versammlung einberufen, um vor dem ganzen Volke zu betonen, daß die Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Handel, Gewerbe sich fühlen mit den weitesten Schichten der Bevölkerung und daß sie nicht gewillt sind, sich einzufangen zu lassen durch die Aussicht eines erhöhten Stimmrechts. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen in Reich und Glied mit allen Schichten der Bevölkerung stehen. (Stürmischer Beifall.) Wir beanspruchen keine Führerschaft. Wir wollen so lange zusammenstehen, bis es und gelungen ist, die Reaktion niederzuringen. (Stürmischer Beifall.) Wir togen in einem ernstlichen Moment. Denn wir stehen nach der ersten Lesung der Vorlage. Was kein Mensch erwartet hat, hat die erste Lesung der Kommission hervorgebracht: Sie hat die Vorlage noch verschlechtert. (Rufe: Wai! Wai! Cassel!) Die Vorlage beseitigt den Wahlminderungsvertrag. Jetzt ist die indirekte Wahl wieder eingeführt. Wer trägt die Schuld daran? (Lärm, Rufe: Cassel! Unruhe.) Das Zentrum hat die Schuld mit seinem Liebeswerben um die Gunst der Konservativen. (Phui-Rufe.) Und die Konservativen haben die zärtliche Umarmung des Zentrums erwidert. (Beifall. Rufe: Kuhhandel!) Genau so wie bei der Finanzreform geht es hier. (Sehr richtig!) Wir können es versprechen, wenn die Konservativen bemüht sind, ihre Herrschaft zu erhalten. Unverständlich ist es aber, daß das Zentrum Verrat an den Volkswahlen läßt. (Stürmischer Beifall.) Laut und deutlich muß daher das Volk seine Stimme erheben und das um so mehr, als wir eine Regierung in Preußen eigentlich nicht haben. (Stürm. minutenlanger Beifall.) Wir haben ja an der Spitze einen Minister, der ein Schwärmer ist. (Rufe: Philosoph! Major! Heiter!) Ein Mann, der nicht weiß, wie es in der realen Welt aussieht, der keine Ahnung hat von der Entwicklung Preußens und keine Ahnung von dem, was das Volk fühlt und denkt. (Stürmischer Beifall.) Wir haben eine Regierung, die sich als über den Parteien stehend bezeichnet und in Wahrheit nichts ist als der geschäftsführende Ausschuss der konservativ-agrarischen Parteien. (Stürmischer minutenlanger Beifall.)

Als erster Redner sprach der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Maurer. Er wandte sich gegen die veraltete Wahlkreisverteilung und fuhr dann fort:

Die Vorlage ist ein elendiger Nidien auf ein abgeschobtes Meid, eine Karikatur auf eine Reform. (Stürmischer Beifall.) Das bedeutet eine Humung an das Volk, die mit Entrüstung zurückgewiesen zu werden verdient. (Stürmischer Beifall.) Wir werden nicht demonstrieren und revolutionieren. (Stürmischer Beifall und lärmender Widerspruch.) Wir werden protestieren. (Lärmende Rufe: Faust in der Tasche machen! Eht nationalliberal! Große Unruhe.) Als monarchisch geknurrter Mann sage ich, daß wir appellieren sollen an den Fürsten und ihn fragen: Hat das preussische Volk das verdient? (Stürmischer Beifall und lärmende Rufe.) Wir als staatsverhaltende Männer wollen protestieren, daß man dem Volk unter dem Deckmantel des „historisch gewordenen“ die Rechte vor-enthält. Unabhängig kann ein Volk nur wählen. (Rufe: Durch Unteroffiziere! Gelächter.) — wenn es das geheime Stimmrecht hat. (Stürmische Rufe: Gleich! Gleich! Gegenrufe: Nein, geheim! Große, anhaltende Demonstrationen.) Meine Herren! Es ist mir der Antrag geworden, nur mit wenigen Worten die Wahlreformvorlage zu besprechen und nur auf das geheime Wahlrecht einzugehen. (Stürmische Unterbrechungen: Nein, wir wollen das gleiche Wahlrecht! Großer Beifall.) Worin Sie doch ab, was näher gesagt wird von den anderen Rednern! Glaubt man die Anzufriedenheit zu beseitigen, wenn man die Wähler zwingt, gegen ihre politische Überzeugung zu wählen? Es zeigt nicht von politischer Reife, wenn der Bürger hinabgelteit auf die schiefe Bahn des Radikalismus. (Rufe: Eht nationalliberal! Große Unruhe.) Auch bei dem geheimen Wahlrecht bleibt das Verantwortungsgefühl vor dem politischen Gewissen. (Sehr richtig!) Nur wo Freiheit ist, wird auch die wahre Verantwortung vorhanden sein. Eine Wahlreform, die von einer konservativ-agrarischen Mehrheit Arm in Arm mit dem Zentrum gemacht wird, birgt wenig Hoffnung auf eine Stärkung der Reichsvereinfügung. Mit n a d e r U r t a l i t ä t wird die Beeinflussung der Wähler noch mehr zur Wahrheit werden als gegenwärtig. Mit dem Dichter möchte ich rufen: Ich fürchte den schwarz-blauen Bloch, und selbst, wenn er Geschenke bringt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als Vertreter von Handel und Industrie sprach der Stadtverordnete Fabrikbesitzer Dr. Jrenzel, nach ihm Prof. Dr. Spiegel (Charlottenburg), der mit der Erklärung großen Beifall weckte, bisher habe er sich immer mit dem Wort Bismarcks getrostet, daß etwas Widersinnigeres und Gländeres nicht mehr erdacht werden kann. Aber er müsse bekennen: Ich habe die gegenwärtige preussische Regierung unterzählt. Dann folgte der Jungliberale Rechtsanwalt Dr. Marwig und die freisinnigen Abgeordneten Dr. Wiemer und Raumann. Dieser erinnerte an das Jahr 1848. Aber der damals erhobene Forderung der Gleichberechtigung schlägt das Klassenwahlrecht ins Gesicht; es schlägt dem staatsbürgerlichen Gedanken in Preußen große Wunden. Wenn es im Kriege nicht heißt: An die dritte Klasse meines Volks!, dann darf es auch im Frieden zu der Mehrzahl der Preußen nicht heißen: Ihr Bürger dritter Klasse. (Stürmischer Beifall.) Alle Länder rings um uns herum außer Rußland haben das gleiche Wahlrecht. Preußen, das früher so stolz auf Desterreich herabblühte, muß sich jetzt herüber-rufen lassen: Immer langsam voran, daß die preussische Landwehr nachkommen kann! (Beifälliger Beifall.) Das alte Preußen ist regiert worden von den Rittergütern aus, und nun kämpft das Rittergut um seine Herrschaft. Ganze Provinzen stehen unter dem Banner des Rittergutes, als ob sie ein erweitertes Gutshof seien. Die geschaffenen „Stückchen Werte“ bestehen in der Polonisierung des deutschen Bodens und der Abwanderung der deutschen Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten über 100 000 jährt. Der Massen-gedanke unterdrückt den Volksgedanken. (Rufe: Es laut in die Ministerien, daß sie nicht mehr schlafen können, ruft es in die verstaubte Stube des Herrenhauses, ruft es in die Sitzungszimmer des Bundesrates: Endlich ist es an der Zeit, daß es heißt, alle Preußen sind vor dem Wahlrecht gleich. (Minutenlanger Beifall.)

Der Vorsitzende Professor von Liszt verliest hierauf folgende Resolution:

„Die im Zirkus Busch tagende, von Vertretern der Selbstverwaltung, der Wissenschaft und Kunst, der Industrie und des Handels einberufene, von vielen Tausenden besuchte Versammlung stimmt den Ausführungen der Redner zu, erklärt sich auf das entschiedenste gegen die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Zurückführung der werksichtigen Volksschichten wie gegen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Stimmabgabe und lehnt diese Gesetzgebung rundweg ab. Sie fordert eine gründliche Reform, vor allem die volle Durchführung der geheimen und direkten Wahl und die zeitgemäße Neuverteilung der Wahlkreise.“

Als der Vorsitzende an die Stelle „volle Durchführung der geheimen und direkten Wahl“ kam, unterbrachen ihn zahlreiche Rufe: „Gleiches Wahl! Gleiches Wahl!“ Er las den Satz ein zweites Mal

in derselben Fassung, aber noch energischer als zuvor schritt der tausendstimmige Ruf: „Das gleiche Wahlrecht! Das Reichstags- wahlrecht!“ ihm das Wort ab. Langsam legte sich die Erregung und der Lärm, während am Vorstandstisch konferiert wurde. Als die Ruhe wiederhergestellt war, sagte der Vorsitzende: „Ich werde den Satz nochmal vorlesen“, und nun lautete die Stelle: „volle Durchführung der geheimen und direkten und gleichen Wahl“. Stürmischer Beifall quittierte über die erzwungene Stenierung, und in dieser Fassung wurde die Resolution widerprüchlos angenommen. Hiermit endete die Versammlung. Die Teilnehmer brachen auf unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht, in die auch Hochrufe auf die Sozialdemokratie sich mischten. Daran schloß sich der Gesang der Arbeitermarckellaise, zu einiger Bewunderung der bürgerlichen Versammlungsbesucher.

### Die Straßendemonstration.

Auf der Straße hatte eine tausendköpfige Menge, die nicht mehr zugelassen worden war, dem Schluß der Versammlung entgegengehart. Sie hatte Zugang erhalten von Personen, die von der Kappensstraße heramen, wo Herr Schneid eine Protestversammlung abhielt. Der Versuch, für die Wartenden im benachbarten Geoplas eine improvisierte Versammlung abzuhalten, scheiterte an dem Widerstande der Polizei, die ihre Genehmigung verweigerte. Für die aus dem Zirkus herausströmenden Versammlungsteilnehmer stand draußen das übliche Polizeiaufgebot bereit. In der Erwartung, daß ein Demonstrationenzug sich bilden und dem Schloß zustreben würde, hatte die Polizei in nächster Nähe des Zirkus quer über die Burgstraße hinweg eine Schutzmannsreihe postiert. Aber es war offenbar von „oben“ Befehl gegeben worden, nicht zu sirt die Faust oder gar den Säbel zu gebrauchen, alldieweil das das Bürgertum verschmüß hätte. Die Menge stautte sich einen kurzen Augenblick, schob sich dann aber durch die Schutzmannsreihe hindurch, ohne viele Umstände zu machen und ohne Widerstand zu finden. Doch die Friedrichsstraße, an die sie nun gelangte, war gleichfalls durch eine Reihe Schutzleute gesperrt, und diese schloß dicht. Der Zug, der von selber sich gebildet hatte und in dem neben dem Arbeiter so mancher Bürgerliche ging, marschierte weiter die Burgstraße hinauf, vorbei auch an der von Polizei verspernten Kaiser-Wilhelm-Brücke, vorbei an dem Königsschloß, zu dessen altergrünen Mauern über das Wasser hinweg die Arbeitermarckellaise hindüberklang. An der Friedrichsstraße, wo man meinte, daß die „Ruten“ ja vorüber seien, öffnete sich jetzt die Sperre einem zumeist aus Bürgerlichen bestehenden Schutz heingehender Versammlungsbesucher, und diese eilten nun ungehindert nach dem Lustgarten. Wüßlich bildeten

### unter den Fenstern des Schloßes

sich dichte Gruppen, aus denen Hochrufe auf das freie Wahlrecht laut wurden und die Arbeitermarckellaise erklang. Im nächsten Augenblick schwärmten aus dem Schloß und dem Dom ganze Rudel von Polizisten aus und verließen die Menge in die Anlagen zurückzuführen. Eine Gruppe war bis in die Nähe der Adlersäule an der Ecke des Lustgartens und der Schloßfreiheit gelangt und wiederholte hier ihre Kundgebungen. Auch den Abgeordneten Raumann sah man in der Menge, aus der dann ein Zug sich bildete und, zum Teil geschoben von der Polizei, den „Binden“ zustrebte. Zu derselben Zeit war es auf der anderen Seite des Schloßes dem ersten Zug möglich geworden, über die Kurfürstenbrücke hinweg auf den Schloßplatz zu gelangen. Zu den Fenstern des Schloßes brauste es hinauf: „Wir sind die Arbeitsmänner, das Proletariat!“ Während dieser Zug am Hauptportal des Schloßes vorbei nach dem Lustgarten marschierte, stieg ein Mann auf den Sockel des Denkmals Wilhelms I. und brachte ein Hoch auf das gleiche Wahlrecht aus. Am Lustgarten stellte sich eine Reihe Polizisten entgegen. Einen Augenblick schien es, wie wenn es hier zu einem Zusammenstoß kommen sollte. Schon begannen einige übermüdete Schutzleute mit den Armen zu arbeiten. Dann aber öffnete auch diese Absperrungslinie sich und der Zug marschierte die „Binden“ hinab. An der Wilhelmstraße wehrte Polizei ihm den Eintritt, damit der Reichstanzler nicht aus seinem Nachmittagschlaf aufgeschreckt werde. Durch das Brandenburger Tor hinaus und die Königgräber Straße entlang ging es zur Prinz-Albrecht-Straße, wo es angeht der das Dreiklassenparlamentarismus bewachenden Polizei zu erneuten Kundgebungen kam. Dem Versuch, von hier aus nach dem Wilhelmplatz zu marschieren, um womöglich doch auch dem Reichstanzler eine Ovation zu bereiten, widersetzte sich Polizei, die die Wilhelmstraße sperrte. Der Zug kehrte um, wobei die ihm nachrückende Polizei, um das Marschtempo zu beschleunigen, in bekannter Art die letzten bedrängte. Nur der Vorkommenheit der Menge ist es zu danken, daß es nicht schließlich hier noch zu einem Zusammenstoß kam. Auf dem Weitermarsch durch die Zimmerstraße erscholl der Ruf: „Zum Bornwieser!“ Auf den Hof des „Bornwieser“-Hauses ergoß sich eine noch vielhundertköpfige Menge, und hier endete die Kundgebung mit einer Ansprache, die ein Mitglied der demokratischen Vereinigung hielt.

## Der Wahlrechtskampf.

### Eine gewaltige Wahlrechtsdemonstration.

Frankfurt a. M., 26. Februar. (Fig. Ver.)

Frankfurt a. M. — das kann ohne Liebertreibung gesagt werden — steht mit an der Spitze von den Städten, in denen am energischsten für ein freies Wahlrecht gekämpft wird. Versammlungen auf Versammlungen folgten in den letzten Tagen. Vor genau zwei Wochen, am preussischen Wahlrechts Sonntag, begann der Sturm gegen die Wahlrechtsvorlage: 10 000 Bürger Frankfurts erhoben da laut ihre Stimme des Protestes. Immer gewaltiger wurden die Proteste, — und dies trotz Schutzmanssäfte, trotz Polizeisäbel, die erdarmungslos auf die Demonstranten niederstießen. Die Frankfurter Arbeiterschaft ließ sich nicht einschüchtern. Im Gegenteil: die Polizeitaten erhöhten ihre Widerstandskraft und ihren Opfermut. Der Sturm wurde zum brausenden Orkan! Am letzten Donnerstag verließen ungefähr 15 000 Arbeiter ihre Arbeitsstätte, um mitten während der Arbeitszeit gegen die polizeilichen Gewalttaten und für ein freies Wahlrecht zu demonstrieren. Die Arbeiter zeigten damit, daß sie gewillt sind, mit allen Mitteln gegen die schmachvolle Wahlrechtsvorlage zu kämpfen. Und diese Probe aufs Exempel war glänzend.

Die heutige Massenkundgebung der Frankfurter Bürgererschaft übertraf alle bisherigen Kundgebungen bei weitem. Frankfurt a. M. sah eine Wahlrechtsdemonstration, die in ihrer Art einzig dastehet. Alle linksstehenden Parteien: der Sozialdemokratische Verein, Demokratische Verein, Verein der Fortschrittspartei, Nationalsozialer Wahlverein, die Neudemokratische Vereinigung und der Verein für Frauenstimmrecht hatten sich zu einer gemeinsamen Kundgebung geeinigt, die sich in erster Linie gegen die drei Grund-übel des bestehenden aller Wahlsysteme: Dreiklassenwahl, Zensurliche Stimmabgabe und Entziehung der Städte und Industriebezirke, und gegen das Verhalten der Reaktion, der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen richteten sollte.

Auf mittags 12 Uhr war die Versammlung unter freiem Himmel, auf der Hundswiese, vor den Toren der Stadt, angelegt. Aber schon um 10 Uhr strömten dichte Scharen dem riesigen Versammlungspalast zu. Hier waren im Abstand von circa 100 Metern 8 Tribünen errichtet, von denen Vertreter der verschiedenen Parteien sprechen sollten. Sämtliche Vertrauensleute der Partei waren als Ordner bestimmt und hatten Mitgliederaufnahmen zu machen. Und hierfür war ein günstiger Boden vorhanden, so daß die Trute sehr reichlich war. Die Polizei — die ja die Versammlung erlaubt und nur einen Ungug unterzagt hat —

hatte, wie bei allen Veranstaltungen in den letzten Tagen, umfassen die Vorkehrungen getroffen. Es waren an verschiedenen Orten größere Trupps Polizeimannschaften untergebracht. Auf der Straße und auf dem Versammlungsort ließen sich uniformierte Beamten nicht sehen, dagegen wimmelte es von Polizeispähern.

Immer größere Massen strömten zu dem Versammlungsorte. Die Tramway hatte Extravagen bis zur Hundswiese eingestellt, die im Abstande von einer Minute abgingen und sämtlich überfüllt waren. Der Versammlungsort war bald dicht besetzt, und als genau um 12 Uhr das Signal zum Beginn der Versammlung gegeben wurde, da scharten sich unzählige Massen um die Rednertribünen. Von der sozialdemokratischen Partei sprachen die Genossen Eduard Graf, Karl Müller, Quard und Hermann Wendel. Für die Demokraten sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Flesch, für die Fortschrittspartei Stadtverordneter Emil Sell, für die Nationalsozialen Grebeur Paul Haag und für die Neudemokratische Vereinigung Dr. Westphal. Den Vorsitz führten ebenfalls vier bürgerliche und vier sozialdemokratische Vertreter. Es war ein gewaltiges Bild, das sich einem vom erhöhten Mittelpunkt des Platzes aus bot. Auf 8 Tribünen die verschiedenen Redner, deren scharfe Kritik an der Wahlrechtsvorlage und an dem erbärmlichen Verhalten der Mehrheitsparteien im Landtag durch Zustimmungskürze der Versammlung unterstrichen wurde. So vermischten sich die Beifalls- und Begeisterungsrufe von der einen Tribüne mit denen der anderen... Und über die Wiesen wehte ein warmer Frühlingshauch. Es geht dem Venz entgegen; auch in Preußen muß und wird es Frühling werden.

Die Redner sprachen genau 25 Minuten. Kurz zuvor wurde ein Flaggensignal gegeben. Die Vorstehenden brachten dann folgende Resolution, die in vielen tausenden Exemplaren verteilt worden war, zur Abstimmung:

Viele Tausende von Männern und Frauen in Frankfurt am Main, versammelt zu gemeinsamer Kundgebung unter freiem Himmel, protestieren auf das entschiedenste gegen die reaktionäre preussische Wahlrechtsvorlage und ihre schändliche Ausgestaltung durch die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses.

Die Verletzung des ungeraden Dreiklassenwahlrechts, der veralteten Wahlkreiseinteilung und der Bevormundung der Wähler durch die indirekte Wahl verläßt den Willen des Volkes und gibt dem platten Lande zugleich eine Diktatur über die Städte.

Die Versammelten erblicken darin die ernsteste wirtschaftliche und politische Gefahr für die große Mehrzahl des preussischen Volkes.

Sie erklären daher, mit allen Kräften für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kämpfen zu wollen.

Hast überall gleichzeitig erhoben sich unzählbare tausende Hände für die Resolution.

Nach Annahme der Resolution brachten die Vorstehenden Hochrufe auf ein freies Wahlrecht aus, in das die Versammelten brausend einstimmten. Dann ertönten aus tausenden Reihen die Klänge der Marschmusik: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun Wohl!“

Ein Demonstrationzug war nicht geplant, er bildete sich aber — mußte sich bilden — von selber, denn fast alle Teilnehmer hatten denselben Weg zur Stadt. Die Tramwaywagen nahmen ja Hunderte auf. Aber diese paar Hunderte oder vielleicht auch Tausend waren ein so winziges Teilchen des Menschenmeeres, das die Eichenheimer Landstraße zur Stadt hinwogte, daß ihr Abgang gar nicht in Betracht kam. Wie groß die Zahl der Demonstranten war? Genaue Angaben lassen sich da nicht machen. Während der Reden und sogar noch am Schluß kamen immer und immer noch weitere Scharen herbeigeilockt. Nach unserer Schätzung mögen es ungefähr 40 000 Bürger und Bürgerinnen — die natürlich zum weit überwiegenden Teil aus Arbeiterkreisen waren — gewesen sein, die sich an der Demonstration beteiligten. Diese Zahl ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Von anderer Seite wird die Teilnehmerzahl sogar auf 50 000 bis 60 000 geschätzt. Jedenfalls war die Demonstration so imponierend, so riesig, daß sie auch außerhalb der Mauern Frankfurts gewaltigen Eindruck machte.

Ein über eine halbe Stunde langer loser Zug, der die ganze breite Eichenheimer Landstraße einnahm, marschierte unter Hochrufen und Singen der Marschmusik der Stadt zu. Als die ersten des Zuges schon an der Hauptwache, dem Mittelpunkt der Stadt, waren, waren die letzten noch auf dem Versammlungsort. Und dies, trotzdem daß tausende gleich oben rechts und links abhockten. Von der Hauptwache aus zog ein großer Teil der Massen (die nach Osten und nach Sachsenhausen mußten) über die Zeil und am Polizeipräsidium vorbei. Die Polizei verhielt sich auch hier zurückhaltend — folglich ging alles in bester Ordnung. Unsere Ordner hatten lediglich dafür zu sorgen, daß es keine Stauungen gab und die Tramwayen durchgelassen wurden. Am Polizeipräsidium blieben ja viele Neugierige stehen, den Aufforderungen unserer Ordner zum Weitergehen wurde aber auch hier von der Menge Folge geleistet. So verlief die große imposante Demonstration muskelfreudig, und der Eindruck, den sie hervorrufen wird, wird deswegen um so gewaltiger sein.

#### Weitere Wahlrechtsdemonstrationen.

In Stettin kam es gestern mittag zu einer Demonstration auf dem Hauptplatz der Stadt, dem sogenannten Paradeplatz, von dem die Polizei bisher angänglich jede Demonstration ferngehalten hatte. Mehr als 10 000 Menschen hatten sich angeammelt, die Hochrufe auf das Wahlrecht erschallen ließen und die Marschmusik ankündigten. Als die Demonstranten durch das sogenannte vornehme Stadtviertel ziehen wollten und vor der Wohnung des konservativen Abgeordneten Wallewicz demonstrieren, wurden sie von der Polizei in das Innere der Stadt zurückgedrängt. Ohne weitere Zusammenstöße ging die Demonstration auseinander.

Ehemalig. Großen Anteil an dem Wahlrechtskampf der preussischen Genossen nehmen die Chemnitzer Parteigenossen. In nachvollständigen Kundgebungen gestalteten sich zwei Versammlungen in Chemnitz, die Sonnabend und Sonntag in den größten Sälen, Zeinlinger und Volkshaus, abgehalten wurden. Genosse Debour sprach über das Thema: Der Kampf des Volkes um Freiheit und Recht. Tausende waren in den Versammlungen, Tausende standen vor den Sälen, die keinen Platz finden konnten. Der Referent gab einen Rückblick, beginnend von dem Ausgange der letzten Reichstagswahl, über die politischen Ereignisse bis in die jüngste Zeit. Er schilderte den Zusammenstoß im Reichstag mit dem Vizepräsidenten Hagenloche anlässlich der Oldenburger Freiheit, die Wahlrechtskämpfe und die Politischen Übergänge, und hielt in der ihm eigenen Weise scharfe Abrechnung mit den Finsternissen und den Wahlrechtsfeinden aller Couleur, die die Sozialdemokratie schon niedergedrückt zu haben glaubten, und versicherte, daß der Kampf um das Reichstagswahlrecht für Preußen mit allen Mitteln weitergeführt werde bis zum endlichen Siege der Sozialdemokratie. Zubehörig Beifall wurde dem Genossen. In einer einmütig angenommenen Resolution versicherten die Chemnitzer Genossen den preussischen Wahlrechtskämpfern ihre Sympathie.

In Augsburg demonstrieren die Bayern zugunsten der preussischen Wahlrechtsreform. Genosse Müller-München referierte über junkerliche Staatsstreiche und preussische Wahlrechtsreform. Die Versammlung war eine mächtige Kundgebung gegen die preussische Reaktion.

Die demokratischen Vereine Bayerns waren in Würzburg versammelt, um über die Fusion der linksliberalen Parteien zu beraten und benützen die Gelegenheit, gleichfalls für eine vernünftige preussische Wahlrechtsreform zu demonstrieren.

## Vor der Entscheidung.

London, 26. Februar. (Fig. Ver.) Das innerpolitische Fieber, das vor zehn Monaten mit dem Etat zum Ausbruch kam und durch die letzten Wahlen nicht beseitigt wurde, ist nur eine Phase, allerdings eine sehr akute Phase der allgemeinen und chronischen Krise, in der sich die britische Nation seit dem Jahre 1885 befindet. In jenem Jahre, als auch die Landarbeiter das Wahlrecht ausüben durften, wurden die bestehenden Klassen Großbritannien zu ihrem Schrecken gewahrt, daß sie in der Demokratie stecken. Die damals begonnene Rebellion dieser Klassen gegen die freihandliche Entwicklung der Konstitution bildet die Krise. Der Verlauf der Krise war vorerst ein langsamer und gab deshalb keinen Anlaß zur Beunruhigung. Vom Jahre 1886 bis 1906 waren die Konservativen entweder am Ruder oder wenigstens die Herren der Situation. Die liberale Mehrheit in den Jahren 1892 bis 1895 war schwach und unentschieden, und die Arbeiter bildeten einen festen Bestandteil der alten Parteien. Die bestehenden Klassen hatten sich beruhigt und trieben eine ihren Interessen entsprechende Politik, ohne von den Volksmassen gestört worden zu sein. Im Jahre 1906 kamen aber die merkwürdigen Wahlen, die die Radikalen ans Ruder brachten und die Existenz einer selbständigen proletarischen Partei einhüllten. Die Ueberraschung war groß und schmerzhaft. Daraus waren die Besitzenden nicht vorbereitet: Die Demokratie war trotz alledem im Anmarsch!

So „schlimm“ war es allerdings nicht. Jetzt läßt sich ja der Charakter jener Wahlen besser begreifen. Sie waren ein Protest der Volksmassen gegen den Burenkrieg.

Die britischen Wähler stimmten nicht so sehr für die Radikalen als gegen die Imperialisten. Dennoch war der Schrecken groß und die Besitzenden begannen ihren Blick auf die Lords zu richten. Das Oberhaus als Schutzmauer gegen die Demokratie! Deshalb die zahlreichen Ablehnungen von Unterhausvorlagen im Oberhause.

Gleichzeitig aber bedeuteten diese Ablehnungen die Vernichtung der liberalen Partei, deren radikale Elemente in den Auffassungen der bürgerlichen Demokratie erzogen wurden und ihre ganze politische Existenz bedroht sahen: einerseits von den Konservativen, andererseits von der Arbeiterpartei, mit deren Sozialismus sie sich nicht befreundeten konnten.

Die Antwort der Radikalen war der Etat mit seinen Voten, seiner Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftssteuern, seinen Alterspensionen für Arbeiter und seinen Ausfichten auf Arbeitslosenfürsorge. Der Etat war eine Herausforderung der Radikalen an die Konservativen, die wirklich geglaubt hatten, die Ergebnisse der Wahlen vom Jahre 1906 wären ein Mandat an die neue Regierung, im radikalen Sinne die Geschäfte des Landes zu leiten.

Die bestehenden Klassen, treu ihrem antidemokratischen Programm, ließen den Etat verwerfen, worauf die Radikalen das Parlament auflösten und zu Neuwahlen schritten, die ihre Mehrheit auf zwei Stimmen reduzierten und sie in Abhängigkeit von den Nationalisten und den Arbeitern brachten, denen es um den Kampf gegen die Lords wirklich ernst ist und ernst sein muß.

Seine Rettung vor vollständiger Vernichtung verdankt der Liberalismus folgenden Faktoren: dem Etat, dem Kampfe gegen die Lords und dem Freihandel. Allein die Wähler, die aus diesem Grunde für die Liberalen stimmten, gehören keiner homogenen Klasse an. Die Arbeiter gaben ihre Stimmen dem Etat und dem Kampfe gegen die Lords; die Iren, die Schotten, die Waliser stimmten hauptsächlich gegen die Lords, — die Iren sind gegen den Etat; die Großindustriellen und die Reeder stimmten für Freihandel, — ohne die Frage des Freihandels würden sie zum Teile für die Konservativen gestimmt haben. Die Gruppen und Parteien, auf die die Liberalen rechnen dürfen, sind also nicht weniger als einheitlich; allein das Band, das die große Mehrheit dieser Klassen- und Volksschichten zusammenhält, ist die Feindschaft gegen die Lords.

Da aber Asquith an dieser gemeinsamen Forderung Verrat geübt hat, so ist die Lage seines Kabinetts unsicher.

In der Abredebeate der letzten Woche fanden zwei namentliche Abstimmungen (divisions) statt. In beiden enthielten sich die Iren der Abstimmung, und die Regierung verbandt einzig und allein der Unterstützung der Arbeiterabgeordneten, daß sie noch am Ruder ist. Aber wie lange sie noch am Ruder bleibt, läßt sich nicht sagen. Geben die Iren die Neutralität auf und nehmen eine oppositionelle Haltung ein, so ist es um die Regierung geschehen. Schon die nächste Woche dürfte zeigen, welche Haltung die Iren einzunehmen gedenken, denn das Unterhaus wird am Montag in die Beratung des Etats eintreten.

Die einzige Hoffnung der Regierung beruht vorläufig auf der Wahlmüdigkeit des Landes. Mit Ausnahme der Iren, die zum größten Teile keine Gegenkandidaten haben und deshalb einen eigentlichen Wahlkampf nicht durchmachen müssen, wünscht keine Partei, sofort in eine Wahlkampagne einzutreten.

#### Die Debatte im Unterhaus.

London, 25. Februar. Die Unsicherheit der politischen Lage und die Möglichkeit einer Krise hatten heute schon bei der Eröffnung der Sitzung ein dicht gefülltes Haus geschaffen, obwohl vorerst lediglich formale Fragen zur Entscheidung standen. Premierminister Asquith brachte den Antrag ein, alle Sitzungen bis zum 24. März ausschließlich den Regierungsgeschäften vorzubehalten und zwar sollen sie vollständig dem Budget und anderen finanziellen Angelegenheiten gewidmet sein, da das Finanzjahr am 31. März zu Ende geht. Vier Tage würden dem Marinebudget gewidmet werden. Das Haus werde sich sodann vom 24. bis 29. März vertagen. Bei seinem Wiederkommen werde die Regierung Vorschläge über die Beziehungen zwischen beiden Kammern machen. Diese Vorschläge würden zunächst in Form von Resolutionen eingebracht werden, in denen ganz allgemein die Notwendigkeit ausgesprochen sein werde, die Lords von den Finanzangelegenheiten auszuschließen, und in denen ferner das Unterhaus zu der Erklärung aufgefordert werden solle, daß das Veto des Oberhauses mit Bezug auf die Gesetzgebung so eingeschränkt werden müsse, daß die Verhinderung des Willens des Unterhauses innerhalb der Lebensdauer eines und desselben Parlamentes als gesichert erscheine.

Asquith schloß: Es werde Kargelegt werden, daß diese Verfassungsänderungen kein Präjudiz für die endgültige Lösung der Frage bildeten. Er hoffe für eines der nächsten Jahre die Schaffung eines Oberhauses auf demokratischer Grundlage ins Auge. Wenn die Resolutionen zur Annahme gelangt seien, werde ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die betreffenden Teile der Resolutionen in Kraft setze. Um Zeit und Arbeit zu sparen und diese Hauptfrage sobald als möglich zur Entscheidung zu bringen, würden die vom Unterhause angenommenen Resolutionen dem Oberhause vorgelegt werden. (Beifall bei den Ministerialen.) Ob das Oberhaus den Resolutionen dann zustimme oder nicht, die Regierung sehe die Einführung von Bestimmungen, die das Unterhaus von dem Veto des Oberhauses befreien, nicht nur als erste wesentlichste Voraussetzung für die gesetzgeberische Würde und eine nützbringende Wirksamkeit des Unterhauses an, sondern auch als ihre eigene höchste Pflicht. (Beifall bei den Ministerialen.) Im Verlaufe dieser Aufgabe werde die Regierung alle Maßregeln ergreifen, die nach der Verfassung zulässig seien, und für ihre erfolgreiche Durchführung sehe sie ihre Existenz ein. (Beifall.) Auf den Wänden der Unionisten: Wo bleibt das Budget?

Salfer erklärte, das abgeänderte Programm der Regierung beweise einen absoluten Mangel an folgerichtiger Staatskunst. In jedem Fall desselben trete eine dominierende Erwägung hervor, nämlich wie das Kabinett zusammengehalten werden könne, wie die von allen Seiten drohenden Stürme abgemildert werden könnten. Er glaube nicht, daß dies Staatskunst sei, aber er leugne nicht, daß es eine geschickte parlamentarische Leitung sei und wahrscheinlich geeignet, alle Gruppen der Koalition zufriedenzustellen. Aber wie sehr auch die Erklärung von Asquith geeignet erscheine, eine Aera des Friedens für die Regierung zu sichern, sie sei wenig geeignet, im Lande den Eindruck von der Staatskunst der Regierung zu verstärken. (Beifall der Opposition.)

Redmond sagte, seine Absicht sei es nicht, einen Streit mit den Liberalen vom Zaune zu brechen, sondern Asquith zu verhindern, daß er von der fähigen, staatsmännischen Politik, welche er in seiner Rede in der Albert Hall dargelegt habe, zurückweiche.

Redmond fuhr fort, er beklage, daß Asquith nicht angebeutet habe, was die Regierung tun werde, wenn die Lords die Resolutionen ablehnen sollten, und er erklärte, daß er und seine Partei gegen die Resolution bezüglich der Verteilung der Stimmungen stimmen würden, wenn er nicht die Zusicherung erhalte, daß Asquith, wenn die Lords die Resolutionen ablehnen sollten, zum König gehen und um Garantien bitten, und falls die Garantien verweigert werden sollten, zurücktreten würde.

Sir Henry Dalziel sagte, die Anhänger der Regierung hätten das Recht, sich zu beschweren, daß man sie durch die Politik einer Reform des Oberhauses übertrahet habe. Aber wenn die Regierung mit der Vetopolitik fortfahren und den König um Garantien bitten würde, falls die Lords die Veto-Resolution zurückweisen sollten, würde er die Regierung unterstützen.

Austen Chamberlain beklagte, daß die Regierung die Budgetberatung zurückstelle und dadurch die finanziellen und die wirklichen Interessen des Landes schädige. Die Opposition sei nicht gekümmert, der Regierung des Königs nur deswegen zu opponieren, weil sie dadurch ein wenig früher aus dem Amte gehen müsse, als es auch ohnedies der Fall wäre. Die Opposition werde sich der Abstimmung enthalten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar 1910.

### Der Antivahlkampf des Zentrums.

Die zwanzig religiösen Arbeitermassenversammlungen, von deren Einberufung wir in letzter Nummer berichteten, haben gestern in Köln und Umgebung stattgefunden. In den Anrufen hieß es, diese „Protestversammlungen“ gelten den Kirchenfeinden, den Freidenkern, der Verbrüderung aller antikirchlichen und antisprichlichen Parteien (!) auf wirtschaftlichem (!) und politischem (!) Gebiete. Und weiter heißt es, der „Geist der Linken“ sei auf dem Vormarsche. Die „Protest“bewegung, die sich auf das ganze weiteutsche Gebiet erstreckt und von M.-Glabbach aus inszeniert worden ist, richtet sich angeblich gegen die „Kirchenfeinde“. Der Aufruf aber betritt durch die angeführten Wendungen mit ausreichender Tölpelhaftigkeit, was des Pudels Kern ist: Die Ungünstigkeit der katholischen Arbeiter über die Steuerbewilligungen und den perfiden Wahlrechtsberrat des Zentrums soll abgelenkt werden auf den „gemeinsamen Feind“, auf die „Freidenker, Kirchenfeinde und Kulturkämpfer“. Dieser Mißbrauch der Religion zu parteipolitischen Zwecken ist ein alter Trick des Zentrums, der schon mehrmals dann angewendet worden ist, wenn diese Partei das arbeitende Volk an die agrarischen Brotwucherer verkauft hatte. Wenn die Kirche wirklich gefährdet wäre, so hätte ja das Zentrum dafür sorgen können, daß bei der Abstimmung über den Toleranzantrag nicht sechzehn Zentrumsabgeordnete fehlten. Bei der Beschlußfassung über den schändlichen Vorkurs hatte das Zentrum bekanntlich seine sämtlichen Männer zur Stelle, und auch kürzlich, als es galt, im Interesse der Junker und Großgrundbesitzer die Erbschaftsteuer niederzustimmen, fehlten nur zwei Zentrumsleute!

Doch in den Versammlungen, wie an den Anschlagstulen zellamehaft ausgeführt wurde, auch Kardinal Dr. Fischer und der Kölner Weihbischof würden teilnehmen, macht den Kummel nicht besser. Uebrigens sollte ursprünglich der „Protest“ mit einer Strahendemonstration verbunden werden. Im letzten Augenblick wurden aber die in Frage kommenden Vereine von der Bezirksleitung der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine aus bestimmten Gründen ersucht, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, in geschlossenem Zuge zur Versammlung zu ziehen, sondern sich sofort ins Versammlungslokal zu begeben.

Man wolle also auch „auf die Straße gehen“.

### Die Reichstagsstichwahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummerbach.

Bei der Reichstagsstichwahl am Sonnabend erhielt Dr. Ratz (Zentrum) 21 498, Dr. Erdmann (Soz.) 13 382 Stimmen. Das Zentrum hat mithin das Mandat behauptet.

Bei der Hauptwahl am 15. dieses Monats erhielten: das Zentrum 20 376, die Sozialdemokratie 10 024, die Nationalliberalen 8 405, die Christlichsozialen 1140 Stimmen.

Zu dem Wahlergebnis wird uns aus dem Kreis geschrieben: „Der Zentrumskandidat ist, wie vorausgesehen war, mit großer Mehrheit gewählt worden. Die Liberalen haben sich nicht zu einer einheitlichen einseitigen Parole aufführen können, trotzdem sie vor der Hauptwahl unzählige Male erklärt hatten, ihr Kampf gelte der Niederwerfung der Zentrumsreaktion. Was zur Stichwahl hat es sich aber gezeigt, daß der Nationalliberalismus, selbst wenn er vom Jungliberalismus stark beeinflusst wird, keine Entschlossenheit mehr auszubringen vermag. Für den Kreis Mülheim gaben die liberalen Vertrauensleute die Parole aus: Keine Stimme dem Zentrum! Im Kreise Gummerbach ging man

Sogar noch einen Schritt weiter und forderte die Liberalen auf, für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Aber zwei Tage vor der Stichwahl wurden diese beiden Beschlüsse durch eine neue Kundgebung der Liberalen Vertrauensleute des ganzen Wahlkreises aufgehoben. Die Sozialdemokratie hat sich denn auch nicht auf die Hilfe der Liberalen verlassen, sondern die Zeit bis zur Stichwahl noch zu reger Agitation ausgenutzt.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dem Wahlergebnis: „Man muß es bedauern, daß von den Liberalen nur 2400 zu der Einsicht gelangten, daß bei der Lage der Dinge für einen Liberalen hier der Sozialdemokrat entschieden das kleinere Übel war, und daß es Pflicht war, die Wahlstimme gegen den Zentrumsmann, den Vertreter der schwarzesten Reaktion, in die Wagschale zu werfen. Solange die Liberalen nicht einsehen, daß die Gegner, Merikale ebenso wie agrarisch-konservernativ, nicht durch unlätige Weisheitsreden, sondern nur durch aktives Mitwirken niedergerungen werden können, wird allerdings die Reaktion keinen Fußbreit Boden verlieren.“

### Posadowsky gegen Bethmann.

Man kann es dem Grafen Posadowsky, der ein kenntnisreicher und ehrlicher Mann gewesen ist, nachfühlen, daß ihm die gepreßte Stimmerei des Herrn v. Bethmann-Hollweg unerträglich geworden ist und daß ihm ein Protest gegen so viel anmaßliche Unfähigkeit eines vom Karriereglück begünstigten Bürokraten zu einem Bedürfnis geworden. Der „März“ veröffentlicht einen Artikel des früheren Staatssekretärs, der zwar mit äußerster Zurückhaltung in der Form, aber doch mit ziemlicher Schärfe in der Sache eine vernichtende Kritik des Herrn v. Bethmann-Hollweg enthält. Graf Posadowsky sieht Strömungen, die dem föderativen Reichsgedanken nicht förderlich sind. Besonders die Verhandlungen über die Schiffsabgaben und über die Änderungen des preussischen Wahlrechts haben solche Stimmungen hervorrufen müssen. Graf Posadowsky sagt:

„Koch bedenklicher ist im föderativen Interesse die Stimmung, die sich bei den Verhandlungen über die Änderung des preussischen Wahlrechts nur zu deutlich geltend gemacht hat, eine Stimmung, die den Institutionen des Reiches wenig freundlich zu sein scheint. Auch die Gegner des Reichswahlrechts, welches mit dem Reiche geboren ist, müssen anerkennen, daß unter der Herrschaft dieses Wahlrechts in Deutschland auf geschäftlichem und wirtschaftlichem Gebiete eine ungeheure Kulturarbeit geleistet ist, und daß die auf Grund dieses Wahlrechts gewählte Körperschaft noch stets die Mittel gewährt hat, welche zur Verteidigung unseres Vaterlandes zu Land und zu Wasser notwendig waren. Der Streitpunkt, der im Winter 1906 zur Auflösung des Reichstages führte, kann nicht als ein solcher betrachtet werden, bei dem es sich ernsthaft um Verfassung der Mittel zur nationalen Verteidigung gehandelt hätte. (Womit die Wahlfrage des Hottentottenbodens auch von Posadowsky gebührend ist. D. R.) Solange aber der Reichstag in dem Umfange, in dem er es bisher getan hat, seinen nationalen Pflichten genügt, scheint es recht schlüssig, das Reichswahlrecht als eine für das Reich politisch verfehlte und schädliche Einrichtung hinzustellen, um so mehr, als alle Parteien des Reichstages und ebenso die Vertreter des Bundesrates bei vielfachen Gelegenheiten auf das Bestimmteste erklärt haben, daß es ihnen völlig fernliege, das Reichswahlrecht anzutasten. Eine Prognose, daß es sich einmal um die Wahl zwischen Reich und Reichswahlrecht handeln könne, kann nur dazu dienen, in weiten Kreisen Mißtrauen gegen die Absichten der Regierung und auch der Parteien zu säuen, deren Vertreter solche Befürchtungen äußern. Auch die einschlägigen, offenen und geheimen Gegner des Reichswahlrechts würden kaum in der Lage sein, ihre Gegnerschaft in gesetzgeberische Beschlüsse zu übertragen.“

Zu allen diesen symptomatischen Äußerungen und verschleierten Stimmungen kommt noch die bekannte Erklärung im Reichstage, daß der König von Preußen und der deutsche Kaiser jeden Moment imstande sein müßte, zu einem Leutnant zu sagen: „Nehmen Sie gehn Mann und schließen Sie den Reichstag!“ Wer den gesamten Inhalt der Verhandlung und insbesondere jener Rede vorurteilsfrei und von der Hitze politischen Kampfes unbeeinträchtigt liest, muß zugeben, daß die Äußerung nur ein Beispiel für den unbedingten Gehorsam des Soldaten gegenüber der allerhöchsten Kommandogewalt geben sollte, und daß es eine arge Übertreibung (?) ist, in jener Äußerung eine Aufforderung zum Verfassungsverstoß zu erblicken. Trotzdem ist ein solch drastisches Beispiel schon deshalb höchst gefährlich, weil es, wenn auch nur theoretisch, die Möglichkeit zuläßt, daß der höchste Träger und Vertreter von Recht und Gesetz einen Befehl erteilen könnte, der gegen die Grundverfassung des Deutschen Reiches verstößt. Derartige Äußerungen pflegen jahrelang zum Gegenstand des Angriffs, der Verdächtigung und Aufreizung gemacht zu werden, und zwar mit desto mehr Erfolge, je unentschiedener die Menge ist, an die man sich wendet.

Das Deutsche Reich ist ein sehr künstlicher, ganz eigenartiger politischer Aufbau, geschaffen in einer Zeit, die selten reich an bedeutenden Männern und opferfreudigem Eifer war. Man sollte sich aber hüten, einer einzelnen geschäftlichen Maßregel halber, auch wenn sie sich finanziell und wirtschaftlich rechtfertigen läßt, oder aus Mißgunst darüber, daß das Reichswahlrecht auch der schärfsten Opposition in erheblicher Anzahl die Tore der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches geöffnet hat, eine gewisse partiellulare Mißgunst gegen die Verhältnisse im Reiche überhaupt offen heraus zu bekennen oder wenigstens verständlich genug durchblicken zu lassen. Gegensätze und widerstreitende Interessen innerhalb des Reiches sind bereits reichlich vorhanden. Ein zu starkes partiellulares Selbstbewußtsein ist nur geeignet, die schon vorhandenen Reibungsflächen, die in einem Bundesstaate aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich sind, noch zu verschärfen.

Draußen im Reiche finden derartige Stimmungen lebhaften Widerhall und erschweren die politische Arbeit der Stellen und Personen, die für den Reichsgedanken und seine Stärkung mit Herz und Verstand eintreten.

Im Auslande hält man solche Stimmungen für einen Rechtsbruch, der auf die Reichshauptstadt gefallen ist, und man fragt sich mit Entsetzen, in welchem Dunsstreife eine derartig pessimistische Stimmung gegenüber einem Staatsgebilde entstehen konnte, das auf eine so gewaltige und allgemein beneidete Entwicklung zurückzuführen vermag.

Für die Kennzeichnung der gedankenarmen Reaktion, die heute das preussische Ministerium und ihre ministeriellen Handlanger im Reiche verkörpern, kann es wohl keine schärfere Beurteilung geben, als diesen Protest eines durch und durch konservativen Mannes, der alle Illusionen über den sozialen Verfall der Hohenzollern stets geteilt hat, der der Vater des agrarischen Volkstums ist, der aber auch geglaubt hat, nicht bloß ein Bedienter der Schatzkammer und Junker sein zu brauchen. Graf Posadowsky ist ein Politiker, der dem Zentrum und den Konservativen in vielen Auffassungen sehr nahesteht; für den Geschäftsträger des schwarzblauen Blochs von heute hat er aber nur — Verachtung. Auch ihm ist Herr v. Bethmann-Hollweg der Reichsfeind, der im Innern den Reichsgedanken hinter den preussischen Partikularismus zurückstößt und im Auslande das Deutsche Reich durch seine miserable innere Politik diskreditiert.

### Die Perle von Januschan.

Ein recht interessantes Beispiel dafür, wie uneigennützig sich die vermögenden Landjunker des Bundes der Landwirte der Interessen des kleineren Bauernstandes annehmen, erzählt die „Freis. Ztg.“:

„Im westpreussischen Kreise Rosenberg, nahe der Grenze zwischen den Provinzen West- und Ostpreußen, unfern des großen Gesehrees und in der Nähe der Städte Di. Eplau, Rosenberg und Saalfeld, Ostpreußen, liegt eine kleine Ortschaft namens Jollnich. Vor noch etwa 10 bis 20 Jahren hatte dieses Dorf eine Anzahl kleiner Bauernhöfebesitzer, ferner befanden sich dort eine Schule, ein Gasthaus und eine Glashütte. Heute findet man an dieser Stelle nur ein einzelnes bewohntes Gehöft, dessen Bewohner ein Privatförster und Fischereiaufsicht sind, und ein altes verfallenes und unbewohntes Häuschen. Die Wege zu diesem Orte, die zum Teil durch Wald führen, sind vollständig von Gras überwachsen; man sieht es ihnen an, daß jetzt auf ihnen nur selten ein Gefährt verkehrt und daß sie nur im Winter vielleicht zur Holzabfuhr benutzt werden. Kein Wegweiser oder Wegstein zeigt dem Wanderer die Richtung an. Der mächtige Nachbar des Dorfes, der adlige Rittergutsbesitzer, der sein Gebiet vergrößern wollte, hat nach und nach die Besitzungen der einzelnen kleinen Bauern aufgekauft, und heute ist er der Herr der gesamten Ländereien, aber ein früher blühendes Dorf ist vom Erdboden verschwunden.“

Und wie heißt dieser edle Bauernfreund? Er heißt von Oldenburg und herrscht auf Januschan!

### Wahlrechtsantrag der sozialdemokratischen Fraktion im preussischen Landtag.

In der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses wird von sozialdemokratischer Seite folgende Resolution eingebracht:

„Das Haus der Abgeordneten wolle die Regierung ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den a) allen in Preußen wohnenden über 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts gewährt; b) auf Grund der Ergebnisse der jedesmaligen Volkszählung und entsprechend dem Grundsatze des Gesetzes vom 27. Juni 1890 vor jeder Wahl eine anderweitige, Feststellung der Wahlbezirke für die Wahl zum Abgeordnetenhause herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird.“

### Ministertausch in Hessen.

Der Großherzog hat das Entlassungsgesuch des Finanzministers Dr. Grauh angenommen. Das Finanzministerium übernimmt der bisherige Minister des Innern Dr. Braun. Die Leitung des Ministeriums des Innern wird dem Provinzialdirektor der Provinz Rheinhessen, Freiherrn von Homberg zu Nach übertragen, der zunächst zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannt wird.

### Der Zeugniszwang vor dem bayerischen Landtag.

München, 24. Februar. Zwei Interpellationen standen heute zur Tagesordnung, die die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens zum Gegenstand hatten.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: In dem demokratischen „Münchener Anzeiger“ erschien ein Artikel unter der Überschrift „Inquisition“, in dem die Drangsalierung eines Postbeamten besprochen wurde. Es wurde darauf gegen einen Postsekretär das Disziplinarverfahren eröffnet und der Redakteur des „Münchener Anzeigers“ vor den Untersuchungsrichter, einen höheren Postbeamten, geladen. Ueber den Verfasser des Artikels befragt, verweigerte er die Auskunft. Dasselbe taten zwei als Zeugen geladene Postsekretäre. Nun wurde das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet und gegen den Redakteur und den einen Postsekretär eine Geldstrafe von 50 M., gegen den anderen Sekretär eine solche von 100 M. ausgesprochen. Dem einen Sekretär wurde zugleich die Verhaftung angeordnet. Der mit 50 M. bestrafte wurde einen Tag nach der Zeugnisverweigerung auf einen geringeren Posten versetzt.

Genosse Sühheim begründete die sozialdemokratische Interpellation, Dr. Quide die liberale. Beide Redner fanden scharfe Worte der Verurteilung der skandalösen Vorgänge, die um so bedauerlicher seien, als das erste Mal in Bayern der Zeugniszwang in einem Disziplinarverfahren Anwendung fände. Sie beantragten, daß ein höherer Beamter als Untersuchungsrichter nicht mehr Gefühl und Verständnis für Moral und Ehre habe und seine Untergebenen zu einem Vertrauensbruch, also einer ehrlosen Handlung, durch Strafen zwingen wolle. Dr. Sühheim machte darauf aufmerksam, daß das geradezu preussische Zustände seien, die für Bayern eine Schande bedeuten. Von sozialdemokratischer und liberaler Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur der Berufsredakteur, sondern auch der Mitarbeiter oder Vertrauensmann des Redakteurs vor dem Zeugniszwang geschützt werden müsse. Andernfalls könne die Presse ihre wichtigste Aufgabe nicht erfüllen. Das wurde besonders auch vom Genossen Müller betont, der dem Minister scharf ins Gewissen redete.

Der Vertreter der Zentrumsparthei, Schöndorf, verurteilte das Zeugniszwangsverfahren und wünschte es in bezug auf den Redakteur vollständig beseitigt. Den Mitarbeitern und Vertrauenspersonen dagegen kann er denselben Schutz wie den Redakteuren nicht zuerkennen. Der Verkehrsminister half sich mit dem Einwande, daß er nicht das Recht habe, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, und daß der Untersuchungsrichter nur die Nachmittel zur Anwendung gebracht habe, die ihm das Beamtengesetz zuerkennt. Im übrigen aber wolle er „erwägen“, ob er nicht nach Abschluß des Verfahrens an seine Beamten einen Erlaß hinausgeben wolle, durch den die Wiederholung der Anwendung des Zeugniszwanges vorgebeugt werde.

Warten wir ab, was aus der „Erwägung“ herauskommt.

### Die Einnahmen des Reiches.

an Zölle, Steuern und Gebühren in der Zeit vom 1. April 1909 bis Ende Januar 1910 sind fast durchweg gestiegen. Es wurden bereitgestellt:

Zölle 610 968 651 M. (gegen das Vorjahr + 113 928 314 M.), Tabaksteuer 9 837 318 M. (+ 820 465 M.), Zigarettensteuer 18 136 746 M. (+ 4 013 690 M.), Zudersteuer 134 134 616 M. (+ 4 549 451 M.), Salzsteuer 49 098 404 M. (+ 871 010 M.), Branntweinsteuer: a) Verbrauchsabgabe 40 575 285 M., b) Weintrinksteuer 9 098 429 M., c) Malztrinksteuer — 10 705 906 M. (— 17 967 424 M.); d) Verbrauchsabgabe und Zuschlag aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1909: 112 288 482 M. (+ 961 888 M.); e) Weintrinksteuer 1 719 384 M. (— 1 430 127 M.), Eßigsaureverbrauchsabgabe 287 518 M. (+ 287 518 M.), Schanweinsteuer 10 845 992 M. (+ 5 980 963 M.), Venchmittelssteuer 830 401 M., Zündwarensteuer 6 891 007 M., Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 61 483 879 M. (+ 10 715 892 M.), Spielartensteuer 1 580 525 M. (+ 49 653 M.), Wechsellampfensteuer 15 675 588 M. (+ 1 881 455 M.), Reichsstempelabgaben von Wertpapieren 81 208 788 M. (+ 9 330 426 M.), von Genetmanteilchein- und Zinsbogen 2 417 587 M., von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgefallen 18 300 870 M. (8 736 403 M.), von Lotterielosen a) für Staatslotterien 23 939 168 M. (+ 1 439 622 M.), b) für Privatlotterien 11 893 882 M. (+ 1 516 858 M.), ferner von Fruchturkunden 12 826 688 M. (+ 795 160 M.), von Personalfahrkarten 16 869 032 M.

(+ 1 089 120 M.), von Erlaubnisurkunden für Kraftfahrzeuge 2 094 494 M. (357 145 M.), von Vergütungen an Mitglieder von Ausschüssen 3 541 967 M. (+ 1 352 310 M.), von Schecks 2 418 077 M., von Grundstücksübertragungen 17 475 928 M., Erbschaftsteuer 90 730 206 M. (+ 7 625 512 M.), Statistische Gebühr 1 349 262 M. (+ 111 811 M.).

### Mugdan als Reichsverbändler.

Während der Reichstagswahlbewegung im Kreise Vingen-Magde hatte der nationalliberale Kandidat, der bekannte Dr. Veder-Sprendlingen in einer Versammlung gesagt, auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan sei Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen. Die „Freisinnige liberale Wochenchrift“ warf infolgedessen dem Dr. Veder vor, er habe seine Behauptung wider besseres Wissen gemacht. Veder antwortete, am Freitag kam die Angelegenheit vor dem Schöffengericht in Darmstadt zur Verhandlung. Dort stellte Dr. Veder fest, daß Dr. Mugdan zwar kein zahlendes Mitglied des Reichsverbandes gewesen, wohl aber für den Reichsverband tätig gewesen sei. Der beklagte Redakteur nahm infolgedessen seine Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verstand sich zur Tragung sämtlicher Kosten, auch der Anwaltskosten des Klägers.

Für den freisinnigen Herrn Dr. Mugdan, der seinerzeit feierlich erklärte, daß er mit dem Reichsverband nichts zu tun habe, ist der Darmstädter Prozeß mehr wie unangenehm.

### Empfehlungsbriefe.

Das preussische Ministerium empfiehlt, die sie nicht gelesen haben, ist schon öfter dagewesen. Die „Germanicus“, so ist vor zwei Jahren Wälso mit einem katholischen Pfarrer Reiter in Holzhausen (Bayerisch-Schwaben) hereingefallen. Und das ist gerade der Humor der Affäre „Germanicus“, daß jetzt das Zentrum sich gekränkt sah, während es damals eine Anerkennung des Katholizismus und indirekte Beschimpfung des Protestantismus durch den deutschen Reichsfanzler Schmungelnd einsetzte. Wälso schrieb nämlich an jenen Pfarrer:

„Ich schäme die treue Mitarbeit der katholischen Kreise Deutschlands an dem großen Werke der sozialen Verschönerung besonders hoch und wünsche, daß auch Ihrem Velehrungs- und Gebetsbuch ein voller Erfolg beschieden sein möge zum Weiten unseres deutschen Arbeiterstandes.“

Das Büchlein nannte sich „Pflichten und Rechte des christlichen Arbeiters“ und enthielt, wie damals die „Frankfurter Zeitung“ mitteilte, unter anderem folgende schöne Stelle: „... Luther, Calvin und so viele andere, die durch ihren Abfall von der Kirche unsägliches Unheil stifteten, wären nie Reher geworden, wenn sie sich nicht von Ehrsucht und Stolz hüten beherrschten lassen: Eitelkeit und Dunkel war es, daß sie mit neuen Lehren austraten... daß sie an ihrem Irrtum festhielten, obwohl sie in ruhigen Augenblicken denselben erkannten.“

### Frankreich.

#### Eine Vesteckungsagentur.

Paris, 28. Februar. Aus Toulon wird berichtet, daß der mit der Untersuchung der im Arsenal verübten Unregelmäßigkeiten beauftragte Polizeibeamte Sebille einer regelrechten Vesteckungsagentur auf die Spur gekommen sei. Weiter der Agentur sei ein Koulouner Kommissionär, der den Vermittler zwischen Lieferanten und den ungeduldeten Marinebeamten spielte. Bei dem Kommissionär sei eine sehr große Anzahl Briefe beschlagnahmt worden, die erdrückendes Anlagematerial enthielten sollen.

### Rußland.

#### Die Budgetebnisse.

Petersburg, 26. Februar. Reichsduma. In der Budgetebnisse sprachen die Nationalisten ihre Genugtuung über den glänzenden Abschluß des Budgets aus, bemängelten aber eine Bevorzugung der Grenzgebiete auf Kosten des zentralen Rußlands. Die Redner der Opposition führten die Bilanzierung des Budgets auf eine Vetterung der Finanzlage des Landes zurück, von Volkswohlfahrt könne aber noch keine Rede sein. Die reformatorischen Anregungen der Duma zur Hebung der Wehrmacht, namentlich der Flotte, seien noch immer nicht erfüllt. Die Redner der Linken wollten in dem Abschluß des Staatshaushalts eher einen Beweis der äußersten Quasiproduktion als der Zahlungsfähigkeit des Volkes sehen. Während für den Militarismus enorme Summen aufgewendet würden, geschähe nichts zur Hebung der produktiven Kräfte des wirtschaftlich zurückgebliebenen Landes. Die Arbeitergruppe und die Sozialdemokratie würden daher gegen das Budget stimmen.

### Serbien.

#### Eine sozialdemokratische Interpellation.

Belgrad, 28. Februar. Skupstina. In Beantwortung einer Interpellation der Sozialdemokraten wegen Ausweisung montenegrinischer Auswanderer erklärte Ministerpräsident Paschitsch, die Regierung von Kontenegro habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die freundschaftlichen Beziehungen, deren Pflege er im Interesse des serbischen Volkes für notwendig halte, durch den Aufenthalt montenegrinischer Auswanderer in Serbien beeinträchtigt würden. Da die serbische Regierung jedoch hierfür keine genügenden Beweise in Händen habe, um gegen die Auswanderer vorgehen zu können, habe sie ihnen geraten, Serbien zu verlassen, was sie denn auch freiwillig getan hätten. Der von den Sozialdemokraten gestellte Mißtrauensantrag wurde abgelehnt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein „Sieg“ der Reaktion.

Halle a. S., 28. Februar. (B. G.) Die heutige Stadtverordnetenversammlung lehnte mit 26 gegen 20 Stimmen einen von den Freisinnigen und Sozialdemokraten eingebrachten Antrag, bei der Staatsregierung gegen den Wahlrechtsentwurf als Benachteiligung der Städte zu protestieren, ab. Die Angelegenheit gehöre nicht zur Kompetenz der Stadtverwaltung. Der Magistrat hatte erklärt, einen Protest nicht mitmachen zu können.

### Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks?

London, 28. Februar. (B. T. B.) In Centre wurde bekannt gemacht, daß auch die nicht dem Verbands der Kohlengrubenbesitzer angehörigen Gruben am 31. März die Arbeit einstellen werden, da es unmöglich erscheint, daß zwischen den Grubenbesitzern und dem Bergarbeiterverbande eine Einigung zustande kommt. Danach erscheint es als fraglos, daß alle Gruben in Südwalles an diesem Tage den Betrieb schließen.

### Die Iren schweigen.

London, 28. Februar. (B. T. B.) Die irische Partei hat heute abend folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht der Erklärungen des Schatzkanzlers Lloyd George wird die Partei davon absehen, für oder gegen die Regierung Stellung zu nehmen.“

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung. Montag, den 28. Februar 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Moltke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Auflösung des Landkreises Mülheim a. d. Ruhr, die Erweiterung des Landkreises Essen sowie der Stadtkreise Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen und Essen.

Abg. v. Gohler (L.): Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an die Gemeindeforschung. Ich möchte aber betonen, daß wir die größten Bedenken haben gegenüber dem Tempo, in dem seit einiger Zeit Eingemeindungen erfolgen. Es ist dies die 10. Vorlage in dieser Session. Wohin soll es führen, wenn die Auffassung des platten Landes um die Großstädte herum in dieser Weise fortschreitet? Wir konservativen legen den Schwerpunkt der nationalen Frage und der Volksgesundheit nicht in die Großstädte, sondern auf das platte Land. (Bravo! rechts.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß es sich hier nicht nur um eine Eingemeindung in eine Großstadt handle, sondern auch um die Erweiterung eines Landkreises.

Abg. Bell (Z.) bittet, die allgemeine prinzipielle Frage bei dieser Gelegenheit nicht zu erörtern.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) betont, daß gerade in diesem Falle die Gegensätze zwischen Stadt und Land gar nicht in Betracht kämen.

Die Vorlage wird hierauf an die Gemeindeforschung verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beim Kapitel:

Polizeiverwaltung in den Provinzen.

Abg. Dieblich (Soz.):

Am vergangenen Donnerstag hat der Unterstaatssekretär zum Fall Rakowski

erklärt, daß dieser wohl von der Polizei in Posen einige Zeit in politischer Beziehung verwendet wurde, daß man aber später davon Abstand nahm, weil er als unzuverlässig erkannt worden ist. Ich habe hier eine wörtliche Uebersetzung der Befehle, die der Rakowski in einer Zeitung niedergelegt hat. Ich bemerke, daß Rakowski mir persönlich für alles Wesentliche, was er in diesen Befehlen niedergelegt, eidesstattliche Versicherung gegeben und mir auch Beweismittel genannt hat: nicht nur sein eigenes Zeugnis, sondern auch das einer Anzahl anderer Personen. Was zunächst

die Organisation der politischen Polizei in Posen

betrifft, so behauptet er auf Grund eines Dekrets des Ministers für innere Angelegenheiten vom 10. Mai 1904, daß das Polizeibureau von Jacher in Posen kein einfaches Polizeibureau unter der Aufsicht der Regierung, sondern ein Polizeibureau für polnische Angelegenheiten ist. Alle Polizeibeamten in Preußen müssen alles, was polnische Angelegenheiten betrifft, direkt Herrn Jacher mitteilen! Da gibt es ein Bureau in Posen für polnische Angelegenheiten und Spionagesachen. Diesem Bureau steht der Kriminalkommissar Paul Frost vor, der inoffiziell

„Kopieka“

d. h. Kopete genannt wird, wahrscheinlich, weil man annimmt, daß der Herr nicht ganz widerspruchsfähig gegen Verleumdungen ist, auf ihn einzuwirken! (Chal rechts.) Ich werde Beweise darüber beibringen. (Zuruf.) Offiziell heißt er „Kontier“. Er hat Kaiserin-Viktoria-Straße 33 gewohnt und hatte die Telefonnummer 594. Früher ist er Grenzgendarm gewesen. Er wird den unteren Polizeibeamten gegenüber nach Möglichkeit unbekannt gehalten, damit er seine geheime Tätigkeit möglichst wirksam ausüben kann. Eine ganze Anzahl von herumreisenden Spiegeln steht ihm zur Verfügung.

Außerdem gibt es in Oberschlesien, in Weutchen, ein Bureau speziell für ober-schlesische Angelegenheiten und provokatorische Agitation unter der Leitung des Polizeirats Wädler. In Berlin gibt es auch eine große Anzahl von Spiegeln, die von dem Polizeibureau unterhalten und geleitet werden. Diese Organisation gibt u. a. auch ein Amtswochenblatt unter dem Titel: „Gesamtüberblick der polnischen Tagesliteratur“ heraus. Der Inhalt dieser Zeitung wird auch als Wachzettel an allerhand polenfeindliche Blätter abgegeben und dort ziemlich viel benutzt.

Kleines Feuilleton.

Der Streik der „Neger“ in Paris. Daß ein Streik von „Negern“ die französische Literatur erheblich in Mitleidenschaft ziehen kann, mag auf den ersten Augenblick unglücklich erscheinen.

Das Rätsel löst sich indes, wenn man erfährt, daß „Neger“ (wir fragen in ähnlichem Sinne „Kuli“) im literarischen Frankreich die zum meist unbekannt bleibenden Mits- und Hilfsarbeiter der Schriftsteller bedeutet, denen die Verfasser von Romanen und Geschichtswerken die Sammlung von Material oder die Ausarbeitung bestimmter Teile ihrer Werke nach ihren Angaben und Entwürfen übertragen. Diese „Neger“, von deren Diensten nebenbei gesagt, schon manche Größe der französischen Literatur recht ausgiebigen Gebrauch gemacht haben, fanden nun, wie wir der „Opinion“ entnehmen, daß es mit den Bedingungen, unter denen sie bisher für ihre Herren arbeiteten, so nicht weiter gehen könne, und stellten deshalb eine Reihe von Forderungen auf, bis zu deren Annahme vom „Syndikat der Literaturneger“ und verwandten Berufsweige“ der Streik verhängt wurde. Man kann sich denken, daß sich die französischen Blätter diese Sensation nicht entgehen ließen; man sprach vom „literarischen Panama“. Das Publikum drängte sich zu ihren Versammlungen, um die wahren Größen der französischen Literatur endlich einmal von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen und sie deklamieren zu hören: „Wenden Sie sich um, Bürger! Der Mann hier hat die sozialen Romane geschrieben, die ganz Europa bewundert; jener dort — o blutiger Dohn! — hat die berühmten Flugschriften zum Schutze des literarischen Eigentums geschrieben, von denen ein anderer den Gewinn gezogen hat!“ Den Arbeitgebern der Literatur aber war unbehaglich zu Rute. Ein Teil von ihnen hat seine Verleger, bis zur Verwindung des Streiks von den vereinbarten Verträgen zurückzutreten, andere bescheiden Mittelungen, daß sie niemals „Neger“, sondern immer nur Kopisten in ihren Diensten gehabt hätten, und schreiben nun zum Trost drauf los; wieder andere nahmen Streikbrecher in ihren Dienst, aber diese „gelben“ Neger erwiesen sich den organisierten nicht gleichwertig. Kurz, es war auf die Dauer ein unerschütterlicher Zustand, und die Unternehmer hielten es daher für geraten, die Forderungen der „Neger“ einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Sie bestanden in der Hauptsache darin: erstens, daß kein französischer Romanautor in Zukunft mehr als einen Roman pro Vierteljahr und „Neger“ liefern soll; zweitens, daß die Neger, die für Gesichtswortarbeiten arbeiteten, in Zukunft ebenso wie ihre Kollegen vom Romanfach entlohnt werden sollten, wenn sie mehr als 50 Bogen im Tag lieferten. Diesen Forderungen konnten sich die Arbeitgeber der französischen Literatur nicht verweigern, sie gaben vielmehr den Forderungen ihrer „Neger“ in allen Punkten nach; die Neger haben gesiegt.

Was die Naturvölker zur See geleistet haben. Der „Südn.“ wird geschrieben: Die aus der chinesischen Hafenstadt

Rakowski beschuldigt sich selbst, daß er der Polizei wichtiges und reichliches Material in Sachen der Nationalliga gestohlen habe, daß er dem in Lemberg wohnenden Redakteur der „Altpolnischen Rundschau“ Material fortgenommen und

für diesen Diebstahl 800 M. erhalten

hat. Er behauptet auch, in einer Buchhandlung eine große Anzahl von Broschüren und allerhand geheime Schriften gestohlen und für 300 M. an das Bureau abgegeben zu haben. Er macht Mitteilungen darüber,

wie in Posen falsche Berichte über allerhand politische Angelegenheiten gemacht worden sind.

Bei diesen Fälschungen sei er selbst mit tätig gewesen. — Dieser Rakowski ist an mich mit dem Ersuchen herangetreten, ich sollte gegen ihn, als er noch in Berlin war, Anzeige erheben! Er wollte eine Selbstanzeige gegen sich machen. Ich habe ihm davon abgeraten, weil ich mich zunächst erst vergewissern wollte, mit wem ich es zu tun hätte. Diese falschen Berichte sind nach der Darstellung Rakowskis in einem Restaurationslokal geschrieben worden. Er sagt:

Dort schrieb ich, zusammen mit einer anderen Person, die ich nicht nennen will, fast alle Berichte, die die polnische Bewegung betrafen.

Wiederholt sind Berichte aus Lemberg, aus Krakau von allerhand Kongressen angeblüh von Vertretern gegeben worden, die Frost dorthin geschickt haben wollte, während diese Berichte nach der Behauptung Rakowskis tatsächlich

in Posen fabriziert

worden sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Reisespesen haben die Herren Frost und seine Kumpane in die Tasche gesteckt! Den Bericht über den altpolnischen Kongress in Lemberg hat ein Agent des Frost in Posen geschrieben! Die Originale dieser Berichte wurden nach Berlin an das literarische Bureau des Ministeriums des Innern geschickt und sind dann von der Regierung im Kampfe gegen die Polen verwendet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in Berlin ist nach Behauptung des Rakowski unter Führung der Polizei ein russisches Komitee zur Ueberwachung gegründet worden.

Was die nationale Liga anbetrifft, behauptet Rakowski, man müßte Bücher schreiben, welche man alle falschen Berichte nennen, die über den Nationalfonds und die nationale Liga geschrieben sind. Er hebt hervor: Frost lernte durch seine Vermittlung irgendeine bestimmte Person kennen, die sich verpflichtete, falsche Auftrufe der Liga zu schreiben! Diese Proklamationen wurden von der betreffenden Person — es war eine Frau, der Name steht dem Herrn Minister zur Verfügung — auf Pergament geschrieben und mit einem gefälschten Stempel versehen. Insbesondere handelte es sich dabei um zwei Auftrufe, einen von dem Solol und einen anderen von dem Posener Delegierten der Liga! Diese lithographierten Auftrufe verbreitete Frost in der polnischen Presse „Dziennik Poznanski“, druckte den Aufruf sofort ab und kritisierte ihn streng.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Mai 1904 wurde vom Minister Hammerstein ein Aufruf vorgelesen, der so blutrünstig war wie nur irgend möglich und sofort von den hier anwesenden Polen als gefälscht bezeichnet wurde. Unter lebhaften Zwischenrufen nur konnte der Minister seine Ausführungen beenden. Rakowski hat jetzt bekannt, daß mit seiner Kenntnis dieser Aufrufe von einer von ihm namhaft gemachten weiblichen Person

fabriziert

worden ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Rakowski behauptet, Frost hätte bald nachher in seiner Gegenwart das Original des gefälschten Auftrufes mit dem Bemerkten zerrissen, es sei besser, daß solche Dokumente nicht existieren. Für die Redaktion dieser gefälschten Berichte sind 60 M. gezahlt worden. Bald danach ist Frost mit einem ziemlich hohen preussischen Orden versehen worden. Jacher wurde zum Polizeidirektor ernannt, bekam auch den russischen St. Annenorden, ebenso wie der Polizeipräsident von Posen, der frühere Herr v. Hellmann. Diese Dekorationen erinnern lebhaft an den bekannten roten Adlerorden, den der berüchtigte russische Oberstpiegel Harting sich ja auch in Preußen verdienen haben soll.

Rakowski beschuldigt sich weiter, über die revolutionäre Bewegung in Galizien selbst Berichte geschrieben zu haben, die dann in die Zeitungen hineinclariert worden sind und die zum Teil von Frost einfach nach den Zeitungsmeldungen inspiriert waren! Es wird von Rakowski weiter behauptet, daß in seiner Gegenwart eine Anzahl gefälschter Auftrufe, die

Enteignungsfrage betreffend, verfaßt und im „Straß“ gedruckt worden sind, daß weiter einige Artikel einer Zeitung, als sie Frost nicht scharf genug

waren, bei der Uebersetzung künstlich umgestellt und verfälscht worden sind. Rakowski behauptet, drei von den gefälschten Exemplaren damals gestohlen zu haben.

Besonders interessant ist die Behauptung des Frost, daß er es für nötig hielt, der Regierung darzulegen, daß ja auch die russische Regierung über die internen preussischen Verhältnisse viel besser organisiert sei als die deutsche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wurde behauptet, es sei eine Broschüre erschienen, aus der die genaue Kenntnis der russischen Regierung über die inneren preussischen Verhältnisse zu ersehen sei. Als das Ministerium die Vorlegung der Broschüre verlangte, hat Frost nach Behauptung des Rakowski die Broschüre erst auf Grund der gefälschten Mitteilungen, die vorher dem Ministerium gemacht worden waren, in verschiedenen Druckereien in Posen herstellen lassen. Bei der Herstellung wurden in den verschiedenen Druckereien verschiedene Letzern benutzt. Das habe Frost so erregt, daß er die Frauensperson, die speziell damit beschäftigt gewesen war, geohrfeigt habe! Er habe sich aber beruhigen lassen, als ihm gesagt worden sei, man könne ja behaupten, die Broschüre sei von polnischen Revolutionären unter allerhand erschwerenden Umständen gedruckt worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter wird zugegeben, daß ein Plan über das Mandat des „Solol“ in Galizien von Rakowski mit einem anderen Herrn, dessen Name dem Minister zur Verfügung steht, gefälscht sei. Es habe sich dort um harmlose Turnspiele gehandelt, die zu einer Art kriegerischen Wanders umgefälscht worden seien. Sie wissen, welche große Rolle diese angeblichen Mandate der Polen in der antipolnischen Agitation spielen.

Rakowski behauptet weiter, daß gefälschte Berichte über die revolutionäre Bewegung im Königreich Polen jeden Tag in Frost's Bureau, Wollkestraße 11, für das Ministerium in Berlin geschrieben worden seien. Die Berichte wurden so verfaßt, daß Polizeidirektor Jacher die Zeitungen lieferte, in denen er mit Notiziff das amtlich, worauf er Wert legte, daß Frost dann allerhand Beschäftigten hinzuzugähle und Rakowski mit seinen Spiegelfellen daraus einen „Bericht“ fabrizierte. Frost soll einmal gesagt haben:

„Wenn man schon die Keinen Räder so drehen und sämieren muß, wie müssen dann erst die großen Wädhlen mahlen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf Grund der gefälschten Berichte wurde tatsächlich damals eine Verstärkung des Nordens an der preussischen Grenze vorgenommen!

Weiter berichtet Rakowski, wie

die Kontrollstationen

ausgenutzt wurden, um Personen, die wegen eines politischen Vergehens verfolgt wurden, an der Flucht nach Amerika zu hindern und der russischen Polizei auszuliefern! Das kann sehr wohl der Fall sein, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfährt, denn bekanntlich ist die Möglichkeit, an der Grenze jemand zurückzuweisen, nachdem er die Grenze bereits passiert hat, einer Kontrolle überhaupt nicht unterworfen, und von all dem Unrecht, das da an den östlichen Grenzen geschieht, dringt wenig in die Öffentlichkeit.

Von Interesse sind noch die Bemühungen der politischen Polizei, die Auswanderung der Polen nach Amerika zu begünstigen, erstens, um sie loszuwerden, zweitens, um den Agenten des Nordens und der Hapag, mit denen die politischen Polizeibeamten zusammenarbeiten sollen, einen Vorteil zuzuschlagen. Unter Vorbehalt gebe ich wieder, daß Rakowski behauptet, bei einem Prozeß, als vergeblich war, das Rechtsmittel rechtzeitig einzulegen, mit Hilfe eines Nachschlüssels in die Kasse der Staatsanwaltschaft eingedrungen zu sein, die Akten des Solol fortgenommen und dem Polizeirat Jacher ausgehändigt zu haben. Auf dieselbe Weise seien sie dann wieder zurückbefördert worden.

Auf Veranlassung des Jacher soll auf Grund eines Berichtes an das Ministerium im Mai 1909 der russischen Regierung vorgeschlagen worden sein, in Berlin für polnische Angelegenheiten ein spezielles Bureau unter preussischer und russischer Aufsicht einzurichten. Rußland soll damit einverstanden gewesen sein. Wenn das richtig ist, ist es allerdings nicht wunderbar, daß der Minister meine neuliche Behauptung, es bestünde ein Kompagniegeschäft zwischen der deutschen und russischen Polizei, nicht zu bestreiten versucht hat, woraus das „Tageblatt“ ein Zugeständnis zu meiner Behauptung folgert.

Weiter wird behauptet, daß auch der Bericht über einen all-

dann amtlich angestellt. Seine Aufgabe ist nicht allzu schwierig: Das Raubst, wenn die Dunkelheit sich über die einsamen Straßen der Vororte senkt, schleicht der Hundendecker seines Weges und läßt von Zeit zu Zeit ein wütendes Gebell erschallen. In jedem Hause, in dem sich ein Hund befindet, wird alsbald die Antwort ertönen. Der Hundendecker aber schreibt sich Straße und Hausnummer in das Notizbuch und liefert am Morgen nach seinem Rundgang dem Finanzministerium das Verzeichnis ab. Bald wird in dem betreffenden Hause ein Steuerinspektor erscheinen, um sich zu überzeugen, ob die Hundsteuer auch richtig bezahlt ist.

Humor und Satire.

Ein Telephongespräch. Der Wächmeister Zimmerdruff. — Hier Polizeipräsident von Jagow. Was ist los? — Vor dem Dom haben sich 5000 Menschen verammelt. — Jagen Sie sie mit Säbeln auseinander! — Zu Befehl. Aber es scheint keine Sozi zu sein, sondern. — Dann jagen Sie sie nicht auseinander! — Sie jagen allerdings sehr laut. — „Aha! Die Arbeitermarke! Lassen Sie eventuell schießen!“ — Nein, sie jagen: „Eine feste Burg ist unser Gott!“ — „Wo nicht schießen lassen! Verstanden?“ — „Es hält auch einer eine Ansprache.“ — „Wahrscheinlich über das Wahlrecht? Sofort den Kerl verhaften!“ — „Nein, er spricht über die Existenz Jesu!“ — „Wo keinesfalls verhaften! Nicht unterbrechen den Mann!“ Sie wissen doch: die Straße dient einzig dem Verkehr. Natürlich auch dem Verkehr mit dem Fensel! Sonst noch was? — „Soll ich die Leute nicht zum Auseinandergehen auffordern?“ — „Sie sind wohl verrückt? Machen Sie Augen und Ohren zu! Zum Donnerwetter, Sie scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß in Preußen alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind?! Wenden Sie sich heute abend! Schlaf!“

Au mein Volk! Wie sieh' ich da? Fabelhaft. Erfolg über Erfolg. Gelt, da schaut Ihr, Ihr ollen Bundesbrüder? Sage nur: wenn ich nicht Oldenburg wäre, möchte ich Weidenburg sein. Wahnsinnig gefeiert worden im Rindl Busch. Gönne das dem Gofinschwein Lebedour. Hätte es ihm neulich noch ganz anders geseht, mühte aber leider abfahren. Hat mich denn auch glänzend abfahren lassen! E. M. sogar im Telegramm an Berliner Landwehroffiziere meinen Ausdrucks „Triarier“ adoptiert. Ich ihm das Wort zerabeg zu den Mund jelegt! Donnerwetter, schon bald sechs! Ruh abreißen. Weinen triarischen Segen allerorts! Wolle, gäbe endlich Luftschiffverbindung Berlin-Jamtschau, daß nicht immer mit Rösschenmenschen selber Zug fahren muß! Gut Mist!

Notizen.

— Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Dienstag, den 1. März, 1/2 Uhr, findet im großen Saale der „Musterstraße“ (Kaiser-Wilhelm-Str. 18 M) der erste öffentliche Vortragsabend statt. O. M. Waage spricht über das Thema: „Aus dem Liebesleben der Tiere“. Eintritt für Gäste 50 Pf.

statischen Kongress bei Gelegenheit der Weltausstellung von St. Louis, der den Eindruck erregte, als ob er von einem Ohrenzeugen berichtet sei, von Rasowski in Posen fabriziert worden sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn erwidert werden sollte, Rasowski sei von der Polizei entlassen worden gerade wegen seiner Unzuverlässigkeit, so stelle ich demgegenüber fest, daß Rasowski behauptet, es sei wegen finanzieller Differenzen, weil ihm ein Bericht zu gering bezahlt wurde, zum Bruch gekommen.

Weiter wird nun behauptet, daß auf Grund eines Berichtes der Breslauer Polizei ein Rundschreiben an alle Polizeidirektionen dort erlassen ist: auf

### die „antimilitaristische Propaganda“

ein scharfes Augenmerk zu richten. Rasowski behauptet, von Frost 140 M. bekommen zu haben, um damit zwei Unteroffiziere des antimilitaristischen Provolations

40. Infanterieregiments dazu zu gewinnen, eine zu erzeugen! Die Namen der Unteroffiziere stehen dem Herrn Minister zur Verfügung, wie mein gemeinsames Material. Auf Grund dieser provokatorischen Tätigkeit sollen tatsächlich Opfer gefallen sein!

Weiter fährt er an:

### gefälschte Berichte über über Sitzungen des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel,

die den Eindruck machen sollen, als stammten sie von einem Ohrenzeugen, während er sie tatsächlich in Posen anfertigte.

Er behauptet weiter, daß zu meiner Ueberwachung mir gelegentlich ein Spindel in mein Bureau als Angehänger geschickt worden ist!

Herner soll ein Polizeibeamter mit der

### Revision der mit der Post eingehenden Pakete aus Kalzien

beauftragt sein. Der Betreffende hatte ihm erklärt, die Zollbeamten seien für die Auslieferung der Sädel an die Polizei leichter zu gewinnen, die Postbeamten schwerer! Nach dem, was beim Königsberger Prozeß 1904 über die Bestrafung von Postbeamten und Versuche, sie als Spindel zu verwenden, festgesetzt worden ist, wird man sich nicht aufs hohe Pferd setzen und behaupten können, daß solche Aufschuldigungen an der absolut unbedenklichen Ehre der deutschen Postbeamten zu schanden würden. Wir richten unsere Angriffe nicht gegen die Postbeamten, sondern gegen die Versuche der politischen Geheimpolizei, diese Beamten zu bestechen und zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht wunderbar ist die weitere Behauptung Rasowskis, daß die Beamten der Geheimpolizei gegen einander intrigieren. Gewiß kann man auch aus diesem Grunde nicht alles, was Rasowski sagt, als bare Münze ansehen, wenn aber neulich von Regierungsseite bestritten wurde, daß Rasowski zu Fälschungen und Provolationen geneigt sei, so frage ich: auf Grund welcher Ermittlungen dies geschieht. Hat ein förmliches Verfahren stattgefunden? Wie müssen fordern, daß die Regierung gegenüber diesen Behauptungen ein Ermittlungsverfahren unter allen erdenklichen Garantien einleitet. Die Regierung hat die Pflicht, sich von dem Verdacht zu reinigen, als ob sie solche Maßnahmen billigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt gewiß in dem Sumpf der politischen Polizei manche Sumpfpflanze, von der die Regierung nichts weiß und die sie sogar mifbilligt. Darum muß in diesen Sumpf hineingeleuchtet werden, damit auch den unteren Polizeiorganen die Möglichkeit genommen werde zu Maßnahmen, unter denen das Ansehen des preussischen Staates leidet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun auf die Frankfurter Straßendemonstrationen. Herr Ober-Winzen hat mir neulich vorgeworfen, ich hätte die Kammergerichtsentscheidung über die Straßendemonstrationen mißverstanden. Das glaube ich nicht, denn es heißt in dem Schluß der Entscheidung, den Herr Ober-Winzen nicht zitiert hat, ausdrücklich:

„Wie einerseits die Verletzung des Entschlusses, eine Ansicht in öffentlicher bemerkbarer und dadurch besonders eindringlicher Weise auch Andersdenkenden kundzutun, nicht allein an sich als Gefährdung der öffentlichen Ordnung erscheint, so könne auch andererseits das politische Problem der Reform des preussischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtmäßig machen. Vielmehr komme es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Vorgehen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Da dies nach den getroffenen Feststellungen nicht erweist sei, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.“

Herr Abg. Cassel hat den formalen Rechtsstandpunkt gegenüber den Straßendemonstrationen besonders scharf hervorgehoben. Um das Lob, das er daraufhin von Herrn Stroffer und Freiherrn v. Jeddlich davongetragen, beneide ich ihn nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das von Herrn Stroffer angeführte Gesetz in England, wonach Zusammenrottungen zum Zweck der Bedrohung des Parlaments unter Strafe gestellt sind, ist veraltet, und tatsächlich sind politische Manifestationen in England an der Tagesordnung. All die Versuche der Herren von der Rechten, mit dem schwersten Beschuldigen gegen die Straßendemonstrationen vorzugehen, beweisen nur, wie wenig ernst es um die von ihnen äußerlich zur Schau getragene Ruhe gegenüber der Machtentfaltung des Proletariats bestellt ist. Die Straßendemonstrationen scheinen auf Sie den Eindruck gemacht zu haben, den wir gewünscht haben. All die großen Männer der Vergangenheit wählen sich gewiß im Grabe bezum, wenn sie hier als Schwurzeugen für reaktionäre Rechtschaffenheiten aufgerufen werden. Wenn der Abg. Frhr. v. Jeddlich meint, daß es ein neuer Attinghausen das preussische Volk zur Einigkeit aufrufen zu sollen, dann darf doch wohl darauf hingewiesen werden, daß kein anderer als der Abg. Frhr. v. Jeddlich beharrlich und mit einer solchen Rücksichtslosigkeit seit jeher gerade die herrschenden Klassen zum Kampf gegen das Proletariat aufgerufen hat, daß er es ist, der die feindselige Stimmung innerhalb der Bürgerschaft auf das äußerste auszunutzen und gegen das Proletariat die gemeinschaftliche Aktion des ganzen Bürgertums zu führen seit jeher auf seinem Programm gehabt hat, dessen Ziel ist: die Masse des Volkes dauernd von einer kleinen Wucherheit der herrschenden Klassen gewalttätig unterdrücken zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade so beschaffen ist es mit den Verurteilungen auf Plato. Wie kann Graf Rolffe, der Vertreter einer Partei, die man wohl als

### Polizeipartei vom reinsten Wasser

bezeichnen kann, es fertig bringen, sich auf den Pfaffen aller unserer Philosophen zu berufen und noch dazu auf ein Wort Platos, das den Unterhalt trägt: „Weber die Gerechtigkeit!“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hat der Abg. Graf Rolffe die Behauptung aufgestellt, der preussische Staat sei schon lange kein Polizeistaat mehr, sondern ein Rechtsstaat, so hat Herr v. Jeddlich kurze Zeit vorher von dieser Stelle aus erklärt, es müsse ein geordnetes Rechtsmittelverfahren im Verwaltungswesen eingeführt werden, sonst können wir nicht aus dem Polizeistaat heraus! Wenn Graf Rolffe auch, wie er meint, mit und die Eigenschaft teilt, von Politik und Geschichte nichts zu verstehen, so ist er uns doch sicher über in seiner Fähigkeit der Sprache macher, um die wir ihn nicht beneiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Darstellung des Ministers über

### die Frankfurter Demonstrationen

muß in der schärfsten Weise widersprochen werden. Diese Erzesse sind ausschließlich durch das Vorgehen der Polizei veranlaßt worden. Bei der großen Demonstration am 13. Februar sind ausschließlich Verurteilungen im Volke selbst vorgekommen, da sind die Polizeistand geritten worden, da ist die Bevölkerung in schroffer Weise von der Polizei mißhandelt worden. Nun ist einige Tage darauf als Protest gegen dieses Eingreifen der Polizei von neuem eine De-

monstration erfolgt, und von dieser hat der Minister des Innern neulich gesprochen. Wenn nun bei dieser zweiten Demonstration — ich sehe den Fall — irgendein sich nicht beherrschender Mensch gebohrt hat: „Wer weiß, vielleicht wirst Du jetzt wieder angegriffen, nimm Dir eine Waffe mit“, kann man da sagen, daß dieses Verhalten aus der Spontanität der Bevölkerung hervorgegangen, oder nicht vielmehr daß es: durch das Verhalten der Polizei provoziert ist? Die Berichte über den angeblichen Anfang der Gewalttätigkeiten widersprechen sich in schärfster Weise. Der von dem Minister des Innern verlesene Bericht wurde von diesem selbst als amtlicher Bericht bezeichnet. Was auf diese „amtlichen Berichte“ zu geben ist, das dürfte haben wir ja bereits genug in Händen. Ich erinnere Sie an die amtlichen Berichte über die Vorgänge aus Anlaß der Herzererammungen. Nach einer unwillkürlichen Zeitungsmeldung sollen diese Berichte angeblich aus den preussischen König einen so unangenehmen Eindruck gemacht haben, daß er ausdrücklich darauf einzuwirken gesucht hat, daß die Polizei ihr Verhalten gegenüber dem Publikum ändern möge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem dann das Polizeipräsidium versucht hat, seine Haltung zu rechtfertigen, hat vor wenigen Tagen eine erneute Verhandlung stattgefunden, die dieselben Vorgänge betraf, und bei dieser Gelegenheit sind vom Bericht ausschließlich die von der Polizei selbst namhaft gemachten Zeugen vernommen worden. Bereits diese Vernehmung hat hingereicht, um das Gericht zu einem Freispruch zu veranlassen, weil auch in diesem Falle wiederum die Schuld der Polizei und ein ganz unerträgliches provokatorisches und unangemessenes Verhalten der Polizei als erwiesen angesehen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist allen amtlichen Berichten gegenüber große Vorsicht am Platze.

Als der Minister neulich aus dem „Berliner Tageblatt“ den Bericht über die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vorlas, hatte er unterlassen, noch mitzuteilen, daß alle bürgerlichen Parteien mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen haben, die die schärfste Mißbilligung über das Verhalten der Polizei bei den Demonstrationen ausspricht. Ist denn dieser Beschluß der Frankfurter bürgerlichen Parteien für Sie gleichgültig? Lieber die Vorgänge in Frankfurt hat bereits das Gericht entschieden. Der eine der Demonstranten sollte sich des „Aufrebes“ schuldig gemacht haben. Wieder nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts“ vom 20. d. M. ist aber nichts anderes herausgekommen, als daß er zu einer Gesamtstrafe von 150 M. verurteilt wurde. Das war das ganze Ergebnis! Es wird nun behauptet, daß die eventuell vorgeworfenen Ausdehnungen vom Gesindel ausgegangen sind, daß sich den Demonstranten angeschlossen hat. Ja, alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Gewalttätigkeiten weber von den Demonstranten, noch von Radomachern ausgegangen sind, sondern daß es sich um

### politische Provokation

handelt. Es ist nicht bloß die Auffassung der Sozialdemokratie, daß die Straßendemonstrationen absolut ruhig verlaufen wären, wenn nicht die Polizei dazwischen gekommen wäre. Die bürgerlichen Parteien in Frankfurt sind so wenig überzeugt davon, daß es die Sozialdemokratie auf ein sinnloses Blutvergießen abgesehen hat, daß die bürgerlichen Parteien sich mit der Sozialdemokratie zu einer neuen gewaltigen Demonstration gegen dieses Wahlrecht und gegen das Vorgehen der Polizei vereinigt haben! Diese Demonstration hat am gestrigen Sonntag stattgefunden, und alle Zeitungen sind erfüllt von dem Lob und der Anerkennung über dieses Zusammengehen (Lachen rechts) und darüber, daß die Ordnung vollkommen gewahrt wurde durch die Versammlungsleiter selbst. Ein Demonstrationszug war gestern in Frankfurt dabei nicht beabsichtigt, aber auch die bürgerlichen Parteien konnten einfach nicht umhin, doch eine Demonstration zu unternehmen, indem die Verhältnisse es mit sich brachten, daß ein gewaltiger Zug sich an das Frankfurter Polizeipräsidium schob und dort demonstrierte. Die Polizei hat ihre Mannschaften zurückgehalten, und nicht ist vorgekommen. Darin liegt ein schlagender Beweis, daß die Demonstrationen in keiner Weise störend in das öffentliche Leben eingreifen. Gestern ist ja auch in

### Berlin

von neuem demonstriert worden, was sehr lehrreich ist. Den Abg. Cassel wird eine Gänsehaut überlaufen haben oder ist Herr Cassel am Ende gar an der Spitze des Demonstrationszuges nach dem Schloß gezogen? Er hätte erzählen können, daß ganz friedliche Staatsbürger, unter ihnen auch Nationalliberale, sogar bis an das Schloß herangefahren

sind! Da mag das lobale Herz des Abg. Cassel gekitzelt und gebeht haben, der doch eben aus dem Munde des Freiherrn v. Jeddlich so mit Balsam wegen seiner Anschauungen überschüttet worden ist.

Sie haben also jetzt am eigenen Leibe gesehen, wie Straßendemonstrationen entstehen, daß sie ganz friedlich verlaufen, wenn die Polizei sich zurückhält. Wenn Sie die politische Geheimpolizei und die Provolatorenscharen abschaffen und die Polizei sich vorsichtig zurückhält, so können Sie fest davon überzeugt sein, daß alle Demonstrationen des Proletariats so friedlich verlaufen werden, wie überhaupt die Sozialdemokratie den dringenden Wunsch hat, ihre Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen. (Lachen rechts.) Nur auf diesem Wege wird es auch dahin kommen können, daß das Volk mehr Vertrauen zur Regierung hat, als es bisher in Preußen hat haben können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Unterstaatssekretär Holtz:

### Die Behauptung des Abgeordneten Dr. Liebknecht, daß die Besetzung politischer Polizei

mit gefälschten Berichten arbeitet und das Briefgeheimnis verletzt, weise ich energisch zurück. Das sagt sich doch der gesunde Menschenverstand, daß die politische Polizei sich keine Agenten halten wird, die mit falschen Berichten arbeiten. Der Abg. Dr. Liebknecht sagt selbst, seine Mitteilungen stützen sich auf Angaben des Herrn Rasowski; er selbst zitiert diese Angaben fast in Zweifel. Das ist eine Art und Weise, Vorwürfe hier zu begründen, wenn man einen Kronzeugen dieser Art hat, die ich für unehrlich erklären muß. (Lebhafte sehr richtig! rechts; große Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es kommt Ihnen, Herr Abg. Dr. Liebknecht, nur darauf an, hier Agitationsstoff nach außen zu schaffen. (Zustimmung rechts.) Sie werden damit aber nicht auf und und auch nicht auf die großen Parteien des Hauses einen Eindruck machen. Ueber die Frage der Straßendemonstrationen wollen wir uns nicht weiter unterhalten, ich wenigstens nicht mit Ihnen. (Heiterkeit.) Die weiteren Frankfurter Gerichtsverhandlungen werden ja die Wahrheit an den Tag bringen, und sie werden sicherlich auch zeigen, daß die Agitatoren und eigentlichen Angrifer sich auch hier wieder hinter der Front befunden haben. (Lebhafte Beifall rechts; bester Widerstand bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vranenburg (Z.): Die Sozialdemokratie stört durch ihre verheerende Agitation nur die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform.

### Der Polizeihund als Bluthund.

Abg. Dr. Müller-Sogon (fr. Sp.) bringt eine Entschreibung des Reichsgerichts zur Sprache, die den Polizeibeamten erlaubt, einen fliehenden Radfahrer durch den Polizeihund verfolgen zu lassen! Tagelang hat schon der Polizeihund seine Stellung genommen unter Verletzung auf das maßgebende Polizeihund-Büchlein, das insbesondere die Verfolgung fliehender Radfahrer durch die Hunde für unzulässig erklärt. Die Polizeihunde dürfen nicht zu Bluthunden dressiert werden, ihre Verwendung ist nur da zulässig, wo der Führer sie in der Hand behält. (Beifall links.)

Minister v. Nolcke erwidert, daß von einem Anspringen und Zubodendringen des Radfahrers durch den Polizeihund keine Rede sei. Die Hunde sollten den fliehenden nur fressen, anspringen dürfen nicht zu Bluthunden dressiert werden, ihre Verwendung ist, würden von der Polizei überhaupt nicht bezwungen. (Zum Titel)

### „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei, 300 000 Mark“

liegt der Antrag der Abg. Borgmann und Genossen (Soz.) vor: diesen Titel zu streichen und zweitens die politische Geheimpolizei abzuheben.

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Regierung fordert — wie im vorigen Jahre — auch diesmal 300 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei. Meine Freunde hatten bereits im vorigen Jahre beantragt, diese Position zu streichen. Leider vergeblich! Es handelt sich für uns um eine prinzipielle Frage, und deshalb haben wir von neuem die Streichung beantragt. Wir meinen, daß man, selbst wenn man zu der Regierung Vertrauen hat, ihr diese Gelder nicht für geheime Ausgaben zur Verfügung stellen darf. Um so weniger kann man das tun, wenn man zu der Regierung dieses Vertrauen nicht hat. Wir haben uns nicht begnügt, lediglich die Streichung dieser Position zu beantragen, sondern wir verlangen die Abschaffung der politischen Geheimpolizei überhaupt. Die politische Polizei ist

ein wunder Punkt unserer Verwaltung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit den Tagen des Kreuzzeitungsstreits Hinfeldest bis heute zeigt sich, daß die Beamten der politischen Polizei sich dauernd an Leute heranmachen, die in wirtschaftlich schlechte Verhältnisse gekommen sind, und daß sie versuchen, diese Leute zu bewegen, ihre eigenen Kreise zu verraten. Ein solches System können wir nun und nimmermehr billigen, und wir verlangen deshalb seine Abschaffung. Besonders unter dem Sozialistengesetz hat sich die Spindelwirtschaft gezeigt, aber auch heute noch kommt die Polizei ohne Spindel nicht aus. Der Minister hat im vorigen Jahre zugestimmt, daß tatsächlich von der Polizei Spindel gebraucht werden, und daß sich in den Demonstrationen Spindel befunden haben. Das ist ja auch

gerichtlich festgestellt.

wie ich im vorigen Jahre nachgewiesen habe. Hätte Herr Cassel, der sich neulich so warm der Polizei annahm, sich an diese gerichtliche Feststellung erinnert, so hätte er sich wahrscheinlich nicht so scharf gegen die Straßendemonstrationen ausgesprochen. Nun er ist ja bestraft genug durch das Lob des Herrn v. Jeddlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Jeddlich ist bei dieser Gelegenheit auch auf die Notwendigkeit der Einigung sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie eingegangen. Ich kann ihm natürlich im Rahmen des zur Verhandlung stehenden Themas darauf nichts erwidern. Wenn er sich mit Attinghausen verhalten hat, so hat er seinem Helden eine schlechte Ehre erwiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er vergißt, daß Attinghausen das Volk aufgefodert hat, sich gegen die Tyrannei aufzulehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere ihn an das Wort Attinghausens in seiner Sterbestunde:

„Getröstet können wir zu Grabe steigen.

Es lebt noch uns, — durch andre Kräfte will

Das Herrliche der Menschheit sich erhalten.“

Die anderen Kräfte sind wir, und die, die zu Grabe steigen, sind die Freunde des Herrn v. Jeddlich! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Stroffer hat in seiner Rede auch bezug genommen auf eine Aeußerung, die ich im vorigen Jahre über die Spindel gemacht habe, und hat gemeint: wenn diese Charakterisierung richtig sei, hätte mein Parteifreund Liebknecht auch nicht das Recht gehabt, diejenigen zu vertheidigen, die vertheidigt in die Kontrollstationen gehen, um Mißstände festzustellen. Der Vergleich hinkt doch ganz zu sehr. Wenn man Leute, die in irgend welche Anstalten gehen, um sich zu informieren, den Polizeispindeln gleichstellen wollte, dann könnte man auch sagen: wer von Ihnen in sozialdemokratische Versammlungen geht, um sich zu belehren über das Wesen des Sozialismus, werde damit auch zum Spindel. Wir würden uns im Gegenteile freuen, wenn Sie recht oft in unsere Versammlungen kommen, damit endlich Ihre verkehrten Anschauungen über die Sozialdemokratie vernünftigeren Ansichten Platz machen.

Der Herr Unterstaatssekretär hat meinen Freund Liebknecht garnicht verstanden. Liebknecht hat nicht davon gesprochen, daß die russische Polizei bei der preussischen in Dienst stände, sondern er hat von einem Kompagniegeschäft gesprochen. Das ist etwas wesentlich anderes, und das hat der Herr Unterstaatssekretär nicht bestritten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich hätte nun die Absicht, eine ganze Reihe neuer Spindelfälle vorzutragen. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit will ich mich auf einige wenige Fälle beschränken, bemerke aber im voraus, daß ein sehr reichhaltiges Material weiterer Fälle zur Verfügung steht.

Der Kriminalbeamte Hans Schrott, Fehrbellnerstraße 7, trat am 27. Juli 1904 als

### „Versicherungsgangant Hans Kraus“

dem fünften Berliner Wahlverein bei und außerdem dem Zentralverband der Handlungsgehilfen. Man schöpfte bald Verdacht gegen ihn, der Boden wurde ihm zu heiß, und er verlegte seinen Wohnsitz im Sommer 1903 nach Pankow, wo er sich als

### „Techniker Jakob Gruber“

niederließ. Er ist als Spindel von uns im Bilde festgehalten. Ich bin in der Lage, Ihnen die Photographie vorzuführen, aber Sie werden wohl von den Bildern genug haben, die ich Ihnen im vorigen Jahre vorlegte. Interessant bei diesem Fall ist, daß ein wirklicher Techniker Jakob Gruber nichtdeutscher Reichsangehöriger ist! Die Vermutung liegt nahe, daß er unter Androhung der Ausweisung veranlaßt worden ist, seinen (seine Papiere zu geben).

Besonders schlaun glaubt der

### Kriminalbeamte August Ralitz

vorgehen, der sich den Spindelnamen

### „Talent“

belegte, aber von Talent beim besten Willen nichts merken ließ. Er hat einen Genossen, der im sozialdemokratischen Wahlverein eine Rolle spielte, zum Verrat zu bewegen versucht und hat es erreicht, daß er sich zur Ueberwachung der Versammlungen hergab! Das ist namentlich für die Herren Reichsbeamten interessant, die so sehr entzückt sind von dem neuen Reichsvereinsgesetz. Für uns ist der Unterschied gegen früher nur der: daß früher Beamte in Uniform, also als solche kenntlich, zur Ueberwachung der Versammlungen kamen, während heute Spindel gefälschte oder ungenaue Berichte liefern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einem Falle bekam er den Auftrag, zu berichten über Beginn einer Versammlung, Zahl der Besucher, kurze Wiedergabe der Diskussionsreden, Inhalt der Versammlung, ob Ruhestörungen stattgefunden hätten, was für Prosakuren usw. verkauft worden seien. Der Bericht sollte durch Rohrpost eingesandt werden. Da er an der Versammlung nicht teilnehmen konnte, entfaltete er sich, und der Kriminalbeamte schrie ihm, das hätte auch nichts geschadet, es wäre

### „nur eine Versammlung von Beamten gewesen!“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Herrn Minister, ob er von dem Treiben dieser Elemente weiß und ob das gegen seinen Willen geschieht. Sollte das letztere der Fall sein, so hat der Herr Minister die Pflicht, das hier offen vor dem Hause zu erklären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Fall selbst ist nicht anzuzweifeln, er steht

### attenmäßig

fest. — Dann haben wir es der Abwechslung halber mal mit einem politischen Spindel zu tun, der besonders dumm und wohl deswegen dazu angethan war, die Polen zu bespödeln. Es handelt sich um

der eines Tages mit der Bitte um Beschäftigung in der Expedition des "Diennit Berlinski" erschien. Es stellte sich heraus, daß er im Dienste der Polizei stand. Er suchte es allerdings zu bestreiten, indem er erklärte, er habe freiwillig früher für 90 M. der Polizei Dienste geleistet, habe aber seinen Dienst quittiert, da er mit dem Gehalt nicht auskommen konnte.

Weiter erinnere ich Sie an

Ueberwachung unserer Jugendlichen.

Wir wissen genau, daß die Versammlungen unserer Jugendorganisationen bespitzelt werden, oder daß fürchten wir nicht.

Gegenüber den Fällen, die Herr Abg. Switala neulich erwähnte, hat der Herr Unterstaatssekretär ja selbst zugeben müssen, daß die Polizei sich solcher Agenten bedient. Um so mehr haben wir die Pflicht, zu verlangen, daß endlich einmal diese

Gitterheule

aufgestochen wird, damit wir nicht fort und fort derartige Fälle von der Tribüne des Parlaments herab vortragen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich habe ich noch einige Fälle von Polizeispitzeln vorzutragen, die mit der Ueberwachung der anarchistischen Bewegung betraut waren. Sie wissen, daß meine politischen Freunde mit den Anarchisten nichts zu tun haben. Unsere Weltanschauung unterscheidet sich himmelweit von der der Anarchisten, aber wir haben auch diese Anschauung, soweit sie ehrlich ist, genau wie jede ehrliche Ueberzeugung zu respektieren und werden deshalb auch solche Fälle vortragen. (Zuruf rechts: Edle Seelen finden sich!) Dieser Zuruf hat gar keinen Sinn, die Anarchisten schießen Ihnen ja viel näher als uns! (Lärm rechts.) Es handelt sich um

Max Schiefer, Berlin N., Lichtenstr. 117,

einen Ladspiegel gefährlicherer Sorte, der fortwährend zu Tätlichkeiten aufgereizt hat. Er hat die Polizei nicht nur über alles unterrichtet, was in dem Verein der föderierten Anarchisten Berlins und Umgegend, dem er seit 1907 angehört, vorging, sondern ihr auch die Schlüssel zur Redaktion des "Revolutionärs" ausgeliefert! Eine Reihe von Anarchisten haben ihm seine Ausweisung zu verdanken. Er hat dann später ein umfassendes Gesandnis ablegen müssen, worin er auslegte:

"Ich habe seit dem 8. oder 10. Januar 1909 im Dienste der 7. Abteilung der Berliner politischen Polizei. Ich sollte für meine Spitzeltätigkeit

monatlich 40 M.

bekommen, habe aber im ganzen nur an 100 M. erhalten."

Das ist übrigens nicht der erste Fall, wo Spitzel von der Polizei nicht das erhalten haben, was ihnen versprochen war. Also besonders nobel scheint die Regierung auch da nicht zu sein. Weiter hat er ausgelegt:

"Ich war in dieser Zeit vom Januar bis August 1909 dem Kriminalbeamten Madtke, Richterberg bei Berlin, Volkestraße 2, I rechts bei Frauentein Herrmann, unterstellt. Der Kriminalbeamte Madtke ist Ende August aus dem Polizeidienst entlassen und zur Disposition gestellt worden. Jedemfalls ist Madtke deshalb hinausgeschmissen worden, weil der Kriminalkommissar Runke von einer anonymen Briefschreiberin an Anarchisten Wind bekommen hat. Ich habe von dem Kriminalbeamten Madtke erfahren, daß ich nicht der alleinige Spitzel unter den Anarchisten bin. . . ."

Sollte die Regierung den Fall bestreiten, so habe ich hier die Originalhandschrift Runkes: einen Brief, den er an den Spitzel geschrieben hat, und eine Karte, wonach er 10 Nummern des "Revolutionär" nach Zimmer 112 im Berliner Polizeipräsidium schicken sollte. Ich nehme an, daß der Herr Minister in diesem Zimmer Weisheit weilt. (Heiterkeit.) Also dieser Fall ist nicht zu bestreiten. Interessant ist nun, daß der Spitzel Schiefer alles davon gesehen hat, um einen anderen Spitzel zu entlarven. Es läßt sich daraus schließen, daß es tatsächlich zutrifft, was Madtke dem Schiefer gesagt hat: daß es in der anarchistischen Bewegung eine ganze Reihe Polizeispitzel gibt. Vielleicht haben wir sogar mehr Polizeispitzel in dieser Bewegung als Anarchisten selbst! Einer dieser anderen Spitzel hieß

Georg Riluschewsky.

Er zeichnete sich dadurch aus, daß er in beständiger Furcht lebte, entlarvt zu werden. Er trug ständig einen Revolver bei sich,

ging

in Begleitung eines großen Hundes

und hatte sich ein Fahrrad angeschafft, um schneller entfliehen zu können. Er verkehrte viel mit dem Kriminalwachmeister H. Duff, Landbergerstr. 5. Besonders interessant ist, daß Herr Schiefer, als noch nicht bekannt war, daß er Spitzel war, folgenden von Verleumdungen wimmelnden Brief an den Kriminalkommissar Runke richtete:

"Es ist mir bekannt geworden, daß der auf dem städtischen Viehhof zu Berlin angestellte Georg Riluschewsky als Spitzel in Ihren Diensten stehen soll. Ich kann unumwunden annehmen, daß eine Behörde resp. ein hervorragender Beamter wie Sie, Herr Kommissar Runke, sich ein Gewerbe daraus machen, ehrliche Mitglieder zu kumpenhaften Handlungen zu verleiten und erkläre ich hiermit, daß eine solche Tat nur von einem Lumpen vorgenommen werden kann, welche Verleumdung Sie auf sich beziehen können, wenn zwischen Ihnen und Riluschewsky ein solches Verhältnis besteht oder bestanden hat. Sollte der Kriminalbeamte Duff mit Riluschewsky in Verbindung gestanden haben, so erkläre ich diesen ebenfalls für einen Lumpen und Schurken."

Der Kriminalkommissar Runke hat Schiefer nicht verfangen! (Hört! hört! b. d. Soz.) Und er konnte nicht klagen, weil vor Gericht der Beweis der Wahrheit erbracht worden wäre! Er hat den anderen Weg gewählt: den Briefschreiber zu seinem Freunde zu machen, und hat ihn für die Dienste der Polizei gewonnen. Leider ist ihm das auch gelungen.

Zum Schluß noch ein Wort: Sie reden bei jeder Gelegenheit von Breuhens Ehre. Sehen Sie nicht selbst ein, daß Sie durch die Bewilligung solcher Summen Breuhens Ehre schänden? (Sehr wahr! b. d. Soz., Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Forst: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Ulrich (fortfahrend): Von den Konfessionslosen und Nationalisten erwarte ich ja nicht, daß sie unseren Antrag unterstützen. Die Herren vom Zentrum aber haben sich früher immer, als das Zentrum noch andere Grundzüge hatte, gegen diesen Fonds ausgesprochen. Die Freisinnigen haben ja im vorigen Jahre für unseren Antrag gestimmt; daß die Polen dafür stimmen, ist selbstverständlich. Aber auch die Herren vom Zentrum sollten, entsprechend ihren früheren Traditionen, diese 300 000 M. ablehnen und mit uns für die Vereinfachung des Systems der Geheimpolizei eintreten. Bedenken Sie, daß die Spitzel nur die Vorstufe zum Ladspitzel sind. Bedenken Sie unseren Antrag ab, so übernehmen Sie damit die Verantwortung für alle Taten der Spitzel und machen sich mitschuldig an den Verbrechen, die sie begehen und zu denen sie anstiften. (Rebhastiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Nolde: Es ist über diesen Gegenstand heute und in den letzten Tagen soviel geredet worden, daß ich es mir versage, darauf einzugehen und mich auf meine vorjährige Erklärung beziehen, die ich nachzulesen bitte.

Abg. Switala (Pole) fahet Beschwerde über Bedrückung der polnischen Jugendorganisationen.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen bewilligt und der Antrag auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger

werden als Zuschüsse an die Kommunalverbände 6 Millionen Mark gefordert.

Abg. Dr. Hagedorn (Z.) verlangt eine bessere Ausbildung der Leiter der Fürsorgeanstalten.

Die Kritik, die ich im vorigen Jahre schon an unserem Fürsorgeerziehungssystem üben mußte, hat sich nach den Erfahrungen des letzten Jahres noch als viel zu milde erwiesen. Es sind inzwischen die Vorurteile in Mielzgn ausgebeutet worden und auch die nochmalige Gerichtsverhandlung über die Verhältnisse in der sogenannten "Blöhmischen Wildnis" haben bewiesen, daß sich das Fürsorgeerziehungssystem bei uns noch in einem

trostlosen Zustand

befindet. Zahllose Sachverständige, auch aus dem bürgerlichen Lager, teilen durchaus diese sehr pessimistische Auffassung. Die Denkschrift für 1908 beweist, daß von den im Vorjahre und früher gerügten Mängeln noch nicht einer behoben worden ist! Daß sich durch die Fürsorgeerziehung an sich etwas erreichen läßt, soll nicht bestritten werden, aber mit dem heutigen System ist eine Besserung nicht zu erzielen. Daß seine Ergebnisse außerordentlich kläglich sind, beweist auch die neueste Statistik. Nach dieser hat in der Hälfte der Fälle eine sieben- bis achtjährige Erziehungsarbeit noch nicht genügt, um die Höglinge als reif zur Entlassung aus der Fürsorgeerziehung anzusehen. In Wirklichkeit ist das Resultat noch bedenklicher, denn über 2700 von 4200 Entlassenen sind lediglich deshalb entlassen worden, weil sie das Mündigkeitsalter oder das militärärztlich-pflichtige Alter erreicht hatten. Nur etwa 1500 konnten entlassen werden, weil man glaubte, daß eine gewisse sittliche Reife erzielt worden sei. Bei genauer Betrachtung der Statistik zeigt sich, daß mehr als zwei Drittel gerade der ältesten Jahrgänge aus den genannten äußeren Gründen entlassen werden mußten. Das sind

geradezu klägliche Beifallslänge

unserer Fürsorgeanstalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wird auch von fast allen Sachverständigen zugestanden, so 1906 auf der Konferenz der Zentrale für Jugendfürsorge von Geheimrat Krohne und im April vorigen Jahres vom Oberjustizrat Blaschke, vortragender Rat im Justizministerium auf der Generalversammlung des Vereins zur Besserung entlassener Sträflinge. Er sagte: Die Hoffnungen auf das Fürsorgeerziehungsgesetz sind arg enttäuscht. In einem Jahre wurden in Schlesien 5 Höglinge wegen Mordes verurteilt. Sie begingen die größten Verbrechen, um nur aus den Anstalten herauszukommen. Was das Gesetz als Wohltat wollte, sehen die Höglinge als Hebel an, dem sie sich selbst durch schwere Verbrechen entziehen wollen. Selbst die Erzieher meinen, daß die Höglinge es in der Anstalt

schlimmer haben, als in den Gefängnissen.

Das sagt ein vortragender Rat im Justizministerium! Der Hauptfehler der jetzigen Organisation ist die Nichtberücksichtigung der psychischen Anlagen. Allseitig wird zugestanden, daß der Prozeß der geistig Anormalen außerordentlich groß ist. Darum ist nicht deshalb eine allgemeine Untersuchung der Fürsorgeerziehungsbetriebe über ihren geistigen Zustand angeordnet worden! Es steht fest, daß von der Erkenntnis der Krankheit überhaupt die Möglichkeit eines erzieherischen Wirkens abhängt. Der Strafanstaltsarzt Dr. Rigen-Dreslau sagt, daß die Fürsorgeerziehung eigentlich eine

Domäne der Psychiatrie

sein müsse. Dieser Standpunkt wird von zahlreichen hervorragenden Irrenärzten geteilt. Die Ärzte fordern auch, daß die der Zwangs- und Irrenanstalten nicht nur ärztlich untersucht werden, sondern daß die Anstalten nach ärztlichen Grundsätzen verwaltet werden sollen. Ähnlich äußert sich auch Landgerichtsdirektor Dr. Weder-Dresden. Wir sehen also, daß das ganze System unserer bisherigen Fürsorgeerziehung falsch ist. Daher auch der Mißerfolg! Daher stammen die Verbrechen und die verbrecherischen Erzfesse. Im Programm der Regierung finden sich ja die wunderbarsten Grundzüge, aber es handelt sich hauptsächlich um die Praxis. Wir leiden unter einer

großen Unzufriedenheit

dieser Anstalten. Es wäre das Vernünftigste, wenn nur staatliche Anstalten existierten, wenn auch die Kommunalverbände ihre Höglinge in diese Anstalten lieferten. Ein schlimmer Mangel ist auch der, daß von der Konfessionalität allzuviel Wesens gemacht wird. Bei dieser Erziehung kommt es hauptsächlich auf eine vernünftige pädagogische Behandlung der Höglinge an. Die Konfessionalität schlägt nur zu leicht in Frömmelei um. Der Sanitätsrat Dr. Küster sagt hierzu ganz beherzigenmerti: "Daß ein Geistlicher an der Spitze steht, beweist, daß man glaubt, durch Kirchliches und durch Beten das Bessere zu können. Wenn der Geistliche sich vollständig auf den Boden christlicher Liebe stellen würde, so würde eine Möglichkeit, zu bessern, vorhanden sein. Aber sie prägelte auch, wie berichtet wird."

Es hat mich gefreut, daß auch das Zentrum Wert auf eine sozialpädagogische Ausbildung legt. Das gesamte Personal muß aus pädagogisch geschulten Kräften bestehen. Dann wird es auch nicht mehr in so fürchterlicher Weise die Höglinge mit

Leberpeitschen und dicken Stöcken prägen,

wie es vorgekommen ist. In Mielzgn sind Höglingen an einem Tage 100 Peitschenhiebe verabsolgt worden, die die Höglinge laut mitzählen mußten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach Wochen, ja nach Monaten, waren die Narben noch zu sehen. Es wurden dort

Schläge auf die Fußsohlen

verabsolgt, und ein einziges Kind hat in einem Monat 600 Peitschen- und Stockhiebe erhalten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zuerst wurde die Richtigkeit dieser Angaben des "Vorwärts" bestritten, aber der "Vorwärts" konnte den Beweis dafür antreten. Diese Dinge zeigen doch, daß die Tatsache, daß ein Geistlicher an der Spitze einer solchen Anstalt steht, keine Gewähr dafür ist, daß solche Ausschreitungen nicht vorkommen. Und vergessen wir doch das eine nicht, daß es sich hier um geistig und sittlich minderwertige Menschen handelt, die nicht durch Prügel, sondern nur durch eine richtige Behandlung und durch ein Eingehen auf ihren Körper- und Geisteszustand auf den Weg der Besserung gebracht werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der "Vorwärts" sich nicht so riesig vorgelesen und nicht ein fast berges Material angehäuft hätte, es wäre nicht gelungen, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Es handelt sich auch

keineswegs um ein vereinzelt Vorkommnis.

Fast wöchentlich, ja fast täglich gehen bei uns Klagen ein über Vorkommnisse in solchen Anstalten, die gleichfalls sehr wohl begründet sind. Im vorigen Jahre hat der Abgeordnete v. Nitz die Anstalt Sieversdorf gelobt. Aber auch von dort sind uns Klagen zu Ohren gekommen und der "Vorwärts" hat sie veröffentlicht. Der Pastor Mohr wollte zuerst klagen, aber er befiel sich dann doch eines Besseren. Nicht nur Geistliche prägen, sondern auch die Pfleger. Was sind denn das für Leute, diese Pfleger? Es sind keine pädagogisch durchgebildeten Leute, sondern Leute, die, wie in Mielzgn, aus Anstalten gekommen waren, wo man vom Alkohol entwöhnt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Leute sind natürlich nicht geeignet für derart schwierige Aufgaben. Die Entlassungen über die Blöhmische Wildnis grenzen

geradezu an das Verberse.

Auf der Konferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge wurde hervorgehoben, daß die Vorgänge in Mielzgn und der Blöhmischen Wildnis keineswegs vereinzelt Vorkommnisse seien, sondern daß ähnliche Fälle jehem Kenner der Verhältnisse bekannt wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das alles beweist das Vorhandensein eines

weitverbreiteten Prügel-systems

und es beweist die

Es gibt zwar genug Instanzen für die Aufsicht, aber die Instanzen allein machen es nicht. In der Blöhmischen Wildnis z. B. wurde die Kontrolle ausgeübt von einem Pastor und einem Kreisphysikus, die beide nie etwas bemerkt hatten. Dr. Koehne hat in einer Sitzung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge denn auch eine ganze Reihe von Ueberwachungsvorschlägen gemacht, um die Kontrolle zu verschärfen. Vor allem sollen die Höglinge selbst ihre Beschwerden vorbringen dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute müssen sich die Eltern an die Presse wenden, denn eine Behörde, bei der sie sich beschweren würden, würde sich natürlich an die Anstaltsleitung wenden, und man würde so den Teufel bei Beelzebub verlagern. Es müssen auch Garantien vorhanden sein, daß die Beschwerden der Höglinge

Beachtung finden.

Es gibt heute schon Anstalten, die in einwandfreier Weise geleitet werden. Ich erinnere an die Erziehungsanstalt in Zehlendorf, an deren Spitze Direktor Pfahls steht, auch ein Pastor, aber kein Prügelhaken.

Bei einer Verstaatlichung der Anstalten wird es zweckmäßig sein, sich nach dem System dieser Zehlendorfer Anstalt zu richten. Auch ich bin dafür, daß die Höglinge, die erst zu verwaisteten Kindern, getrennt werden von denen, die bereits verwaist sind. Notwendig ist auch eine vielseitige Ausbildung der Höglinge. Der Richter muß ein gewichtiges Wort in den Anstalten mitzureden haben. Die Regierung darf sich nicht von dem Grundfah leiten lassen, in den Anstalten

billige Arbeitskräfte für die Herren Agrarier

heranzuziehen. (Lachen rechts.) Ihr Lachen ist ganz ungerichtet, denn der Pastor Martens aus Mielefeld hat z. B. hervorgehoben, daß für gewisse Gutbesitzer die Fürsorgeerziehung billige Arbeitskräfte seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Berufswahl der Höglinge sollte man nach Möglichkeit Fähigkeit und Neigung berücksichtigen, und die Anstalten sollte man nicht in einem rein lasernenhausmäßigen Stil einrichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die rheinisch-westfälischen Anstalten beweisen, daß man auch ohne Prügel sehr gute moralische Erfolge erzielen kann. Nur wenn man Rücksicht nimmt auf die Neigungen und Wünsche der Höglinge — natürlich so weit das möglich ist — wird man ihnen die Freude am Menschen-tum wiedergeben und sie geistig und sittlich heben. Wir sehen aber, daß das heutige System der Fürsorgeerziehung von Grund auf verkehrt ist. Leider ist wenig Aussicht auf eine baldige durchgreifende Verbesserung vorhanden. Das beste Mittel wäre die

Erhebung der Massen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann brauchte man die Opfer der traurigen sozialen Zustände nicht in Fürsorgeerziehung zu geben. Was sollen die Klagen über die zunehmende Verrohung und Verwilderung, über Prostitution, Jubaltertum und Unfittlichkeit, wenn die Ursachen dieser betrübenden sozialen Erscheinungen nicht beseitigt werden. Die soziale Not ist nur eine Folge der heutigen sozialen Zustände. Denken Sie an das traurige Los unserer Dienstboten, die so leicht, auf Abwege geraten, der Unfittlichkeit verfallen. Diese unglücklichen Elemente verfallen dann der Fürsorgeerziehung. Man darf diese Dinge nicht losgelöst als Erscheinung für sich betrachten, sondern man muß den Zusammenhang dieser Dinge mit dem heutigen kapitalistischen Elend überhaupt berücksichtigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Trunksucht ist eine soziale Erscheinung. Wenn ein Mann zu Haus sitzt in einer ärmlichen Wohnung, in der ihn die Wände geradezu andocken, dann kann man es sehr wohl verstehen, daß er ins Wirtshaus geht. Es ist statistisch festgestellt, daß nur 0,1 Proz. der Höglinge von Eltern stammen, die ein Einkommen von über 3000 M. haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist den engen Zusammenhang der Fürsorgeerziehung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Trotzdem hat man es gewagt, für die Zunahme der Fürsorgeerziehung die materialistischen Strömungen in unserem Volk und die sozialistische Propaganda verantwortlich zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung zeugt entweder von

bodenloser Unwissenheit oder bodenloser Unverschämtheit!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was soll man sich denn unter den materialistischen Strömungen vorstellen? Der Mann, der diese Behauptung aufgestellt hat, ist vielleicht ein Geistlicher und hat doch auch erst im vorigen Jahre eine Aufbesserung seines Gehalts bekommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Oder soll man unter den materialistischen Strömungen die

Steuerfischen der Schnapsblöckler

verstehen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen törichten Phrasen sollte man uns wirklich nicht kommen. Man sollte viel eher für eine bessere Schulbildung sorgen und man sollte der Arbeiterklasse in ihren Bestrebungen für eine vernünftige Jugend- und Berufsbildung seine großen Schwierigkeiten bereiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst ein Mann wie Schmöller hat erklärt, daß er, so sehr er auch die Sozialdemokratie bekämpfe, sie doch begrüße als einen Fortschritt im Interesse der Bildung, der Gesundheitspflege und der Kultur der breiten Massen. Er stehe nicht an, auszusprechen, daß er vor den sozialdemokratischen Führern persönlich eine große Hochachtung habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich schreie, indem ich sage: nicht nur unsere Fürsorgeerziehung, sondern unsere gesamten politischen und staatlichen Verhältnisse bedürfen einer Umgestaltung von Grund aus! (Rebhastiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Niemand beklage solche Vorkommnisse, wie sie der Redner vorgetragen hat, mehr als wir. Aber man darf auf solchen einzelnen Vorkommnissen keine Schlüsse auf den allgemeinen Wert der Fürsorgeerziehung ziehen. Es muß anerkannt werden, daß im Allgemeinen in der Fürsorgeerziehung pflichttreu gearbeitet wird. Man muß diesem entgegengesetzten Verur auch das Zeugnis ausstellen, daß er Erfolge erzielt hat. Wenn die Erfolge noch nicht so greifbar sind, so darf man nicht übersehen, mit welchem Material man es zu tun hat. Es handelt sich um vorgerückt Verwaistete, vielfach vorbestrafte oder geistig minderwertige Elemente. Untersuchungen werden in allen Provinzen vorgenommen. Der Minister läßt es sich dringend angelegen sein, solche beklagenswerten Vorkommnisse für die Zukunft zu vermeiden sowohl durch Organisierung einer zweckmäßigen Aufsicht, als auch durch Heranbildung eines tüchtigen Pflegepersonals.

Abg. Hagedorn (Z.): Wenn wir bei jedem Titel unsere Weltanschauung darlegen wollten, wohin sollten wir dann kommen! (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich habe mich nicht dagegen gewandt, daß Geistliche in den Anstalten wirken, sondern betont, daß nicht nur theologische, sondern auch spezialistische Ausbildung notwendig ist. Eine religiöse Einwirkung auf die Höglinge ohne konfessionelle Basis halte ich für unmöglich. Mit allgemeinen philosophischen Betrachtungen kann man doch bei solchen Menschen nichts anfangen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die konfessionelle Einwirkung braucht durchaus nicht in Form der Frömmelei vor sich zu gehen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Gegenüber dem Herrn Regierungsbekanntem betone ich, daß es mir natürlich ferngelegen hat, die persönliche Ehrenhaftigkeit eines großen Teils der Anstaltsleiter oder Pfleger irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen. Ich habe im Gegenteil ausgesprochen, daß bei dem heutigen System bessere Ergebnisse sich erzielen lassen. Wenn ein Anstaltsleiter mit den Höglingen nicht anfangen will, weil er keine pädagogische und keine psychiatrische Vorbildung hat, so wird er eben

im besten Glauben drauf losprügeln.

Wenn Herr Hagedorn recht hätte, daß die ethische Einwirkung auf die Kinder sich nur auf konfessionellem Untergrunde erzielen ließe, so müßten alle diejenigen, die nicht zu einer Konfession gehören, außerstande sein, ihre Kinder ethisch zu erziehen.

und das wird Herr Fohrbender selbst nicht zu behaupten wagen. Gegen einen fakultativen Religionsunterricht haben wir ja auch nichts einzuwenden. Im übrigen aber läßt sich durch vernünftigen Moralunterricht und dadurch, daß die ganze Erziehungsarbeit im Geiste der Menschenliebe geleitet wird, sehr viel erreichen. (Lachen rechts.) Sie meinen wohl, daß ein allgemeiner Moralunterricht langweilig sein würde, aber die Grundzüge der werktätigen Nächstenliebe, der Wahrhaftigkeitsliebe usw. lassen sich doch mit dem ganzen Unterricht lebendig verbinden. Wenn man z. B. den Kindern beim Geschichts- und Naturwissenschaftsunterricht zeigt, daß Mißhandlung von Tieren barbarisch ist, wird solche erzieherische Tätigkeit so wirksam sein, daß philosophische Aufklärung von der langweiligen Art, wie sie Herr v. Bethmann Hollweg liebt, wahrhaftig nicht nötig ist. Sie werden doch auch nicht behaupten wollen, daß es zur Zeit der alten Griechen und Römer keine Ethik gegeben hat. Wenn man den Kindern beibringen will, daß sie ihren Nächsten lieben sollen wie sich selbst, so ist das ein Grundsatz, der wir durchaus akzeptieren und von dem wir nur wünschen, daß die herrschenden Klassen, die Päpste des offiziellen Christentums, ihn in die Wirklichkeit überführen. Wenn man dem Kinde zeigt, daß die Mißhandlung von Tieren oder Nebenmenschen barbarisch ist, so läßt sich eine solche erzieherische Tätigkeit bei allen möglichen Gelegenheiten anbringen und wird mehr wirken als langweilige philosophische Auseinandersetzungen, wie sie Herr v. Bethmann Hollweg liebt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Vorsch ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung!

Abg. Fohrbender (Z.): Es handelt sich nicht um den Religionsunterricht, sondern um die Gewöhnung an religiöses Leben. Und dabei kommt das große Problem in Frage, welches entscheidet, ob wir eine theozentrische oder anthropozentrische Weltanschauung haben. Daß ein Moralunterricht auch nützen kann, wird auch in theologischen Kreisen anerkannt. Das beweist die massenhafte Verbreitung der Schriften von Friedrich Wilhelm Förster in Zürich auch in den Kreisen der christlichen Theologen.

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird bewilligt. Bei einem weiteren Kapitel empfiehlt

Abg. Trimbner (Z.) eine Förderung der Wanderarbeitsstätten. Speziell an der belgischen Grenze bei Herbesthal könnte vielen Arbeitslosen, die von Belgien abgeschoben worden sind, dadurch geholfen werden.

Minister v. Nolcke sagt Prüfung dieser Verhältnisse zu. Der Rest des Etats wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Vergetal.)  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Zum Kampf der zwei Methoden am belgischen Parteitag.

Brüssel, im Februar. (Fig. Ber.)

Der Kampf der Meinungen über die künftige Politik, der auf dem letzten Kongreß der belgischen Sozialdemokratie zum Ausdruck kam, fordert naturgemäß zu einem Vergleich mit dem Kampf heraus, der in Deutschland und Frankreich um die beiden Methoden der Partei geführt worden ist.

Indes finden sich, näher betrachtet, weit weniger Vergleichspunkte als es den Anschein haben mag. Wenn sich auch hier wie dort die Partei in einen „radikalen“ und „gemäßigten“ Flügel teilt; hier wie dort die „positive Arbeit“ gegen die „Theorie“, die „praktische Politik“ gegen das „Prinzip“ ausgespielt wird, präsentiert sich in Belgien die Frage unter einem wesentlich anderen politischen Aspekt und anderen partei-philosophischen Bedingungen. Weder ergibt sich eine Analogie mit der Budgetbewilligung in Süddeutschland, noch läßt sich die Frage der Beteiligung an einem liberalen Kabinett, wie sie die belgische Sozialdemokratie beschäftigt, mit den Vorgängen in Frankreich vergleichen. Uebrigens zeigt das die vom Parteitag votierte Resolution Wandelbelde zur Genüge auf, indem sie die Entscheidung in der Frage der Anteilnahme an der Regierung — falls sie sich für die Partei stellen sollte — dem Votum des nationalen Kongresses unterstellt und das individuelle Handeln eines einzelnen als gleichbedeutend mit Parteiverrat und Ausschluß aus der Partei erklärt. Was die Frage der Sottierung der Budgets anlangt, so kann ein Abweichen von der bisherigen Bahn unter den „außerordentlichen Umständen“, die der Pariser Beschluß vorsieht, nur nach vorheriger Beratung mit der Partei erfolgen. Als ein solcher „außerordentlicher“ Umstand wurde von der Majorität die parlamentarische Situation bezeichnet, die die Durchführung einer der großen Arbeiterreformen von der Budgetbewilligung abhängig machen würde. Uebrigens sei bemerkt, daß kein Redner der Majorität — wie notwendig oder nämlich er auch den eventuellen Eintritt eines Sozialisten in ein liberales Ministerium einschätzen möchte, unterlassen hat, einen Vergleich mit den französischen Vorfällen abzulehnen. Ebenso haben sämtliche Resolutionen der Majorität, die dem Generalkrat vorlagen — mit Ausnahme der Vertrands, der seine eigene Meinung über internationale Kongreßbeschlüsse hat — sich auf die Entscheidungen von Paris und Amsterdam berufen, wie denn auch die Wandelbelde in ihrer Motivierung das Votum dieser Kongresse anruft. — Es mag überhaupt an diesem Parteitag, der einen so harten Kampf der Meinungen über eine heikle und schwierige Frage der Taktik zur Entscheidung führte, als ein besonders erfreuliches Symptom gerühmt werden, daß jeder einzelne Redner die Disziplin als ein unantastbares Prinzip der Partei feierlich betonte. Bezeichnend für diesen Geist, der die belgische Partei über alle Meinungsgegenstände hinweg eint, ist ein Artikel, der einen Tag nach dem Parteitagvotum im „Peuple“ erschien, dessen Chefredakteur Louis de Brouckere der Antragsteller der Gegenresolution und Hauptredner der Opposition ist. Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Die Einigkeit in der Aktion“, die der Schreiber bei aller Referenz in der Anerkennung der Lösung, wie sie der Parteitag braucht, als höchstes Parteiprinzip aufstellte.

Ein Urteil über die Lösung der Frage selbst wird notwendig an die vom Parteitagvotum aus komplizierte Lage anknüpfen müssen, in die die belgische Sozialdemokratie durch den Sturz des Merikalisministers verlegt wurde.

Seit 25 Jahren lastet auf Belgien das Joch des Merikalismus. Von dem allgemeinen Kulturhaden abgesehen, den Merikale Machtentfaltung in jedem Lande übt, ist in Belgien der Merikalismus der spezielle Feind aller notwendigen sozialen und politischen Reformen. Er ist der Feind jedes christlichen Wahlrechts, weil das „System der vier Infamien“, das Pluralvotum, mit einer der wichtigsten Stützpunkte seiner Herrschaft ist. Er ist der Feind der Schulreform — in welchem Maße, das zeigt die gegenwärtige Kammerdebatte —, weil er von einer solchen für die Grenzen der Pfaffenkassen fürchtet und überdies vom „Zwangsmoralunterricht“ eine Bedrohung des Grundpfeilers aller Merikalen Macht: der Unwissenheit, voraussetzt. Der Merikalismus in Belgien ist aber auch, wenn er sich auch von Zeit zu Zeit mit dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu umhüllen wußte, der nicht minder zähe Feind aller Arbeiterreformen. — Zu diesen Hauptpunkten darf man der Merikalen Partei anrechnen, daß sie stets der willige Diener der Kongresspolitik Leopolds war, dessen listiges und freches Spiel mit dem Parlament ihre Minister strupellos gedeckt haben. Sie hat sich überdies jederzeit als der hilflose Anwalt des Kapitalismus gezeigt; in schamlosester Weise wohl, als die Regierung die Minen der Campine dem Staat, seinem rechtmäßigen Besitzer, entzog, um sie an ihre kapitalistischen Freunde für ein Nichts zu vergeben. — Man begreift mit welchen Gefühlen die Arbeiterklasse den Sturz dieser Partei herbeisehnt und welche vielleicht übertriebenen politischen Hoffnungen sie daran knüpft.

Mit dem Sturz des Merikalismus und der Erhebung der Liberalen zur Regierungsmacht ist aber die Merikale Gefahr keineswegs gebannt. In der neuen parlamentarischen Konstellation verbleibt keine der Parteien die Majorität. Die Unterführung der Liberalen durch die Sozialisten wäre an die Durchführung der demokratischen Reformen, insbesondere der Wahlreform, gebunden, und es ist zweifellos, daß die Merikalen durch leicht auszurechnende Minderheiten — indem sie zum Beispiel mit der Abstimmung einer solchen Reform die Abstimmung über das Kriegsbudget verquiden — das liberale Ministerium zu Falle zu bringen suchen. Diese Frage nun, wie weit die Fraktion in ihrer Unterstützung gehen, ob sie gegebenenfalls die Budgets für den Klassenstaat bewilligen dürfe, um die Rückkehr des Merikalismus zur Macht zu verhindern und der Arbeiterklasse ihre Reformen zu sichern, war der Angelpunkt der großen Differenzen in der Partei, die dann fortlaufend bis zur Frage der Teilnahme an der Regierungsmacht führten. Die letztere Frage hat aber die Gemüter weniger erhitzt, weil sie vorläufig eine ziemlich platonische Bedeutung hat. Der Kongreß hat sich ja auch mit einer mehr theoretischen Erklärung begnügt, indem er aussprach, daß die Sozialisten zur gegebenen Zeit die Verantwortung der Macht übernehmen werden, im übrigen die Entscheidung der Frage für den Zeitpunkt vertagte, „am dem sie sich praktisch stellen würde“.

Der Gegensatz der Meinungen um Punkt der Wochepolitik kam vor allem darin zum Ausdruck, daß die Minorität — de Brouckere und seine Anhänger — beirritzt, zur Durchsetzung der demokratischen Reformen sei ein wie immer geartetes Bündnis mit den Liberalen nötig. In der Tat stehen ja ohnehin auf dem Programm der Liberalen das allgemeine Wahlrecht, die Schulreform und die Militärreform — wieweil letztere die Merikale Regierung ja nur halb gemacht hat. Einmal an der Macht, werden die Liberalen zu zeigen haben, ob sie's ernst meinen. Es ist nun überdies tausend gegen eins zu wetten, daß die einmal gestürzten Merikalen ihr demokratisches Herz entdecken und mit sozialen Reformplänen um so mehr herausschicken werden, als sie sicher sein können, damit der liberalen Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Denn gleich den Merikalen sind auch die Liberalen in einem manchesterlich-konfessionellen und demokratischen Flügel geteilt, und die sogenannten Doktrinär-Liberalen haben sich mit den Merikalisten jedesmal gewissermaßen zusammen gefunden, wenn es galt, selbst gegen den bescheidensten sozialen Fortschritt zu frondieren und zu stimmen. Es gibt z. B. keinen schlimmeren Heber gegen das ohnedies so armselig zusammengestuchte, für allen Betrag zurechtgemachte Sonntagsgesetz als das führende Organ der doktrinären Liberalen. In diesem Blatt — es ist die „Etoile Belge“ — das täglich schonungslos gegen den — Merikalismus zu Felde zieht, wird jeder Antrag zu einer staatlichen Regelung der Arbeit als ein Verbrechen an der Freiheit gekennzeichnet, jedes Gesetz, das der Arbeiterschaft etwas Schmutz veripicht, verhöhnt und begeißelt. Und das Blatt drückt nur aus, was der kapitalistische Flügel der Liberalen im Parlament verteidigt, in deren Reihe ein Baroquó sít, der die Infamiation des typischen Manchesterliberalen und Sozialreaktionären ist und einer der Hauptfronten der Sozialdemokratie gegen gesellschaftlichen Arbeiterkampf.

Man wird es deshalb nur gerechtfertigt finden können, daß die Minorität für den mit reaktionären Elementen so gesättigten Liberalismus wenig Vertrauen empfindet und von seiner Regierungsherrlichkeit nicht allzuviel erwartet. Von diesem Standpunkt aus wurde denn auch am Parteitag der Optimismus Ansees und Wandelbelde, der in der Sitzung des Generalkrates meinte, die demokratischen Reformen werden nach dem Sturz der Merikalen zum mächtigen Strom werden, von de Brouckere angegriffen und die darauf aufgebaute, politische Berechnung als verfehlt bekämpft. Gegenüber dem Optimismus Wandelbelde war so die Warnung eines Redners der Minorität nur zu sehr am Platze, daß man die Arbeiter nicht glauben lassen sollte, daß der Sturz des Merikalismus der Arbeiterklasse das Heil bringen werde. Immerhin hat ja selbst Ansees die Möglichkeit einer Enttäuschung zugegeben, denn er meinte, wenn die Liberalen nicht Wort halten, werden die Sozialisten keinen Augenblick zögern, sie zu stürzen. — Uebrigens, das muß betont werden, ist ja eine „systematische“ Unterstützung der Liberalen von keinem Majoritätsredner bestritten worden und der Tenor der Ausführungen Wandelbelde war jene „Politik der freien Hände“, die auch die angenommene Resolution verteidigt.

Die Resolution Wandelbelde, die ja das Kunststück der Verflechtung der Gegensätze mit großer Geschicklichkeit aufstellt, wird nicht verfehlen, als ein Sieg der „Gemäßigten“ ausgerufen zu werden. Mag sie nun auch die Auffassungen der „Gemäßigten“ widerspiegeln, so kommt in ihr weit weniger eine einheitliche „Richtung“ zum Ausdruck, als es den Anschein hat. Ist schon die Resolution selbst, wie de Brouckere sagte, aus verschiedenen und widersprechenden Texten zusammengelötet, so zeigen ihre Bestworter erst recht die selbstsamsten Absichtungen. Es mag nur erwähnt sein, daß in den Generalkratsdebatten, die ein weit mannigfaltigeres Bild der Meinungen gaben als der Parteitag, ein Redner, Colaux sich für die Wochepolitik und die Beteiligung aussprach, dabei aber betonte, daß er Gegner des einen wie des anderen ist und beides nur als ein aus der Situation resultierendes Uebel betrachte! Und wie verschieden klangen erst die Motivierungen der Redner; man vergleiche nur die Rede Vertrands mit der Wandelbelde im Generalkrat!

Vertrand hat in dieser Debatte die feinerzeitige Kollektivklärung der Fraktion über die Regierungsbeteiligung als eine Kollektivdummheit bezeichnet! Und während Troolet sich zu einem Hymnus auf die möglichen sozialen Grothaten sozialistischer Minister verstieg, erklärten andere, daß sie sich einer „Notwendigkeit beugen“.

Aus alledem ergibt sich, daß die Resolution Wandelbelde nicht so sehr der Ausdruck einer „Richtung“ ist, und weniger eine Linie zukünftiger Taktik vorgezeichnet als die Basis für ein Handeln der Partei in einer bestimmten Situation festsetzt. Die Resolution Wandelbelde setzt mit einer Warnung vor den Gefahren ein, die unter dem Vorwand des Blocks oder des Antimerikalismus der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse Eintrag tun können. Wir meinen doch, daß diese Gefahren nur dann mit Sicherheit vermieden werden können, wenn die Unabhängigkeit der Partei stets offen und klar zum Ausdruck gelangt. Damit ist aber jene Bindung, die die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierungsgewalt stets mit sich bringt, völlig unvermeidbar. Wandelbelde sagte auf dem Parteitag, die Partei bedarf keiner Garantien gegen sich selber. Keiner Garantien vielleicht, aber, wie die Resolution zeigt, immerhin eines warnenden Jurists.

## Schutz gegen Schutzleute!

Geradezu brennend wird die Notwendigkeit eines Schutzes des Publikums gegen Uebergriffe, nicht minder aber ein Schutz der Presse gegen Verurteilung wegen wahrheitsgemäßer Veröffentlichung und scharfer Kritik solcher Uebergriffe.

Diesmal ist der Schutzhilf der Polizeitalen Duisburg. In einer zweitägigen Verhandlung vor der dortigen Strafkammer wurden geradezu grauenhafte Verhältnisse eines Schuhmanns Wose und seines Hundes festgestellt. Angeklagt war aber nicht der Schuhmann, sondern einige Personen, die dessen Taten an das Licht der Öffentlichkeit gezogen hatten, und diesen Hüter der öffentlichen Ordnung dadurch „beleidigt“ haben sollten. Es waren das Genosse Eug. Schoch als Verantwortlicher der „Nieder-rheinischen Arbeiter-Zeitung“, Redakteur Anton Auweiler vom „Bürger- und Gewerbestreub“ in Duisburg, dessen Bericht-erholter, ein Agent Peters sowie ein Arbeiter Sitterts, welche den Redaktionen das Material teilweise geliefert hatten. Peters, der schon in früheren Wose-Prozessen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt war und diese noch zu verbüßen hat, war

flüchtig geworden, so daß er an den Verhandlungen nicht teilnahm. Doch auch ohne ihn förderte die Verhandlung detari Grauenhaftes zutage, daß selbst das Gericht in seinem Urteil zu dem Ausspruch kam, es habe „über den Zeugen Wose den Stab gebrochen.“ Die Verhandlung ergab folgendes Bild: „Schuhmann“ Wose, der einen äußerst bissigen Köter bei sich führt, hat wiederholt ohne jeden Grund mit blanker Waffe auf Personen eingehauen, die ihm zufällig in die Quere kamen oder ihm mißliebige waren. Wenn er einen niedrigeren Gegenstand hatte, hante er seinen Hund auf den Wehrlosen. Das Opfer schleppte er dann zur Polizeiwache und erhaltete Anzeige wegen Widerstand, tätlichen Angriffs, Verleumdung usw. In einem Falle wurde festgestellt, daß er rein aus Wollust seinen Hund auf einen nächtlichen Passanten der Straße hefte. Von jemanden angeulkt, daß „sein Hund nichts wert“ sei, heft er, um den „Vorwurf“ gegen seinen Hund zu entkräften, das Tier auf den ersten besten, der ihm in den Weg kam und schlug den völlig Wehrlosen nieder. Wenn der Mann wieder hoch war und fortlaufen wollte, mußte ihn der Köter auf's neue fassen. Schrie der Mann, so bekam er Säbelhiebe. In einem anderen Falle wurde festgestellt, daß Wose einen Obdachlosen, den sein Hund in einem Eisenbahnwagen nächtlich ausgehört hatte, detari traktiert hatte, daß ihm das

Fleisch,

wie sich ein Zeuge ausdrückte, wie Feyen von den Beinen herabging. Der also Mißhandelte lag zirka 4 Wochen im Krankenhaus! Der behandelnde Arzt stellte

20 Wunden

fest, von denen einige bis zu 4 Zentimeter tief und 8 Zentimeter lang waren. Außerdem war der Mann „grün und blau“ gehauen, wie das ärztliche Attest bezeugt. Das sind nur einige krasse Fälle von den vielen. Die meisten seiner Heldentaten hatte der „Schuhmann“ des Nachts ausgeführt. Wie sieben Zeugen bekundeten, war der „Ordnungshüter“ in die

Wohnung einer Familie eingebrungen,

selbst auf Frauen eingeschlagen,

unter anderem auch eine 60jährige Greisin über den Haufen gerannt! Von dem Inhaber einer „Damenkneipe“, die des „Schuhmanns“ Stammlokal gewesen sein mag, mußte unter dem Druck anderer Zeugen zugegeben werden, daß Wose dort gegessen und getrunken, aber nicht bezahlt hatte, obwohl Wose das ausdrücklich und wiederholt unter Hinweis auf seinen Eid bestritten hatte. Ein Bruder des Wirts bekundete, daß Wose in dem Lokale

sexuelle Ausdrückungen

getrieben hat, die auch nicht andeutungsweise wiederzugeben sind. Wose leugnete unter Eid alles ab! Einca 60 Zeugen sagten gegen ihn aus. Der Polizist beschuldigte die Zeugen entweder der „Lüge“ oder suchte ihr Zeugnis auf „Rache“ zurückzuführen oder konnte, wenn die Beweise gar zu erdrückend wurden, „sich nicht entsinnen“.

Und dennoch wollte der Vertreter der öffentlichen Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schmidt, den Polizisten reinwaschen. Trotz der Duzende von Zeugen, die das Gegenteil behaupteten, war der Polizist Wose dem Staatsanwalt „glaubwürdig“ und die bösen Redakteure sollten verurteilt werden. Nicht weniger wie 3 Monate Gefängnis gegen Auweiler, 500 M. Geldstrafe gegen Schoch und 50 M. gegen Sitterts wurden beantragt.

Das Urteil lautete aus formalen Gründen und weil in einem Falle der Beweis der Wahrheit nicht bis zum Tischen über dem i gebracht war, gegen Auweiler auf 50 M., gegen Schoch auf 20 M. Geldstrafe. Sitterts wurde ganz freigesprochen. Das Gericht sprach es in dem Urteile offen aus, daß Wose nicht glaubwürdig sei und daß es den Stab über ihn gebrochen habe.

Wird nunmehr der Schuhmann angeklagt werden oder sollen die Gesetze, und insbesondere der in Aussicht stehende neue Preßknebel, nur dazu dienen, die angeklagten, die Mißstände enthüllen?

## Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefen 7 und 8 bieten eine reiche Auswahl kommunalpolitischer Abhandlungen und Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands. — Wochenchrift erscheint 1 Heft. Abonnementpreis vierteljährlich 3 M. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Verlagsbuchhandlungen. Preisnummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Bornstr. 68, Berlin SW. 68.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns (Jeden Nr. 11 des 20. Jahrganges) zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Vorwörter! — Die Lage von der preussischen Wahlreform. Von H. B. — Zur Frauenkonferenz. I. Von Berta Selinger. II. Von Marie Woge-Selinger. III. Von Ida Rauhe. IV. Von Anna Dieck. — Das Weib vor dem Strafrichter. Von Dr. Siegfried Weinberg. — Der mit umfänglicher Mutterkammerkammer I. Von W. d. — Aus der Bewegung: Friedrich Lehner I — Zur Frauenkonferenz. — Katalanien in Baden. — Von der Berliner Jugendbewegung. — Der Seeliger in Kempten. — Volkliche Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Kolonialpolitik: Dienstreisende. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Soziale Gleichheit.

Für unsere Kinder: Spruch. Von Friedrich Seidel. — Die Gildbrüder. Von Ernst Brezang. — Wie's kam. Von Emma Böck. (Schicht). — Das Leben der Kasse. Von A. Schulze. — Jach, der Span. — Die hundertjährige Aloe. Und dem Russischen des H. Kupren von od. — Kinderreim. Von Gustav Jalle. (Schicht). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Von „Wahren Jacob“ ist (Jeden bis 5. Nummer des 27. Jahrganges) im Umfang von 16 Seiten erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Bilder: Friedrich Lehner (nach einer Photographieaufnahme). — Die junge Horde und die Berliner Polizei. — Bal paré in Kämpfen. — Handeltmann Dornburg. — Szene im Himmel. — Respektive vor die Front! — Die Jagd nach dem Diamanten. — Zwei Nationalallianzmitglieder. — Antikes aus der konservativen Reichstagsfraktion. — Das räuberische Vereinsgesetz. — Koch ein Vorklag. — Königlich preussische Lagerverteilung. — Berufsstolz. — Hohe Fleischpreise. — Volksverhöhnung in Preußen.

Text: Friedrich Lehner. — Vor die Front! Von P. E. — Zur preussischen Wahlrechtsfrage. — Zwietracht. Von P. E. — Der nervöse Staat. — Antike Bekanntmachung. — Im Strich des Wals. Von P. E. — Bethmann Hollwages Wahlreform. — Wober Jacob! Von Gottlieb Kaufe. — Die Weltgeht kommt! Frei nach Hilarion. Von Max Hoffmann. — Gedanken eines Bourgeois. — Erkenntnis. — Nachträge. — Brief des Hauptmanns von Aderns an den Reichstagsabgeordneten von Eidenburg-Jamshaus. — Ministerkuren. — Die Jamburg. Von H. F. I. — Vom Kometen. — Ein Vorklag zur Götze. Von Waldwin. — Zufall. Von Waldwin. — Die staatsrechtliche Stellung des Polizeihundes. Von Tobias. — Eine Reichstagsnachwahl. In drei nationalliberalen Zeitungen. — Ulu.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageverkäufern zu beziehen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Inferatenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornstr.

Gewerkschaftliches.

Die englischen Gewerkschaften und die wirtschaftliche Krise.

Soeben hat der Registrar der Gewerkschaften die Ziffern veröffentlicht, die die Entwicklung der englischen Gewerkschaften im Jahre 1908 dartun. In jenem Jahre wurde Großbritannien am schwersten von der Krise heimgesucht, und es ist daher nicht über-

raschend, wenn die schlechten Zeiten, die die englische Arbeiterklasse in dem Jahre durchmachen mußte, auch im Entwicklungsgange der Gewerkschaften zum Ausdruck kommen. Am Ende des Jahres 1908 befanden sich 662 Gewerkschaften auf dem staatlichen Register und von diesen erstatteten 634 Berichte. Aus diesen Berichten geht hervor, daß die Mitgliedschaft der 634 Gewerkschaften in Großbritannien und Irland im Jahre 1908 1971238 betrug. Das Einkommen dieser Gewerkschaften belief sich auf 65 918 820 M. und die Ausgaben betrugen 74 489 720 M.; die letzteren überstiegen die Einnahmen mithin um 8 570 900 M., was deutlich erkennen läßt, mit welcher erschreckender Wucht die wirtschaftliche Krise damals die Industrien Englands erfaßt hatte. Obgleich die Gewerkschaften eine Verringerung der Mitgliederzahl um 2322 zu verzeichnen hatten, stiegen dennoch ihre Einnahmen im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahre um 7 189 720 M., was hauptsächlich auf das Konto der gewaltig steigenden Unterhaltungsansprüche zu setzen ist, die Vertragsverhandlungen nötig machten. Die Ausgaben stiegen denn auch in dem genannten Jahre um nicht weniger als 26 880 980 M. Interessant sind auch die Zahlen, die über den Vermögensstand und den Durchschnitt der Beiträge geliefert werden. Das Vermögen der 634 berichtenden Gewerkschaften belief sich am Ende des Jahres 1908 auf 119 920 840 M.; auf jedes Mitglied kamen daher 60,88 M. Der jährliche Durchschnittsbeitrag betrug 83,40 M. auf das Mitglied. Während des Jahres 1908 ließen sich 40 neue Gewerkschaften registrieren, 49 wurden dagegen entweder aufgelöst oder ließen sich in der Liste streichen.

Die angeführten Zahlen betreffen deutlich, daß die Gewerkschaften Großbritanniens längst an den Kinderkrankheiten vorüber sind und daß sie auch solche Krisen, wie die, von der sich unser wirtschaftliches Leben eben langsam erholt und die England außer den Vereinigten Staaten wohl am schwersten in Mitleidenschaft gezogen hat, nicht mehr zurückwerfen können; denn was bedeutet ein Mitgliederverlust von nur 2322 bei nahezu zwei Millionen Mitgliedern in schweren Zeiten? — Augenblicklich macht sich wieder eine Velebung des Handels und der Industrie bemerkbar; besonders im Monat Januar war ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen. Wenn diese Anzeichen kommenden besserer Zeiten nicht trügen, so werden die englischen Gewerkschaften die existente finanzielle Einbuße bald wieder gut machen können. — Was die moralische Kraft der Gewerkschaften Großbritanniens, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung anlangt, so kann niemand leugnen, daß auf diesem Gebiete in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht worden sind. Allerdings ist es schwer, handgreifliche Tatsachen dafür anzuführen. Die Entwicklung der öffentlichen Meinung kommt aber dennoch in gewissen in die Augen springenden Punkten zum Ausdruck. Es kann zum Beispiel nicht als Zufall angesehen werden, daß sich ein Imperialist wie Lord Milner für den Minimallohn in allen Industrien ausgesprochen hat. Ein Zeichen der Zeit ist es auch, daß der englische Postminister die Gewerkschaften der Postangestellten anerkennt und mit ihnen verhandelt. Daß bei diesen moralischen Erfolgen die 120 Millionen Mark Vermögen eine große Rolle spielen, ist selbstverständlich. Bei all seinen Fehlern besitzt der englische Gewerkschaftler doch eine große Tugend und die kommt so trefflich in dem Worte des gewaltigen Cromwell zum Ausdruck: Vertrauen auf Gott und halt dein Pulver trocken. — Besonders aber das Pulver trocken halten!

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Rohrleger.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend hatten zum Sonntag im Gewerkschaftshause eine allgemeine Versammlung einberufen, die überaus stark besucht war. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Rebalter W. ermutigt über „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, berichtete Dietrich über die Vantenkontrolle. 233 Bauten wurden kontrolliert, 66 Differenzen sind vorgekommen. Auf den Bauten waren 848 Rohrleger und Helfer beschäftigt, davon sind 483 im Deutschen Metallarbeiterverband, 249 im Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband und 125 überhaupt nicht organisiert. Ferner waren beschäftigt: 267 Anschläger, 164 Schlosser, 86 Elektromonteur. Redner betonte noch, daß er nur für den Tarif des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingetreten sei.

Dann sprach Handl über die augenblickliche Situation und kennzeichnete unter großem Beifall der Versammlung die Resolutionen des Allgemeinen Verbandes. Der Tarif dieses Verbandes sei feiner, den dieser errungen habe, sondern der von den Unternehmern geschenkt worden sei. (Lebhafte Zustimmung.) Es schmerze ja jetzt freilich dem Wiesenbalschen Verband, daß die Unternehmer erklären, den bevorstehenden Tarif nur mit derjenigen Organisation abzuschließen zu wollen, die die größte Mitgliederzahl umfaßt. Die Arbeitgeber hätten wohl die Lehre von 1908 nicht vergessen und es liegt ihnen daran, für das gesamte Rohrlegergewerbe einen gemeinsamen Tarif zu erreichen. Ohne die Zustimmung des Deutschen Metallarbeiterverbandes könne aber weder das Unternehmertum, noch der Allgemeine Metallarbeiterverband etwas unternehmen. Dem letzteren aus seiner jetzigen Verdrängnis herauszuhelfen habe der Deutsche Metallarbeiterverband keine Veranlassung. Und wenn in den nächsten Tagen das Schiedsgericht zu einem Urteil kommen sollte, so erkläre er, Redner, daß dieses ohne Hinzuziehung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für denselben keine Geltung besitze. Die Ausführungen Handls wurden mit fröhlichem Beifall aufgenommen.

„Ettliche Pflicht“.

Unter dieser Epigramme leistet sich in seiner letzten Ausgabe der „Gewerkverein“ einen Spech als Antwort auf unsere kürzlich erfolgte Kennzeichnung der Berliner „Hirsch-Dunderschen“ Zöpfer. Das Blatt klammert sich kampfhafte an die Wendung in unserer Notiz, wonach sich diese notorischen Arbeiterverräter durch Streik- und Sperrebruch in der Zentralorganisation unumöglich gemacht haben. Diese Wendung — schreibt das Blatt — lasse erkennen, daß die Betreffenden den Zentralverband freiwillig den Rücken gelehrt hätten, denn sonst wäre sicherlich vermerkt worden, daß sie ausgeschlossen wurden, und diese Tatsache des Austritts sei die Ursache des Falles, mit dem die armen Leute nunmehr ver folgt wurden. Zum Schluß hebt das Hirsch-Dundersche Zentralorgan in Sperrebruch hervor, daß „es sittliche Pflicht aller christlichen Arbeiter sei, auch ihren andersdenkenden Kollegen die Möglichkeit nicht zu nehmen, unter anständigen Arbeitsbedingungen für sich und ihre Familie das Brot zu verdienen“. Die Klust, daß die jetzigen Berliner Hirsch-Dunderschen Zöpfer sich im Zentralverband „nur“ unmöglich gemacht haben, müssen wir wieder gerüden. Die Betreffenden wurden selbstverständlich ausgeschlossen. Weil sie Streik- und Sperrebrücher waren, hatten sie sich unmöglich gemacht und mußten ausgeschlossen werden. Daß mancher der Betreffenden, vielleicht angeht seiner gewerkschaftlichen Schandtat den sicheren Aus schluß erwartend, seinen „Austritt“ erklärte, ändert an diesen Tatsachen nichts. Im Schlußsatz sagt das Hirsch-Dundersche Zentral-

organ: „Man nehme an der s den kende Kollegen, die Möglichkeit, unter anständigen Bedingungen für sich und ihre Familien ihr Brot zu verdienen.“ So steht ja wohl die Sache nicht, sondern einfach so, daß Gewerkschafts genossen sich ihre mühsam errungenen Arbeitsverhältnisse nicht durch notorische Streik-, Sperre- und Tarifbrücher wollen gefährden lassen.

Der Tarifvertrag der Sandsteinmehlen Berlins läuft am 1. April dieses Jahres ohne Kündigung ab. Früher pflegte man den Ablaufstermin im Steinmehlgewerbe auf den 1. März festzusetzen. Die Verschiebung um einen Monat erfolgte dann beim letzten Tarifabschluß auf Wunsch der Arbeitgeber, die mit dem Unternehmertum des gesamten Nahrungsgewerbes in dieser Hinsicht gemeinsame Sache machen wollten. Um zur Tariffrage Stellung zu nehmen, fand am Sonntag eine zahlreich besuchte kombinierte Versammlung des Steinarbeiterverbandes statt, die den großen Saal der Arminhallen füllte. Der Vorsitzende Binder gab eine Uebersicht über die Lage der Dinge. Die Ortsverwaltung hatte vorgeschlagen, vorläufig keine Tarifvorberungen einzuleiten, sondern eine abwartende Stellung einzunehmen und die weiteren Schritte den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Sie ging dabei von der Ueberzeugung aus, daß, obwohl eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend notwendig ist, es doch zweckmäßiger sei, erst einmal den Ablauf des Tarifs ruhig abzuwarten und sich nicht vor der Zeit den Unternehmern gegenüber auf bestimmte Vorberungen festzulegen. Die Platzvertreterführung war jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß es angebracht sei, den Unternehmern die Forderungen vor Ablauf des Tarifs zu unterbreiten. Die Versammlung hatte nun zunächst über diese Frage zu entscheiden. Sie beschloß nach gründlicher Debatte, daß die Forderungen eingereicht werden sollten. Sodann hatte die Versammlung über die Forderungen selbst zu beraten, die bereits im Entwurf vorliegen. Dies wurde jedoch einer Sektionsversammlung der Sandsteinarbeiter überwiesen, die noch im Laufe dieser Woche stattfinden soll.

Auch die Marmorarbeiter, für die gegenwärtig ein regelrecht abgeschlossener Tarifvertrag nicht besteht, werden im Laufe dieser Woche eine Sektionsversammlung zur Erörterung der Tariffrage abhalten. Bei den Grabsteinarbeitern ist der Wunsch nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ebenfalls sehr reg; sie haben jedoch, da der für diese Branche bestehende Tarifvertrag noch nicht genügend durchgeführt ist, darauf verzichtet, neue Forderungen zu erheben.

Auf Vorschlag der Platzvertreterführung beschloß die Versammlung, daß für die Dauer der Lohnbewegung 50 Pf. Extrabeitrag erhoben werden sollen. — Als Delegierte zur Gaukonferenz, die am 18. März in Kottbus stattfindet, wurden Hansche, Windler und Ohnemann gewählt.

Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

Die Sonnabendabend versammelter Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektionsfirma Eisbach, Königstraße 1—6, haben einstimmig beschlossen, am Montag, den 22. Februar, die Arbeit ruhen zu lassen. Mit der Begründung, daß die Firma nur die Sache in die Länge zu ziehen versucht, indem die Kommission mit den Inhabern der Firma sechs zwei Stunden verhandelt hat, ohne zu einem Resultat zu kommen.

In den Hartsteinwerken Rob. Gutschmann-Niederlehme bei Königswusterhausen sind Differenzen ausgebrochen. Zugung von Arbeitern streng fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter bitten wir um Abdruck dieser Notiz, insbesondere die Polnischen. Die Organisationsleitungen.

Deutsches Reich.

Die Singer-Nähmaschine.

hergestellt und seit Jahren in Deutschland vertrieben durch die amerikanische The Singer Manufacturing Co., erfreut sich auch in Arbeiterfamilien großer Beliebtheit und dürfte es daher zeitgemäß sein, etwas Näheres über die Arbeitsverhältnisse zu erfahren. Durch die Zollabfertigung veranlaßt, errichtete die The Singer Manufacturing Co. vor einigen Jahren in Wittenberge, Bezirk Potsdam, einen modernen Großbetrieb für Deutschland, der auch in bezug auf die kapitalistische Ausbeutung im wahren Sinne des Wortes modern ist, verpönt man doch in bezug auf die Behandlung und Bezahlung der Arbeiter fast nichts von einem modernen Zug der Zeit. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, Sonnabends wird nach englischem Muster bis 2 Uhr durchgearbeitet. Die Arbeiter müssen fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit das Fabriktor passiert haben, andernfalls sie auf einen halben Tag ausgeperrt werden. Das gleiche gilt nach Ablauf der auf eine Stunde festgesetzten Mittagspause, jedoch von dieser Pause den Arbeitern tatsächlich nur 55 Minuten zur Verfügung stehen. Frühstücks- und Vesperpausen gibt es nicht. Die zur Einnahme der Mahlzeit eingerichteten Speiseküchen durften bis vor kurzem von den Angehörigen der Arbeiter nicht betreten werden, weil, wie die Direktion behauptet, zerübt gestohlen worden sei. Arbeiter, denen ihre Mittagessen von ihren Angehörigen gebracht wurde, mußten entweder auf gemeinschaftliche Mahlzeiten mit diesen verzichten, oder das Essen im Chauffeegraben einnehmen. Neuerdings hat man zwei Speiseküchen freigegeben. Durch Zahlung von Geldprämien hat die Fabrikleitung es verstanden, die Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit anzuspornen und dann nach den Höchstleistungen die Akkordpreise festzulegen. Die raffiniert dabei vorgegangen wird, möge nachstehendes Beispiel dartun:

In einer Abteilung müssen bei einem Stundenlohn von 40 Pf. 84 Maschinen pro Woche justiert werden. Für jede Maschine, die der einzelne Arbeiter über das Pensum justiert, erhält er 5 Pf. Prämie. Es kostet die Maschine, wenn nur das Pensum gemacht wird, bei 40 Pf. Stundenlohn 27 1/2 Pf. pro Stück. Jede weitere Maschine, die über das Pensum gemacht wird, dagegen nur 5 Pf. pro Stück. Ganz sicher ein feines Geschäft für die Firma. Nebenbei wird es in den anderen Abteilungen gehandhabt. Die neu Eingestellten erhalten 35—50 Proz. geringere Akkordpreise als die Arbeiter, die die Firma von Hamburg mitgebracht hat. Stundenlöhne von 30 Pf. für gelehrte Arbeiter sind gar nicht selten. Für Arbeiter, die im Akkord arbeiten oder mal Gelegenheit haben, im Akkord beschäftigt zu werden, ist der Stundenlohn, mit Ausnahme zweier Abteilungen, grundsätzlich auf 32 Pf. festgelegt. Wer also nur einige Stunden in der Woche Akkord arbeitet, kann für die übrige Zeit, die er im Stundenlohn arbeitet, nur 32 Pf. pro Stunde beanspruchen. „Das ist Prinzip“, sagen die Herren Direktoren. Nach Auslösung eines der Herren Direktoren, eines Engländer, soll das für die deutschen Arbeiter genug sein. Wer dafür nicht arbeiten kann, soll sich bessere Arbeit suchen, die Leistungen der deutschen Arbeiter seien noch lange nicht ausreichend, die müssen erst arbeiten lernen.

Jedem welche Organisation oder Vertretung der Arbeiter können oder wollen die Direktoren nicht anerkennen. Jeder möge sich allein vertreten. Auch in Patriottismus machen die Herren sehr gern. Sie ordnen an, Kaisers Geburtstag wird nicht gearbeitet; aber an Bezahlung des wirklich angeordneten Feiertags denken Sie nicht. Die Gewerbeordnung existiert für sie nicht.

Die Lohnbewegung der Buchbinder und Kartonnagearbeiter in Plauen i. V.

Der Kampf wird den Streikenden dadurch sehr erschwert, daß auf Grund der Plauener Straßen- und Städteordnung das Streikpostenstreichen verboten wird. Die Fabrikanten versuchen durch notorische Streikbrecherkolonnen die Einmütigkeit der Streikenden zu

brechen. Die Streikbrecher, die in zwei Transporten von Hamburg und Berlin in Begleitung von Agenten nach Plauen wie das liebe Vieh transportiert wurden, sind Elemente, vor denen selbst die Plauer Bürgerwehr Frauen empfindet. Die Einwohnerschaft begleitet die Arbeitswilligenkolonnen von der Arbeitshütte bis zum Quartier. Und die Weigländer sparen mit Kosennamen für die außerlesene Gesellschaft nicht.

In der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Theodor Marder in Forst i. L. sind wegen Wählregelung von drei Arbeitern und Nichtabhaltung des Tarifs sämtliche Schlosser und Formner in den Ausstand getreten. Es wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Ausland.

Der Maurerstreik in Winterthur.

Undank ist der Welt Lohn! Die Wahrheit, die in diesem Sprichwort liegt, bekommen die hiesigen Baumeister gegenwärtig besonders stark zu fühlen. Die paar Streikbrecher, die sie mit großem Aufwand an Geld und Zeit da und dort unter Vorpiegelung falscher Tatsachen aufreiben konnten und überwinterten, um mit dieser Prätorianergarde im Frühling die Streikenden zu besiegen, nehmen nun trotz den Einlassungsversuchen der „Brüder in Christo“ ohne viel Federlesens zu machen, von den Baumeistern Abschied. Zuerst machen die Streikbrecher gewöhnlich ein paar Tage blau, verursachen Skandale auf den paar Bauten, bei denen gelegentlich die Maurerhämmer und Keilen nur so in der Luft herumfliegen. Oder sie verprügeln, wie dies in letzter Zeit öfters vorgekommen ist, Wirte die ihnen keinen Kredit mehr gewähren. Die profitwichtigen Baumeister geben den Streikbrechern trotz der Judasrolle, die ihnen zugedacht ist, nicht einmal so viel Lohn, daß diese auch nur ein halbwegs menschenwürdiges Dasein fristen können. Man muß sich da wundern, wenn diesen bedauernswerten Opfern kapitalistischer Ausbeutung alle Vaster der Unterdrückten und Unfreien anhaften, diese dem Alkoholteufel in die Arme fallen, wüste Fests- und Trinkgelage veranstalten und so unsere Bevölkerung in ständige Aufregung zu versetzen? Die Streikbrecher laufen in ihrer Mehrzahl in zerlumpten und zerrissenen Kleidern oder in betrunkenem Zustande auf den Straßen Winterthurs herum. Die trostlose Wirtschaftslage in der sich die bedauernswerten Opfer der Bauunternehmer befinden, wird glänzend illustriert durch die Tatsache, daß in den letzten Tagen eine Anzahl Betten von Streikbrechern der Firma Loder u. Cie. verbraucht werden mußten, weil sie voller Läuse und Ungeziefer waren. Als die Flammen emporloderten, glaubten die Bewohner der betreffenden Gegend, es werde das Fest der Sonnenwende gefeiert; nachträglich stellte es sich heraus, daß der Hygiene ein Opfer dargebracht wurde. Man ersieht hieraus, wie sehr die profitwichtigen Unternehmer um das leibliche und geistige Wohl der Arbeiterschaft besorgt sind in der sogenannten freien Alpenrepublik. Einem Teile der Streikbrecher gehen aber gerade dadurch die Augen auf; sie wollen sich nicht mehr länger von den Baumeistern und ihren Trabanten mißbrauchen lassen und verlassen deshalb diese. Die Hoffnung, die Streikenden diesen Winter auszukommen zu können, ist an der internationalen Arbeiterkollektivität ebenfalls gescheitert.

Der Schaden, den die Baumeister erleiden, ist groß. Eine Bau-firma hat bereits ihre Zahlungen eingestellt, der Weitergeier holt also diese trotz der „Solidarität“ des schweizerischen Baumeister\* bezug. Scharfmacherverbandes. Die Streikkommission bittet, jeden Zugung von Bauarbeitern von Winterthur weiterhin fernzuhalten.

Ein Teil der städtischen Arbeiter sowie die Schornsteinfegergehilfen von Graz sind wegen Lohn Differenzen in den Streik getreten.

Allgemeine Aussperrung in der dänischen Zementindustrie.

Am Sonnabend fanden in Kopenhagen den ganzen Tag lang Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten in der Zementindustrie Dänemarks statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, weil die Vertreter der Dänischen Arbeitgebervereingung verlangten, daß, wenn die Zementfabriken 15 000 Kronen zur Verbesserung der niedrigsten Arbeitslöhne hergaben, dafür die Maurer-arbeitsleute in der Provinz den von ihren Arbeitgebern vorge-schlagenen Tarifvertrag anerkennen sollten. Die Vertreter der Arbeitnehmer und des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften konnten sich natürlich nicht damit einverstanden erklären, daß die Tariffrage der Bauarbeiter in dieser Weise mit der der Zement-industriearbeiter verquidit wurde. Nachdem die Einigungsverhandlungen gescheitert sind, ist am Montag die von der Arbeitgebervereingung im voraus beschlossene allgemeine Aussperrung in der Zementindustrie in Kraft getreten.

Drohender Minenarbeiterstreik in Südwales.

London, 28. Februar. Nachdem die Verhandlungen zwischen Vertretern der Grubenarbeiter und der Minenbesitzer im Kohlen-district Cardiff über die Frage des Minimallohnes resultatlos ver-lausen sind, befürchtet man den Beginn einer Krise, durch welche 200 000 Arbeiter beschäftigungslos werden würden. Die Unter-nehmer haben auf das Verlangen der Arbeiter geantwortet, daß sie dasselbe nicht bewilligen würden, sondern die Wiederaufnahme der Arbeit zu den früheren Bedingungen fordern müßten. Das Arbeiter-somitee hat keine Antwort auf heute verweigert. Immerhin hofft man, daß zwischen beiden Parteien eine Verständigung zustande kommen wird.

Generalsstreik in Philadelphia.

Die 140 Vereine mit 125 000 Mitgliedern vertretende Zentral-gewerkschaft beschloß für den 5. März den Sympathiestreik für die autständigen Straßenbahnangestellten.

Aus Industrie und Handel.

Die Stadt Paris als deutsche Rechenbesterin.

Die „Augenzeitung“ bringt die Nachricht, daß die Stadt Paris die westfälische Zeche Mont Genis kaufen werde, um sich unabhängig in der Versorgung mit Kohlen zu machen. Die Zeche Mont Genis gehört zu den größten, in Gewerkschaftsform betriebenen Unter-nehmungen des rheinisch-westfälischen Bergbaues. Sie besitzt beim Schmelz eine Beteiligung von fast 1 Million Tonnen Kohlen und 100 000 Tonnen Koks. Daneben verfügt sie über bedeutende Anlagen zu Gewinnung von Nebenprodukten und ist bei der Mondgasgesellschaft hervorragend beteiligt, die ebenfalls die Verwertung der Nebenprodukte zum Gesellschaftszweck hat. Entsprechend diesen großen Werten ist auch der Verkaufspreis hoch. Wie verkauert, sollen 28 000 M. pro Tonne gezahlt werden, was einem Gesamtanpreis von 28 Millionen Mark gleichkommen würde. Freilich sind noch einige Schwierigkeiten zu überwinden. Das Geis ge-stattet einer ausländischen Gewerkschaft nach einer jüngsten Robelle den Bergwerkbetrieb in Preußen nicht mehr so ohne weiteres. Nun scheint es allerdings noch fraglich, ob Mont Genis in französischem Besitz als preußische Gewerkschaft nicht mehr anzusehen wäre. Doch will man allen Weiterungen dadurch aus dem Wege gehen, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird, deren Majorität sich dann in den Händen der Kommune Paris befinden würde. Der Vorgang, daß eine Stadtverwaltung ein eigenes Kohlenbergwerk zur Versorgung der städtischen Werke erwirbt, ist nicht allzu neu. Erst im ver-gangenen Jahre hat die Stadt Wien zu dem gleichen Zweck ein Bergwerk erworben, freilich kein ausländisches. Paris hatte hierin keine große Auswahl, da sich die französischen Kohzechen in Händen

der dortigen Eisenindustrie befinden. Auch dafür gibt es bereits ein Beispiel, daß ein deutsches Bergwerk in den Besitz eines ausländischen Konsumenten übergeht. Es sind dies die Schlesienschen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg, deren Majorität in Händen der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft ist.

### Einwanderung in den Vereinigten Staaten.

Laut der vorliegenden Jahresstatistik des Immigration-Bureaus in Washington war die Einwanderung über alle Häfen der Vereinigten Staaten in den verschiedenen Monaten letzten Jahres, sowie dessen nächsten Vorgängern, die folgende:

1900	1908	1907	1906
957 108	410 819	1 834 166	1 215 480

Somit hat sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten im letzten Jahre durch Zugang vom Auslande um nahezu eine Million Personen vermehrt. Wie das Bureau des weiteren meldet, sind in der ersten Hälfte des Fiskaljahres 1910 422 982 Ausländern der Zutritt zu den Vereinigten Staaten gestattet worden, wogegen 11 619 Personen solche Erlaubnis verweigert worden ist. In dem Halbjahre hat zu dem Einwandererstrom Italien, mit 70 807 Personen, das größte Kontingent geliefert; die Zahl der Russisch-Polen betrug 48 578, die der Israeliten 45 565, der Deutschen 33 975 und der Engländer 25 253.

Während der letzten sieben Fiskaljahre hat sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Einwanderung um 8 617 155 Personen vermehrt. Mehr als 70 Proz. der Eingewanderten entstammte dem südlichen und östlichen Europa, sowie dem westlichen Asien, und zwar waren es zumeist Italiener, Griechen, Ungarn, Russisch-Polen, Rumänen, Bulgaren, Türken, Armenier und Syrier.

## Soziales.

### Ein Nachspiel zur Hege gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse.

Der Reichsverbandshauptling Dr. Voesser wurde wieder wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um den „geistigen“ Urheber der Schubert-Verschwörung gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, Dr. Voesser, den früheren Vorsitzenden der Ortsgruppe Chemnitz des Reichsverbandes, der sein Domizil nach Weimar verlegt hat, nachdem ihm durch Stadträtlichen Schiedsgericht die Kassenpraxis an der Gemeinamen Ortskrankenkasse auf Jahre genommen worden war. Dr. Aröber, der „Vertrauens“arzt der genannten Kasse, der auch gegen den Vorstand der Kasse intrigiert hat, hatte seinen „lieben“ Kollegen wegen Verleumdung belangt lassen, weil dieser ihm in zwei Briefen vorgeworfen hatte, daß er — Dr. Ar. — wissentlich die Unwahrheit gesagt habe. Es handelte sich hier um eine Sache, die vor dem ärztlichen Ehrenrat gespielt hat und derenwegen Dr. Voesser mit 50 M. bestraft worden war. Das Ergebnis der Beweisaufnahme hatte die Verurteilung Dr. Voessers zu 100 M. zur Folge. Der von Dr. Voesser verurteilte Wahrheitsbeweis mißglückte.

### Die Rentenversicherung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Vor zwei Jahren teilte das Reichsversicherungsamt mit, daß die „lebhaften Klagen der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer über das Anwachsen der Unfallkosten ähnliche Maßnahmen veranlaßt“ habe, „wie sie seit mehreren Jahren auf dem Gebiete der Invalidenversicherung mit gutem Erfolge durchgeführt worden sind“. Um die Berechtigung der Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung der Rentenlast und einiger dabei beobachteter auffälliger Erscheinungen zu erforschen und Mittel zur Abhilfe zu suchen, habe eine Kommission aus Mitgliedern des Reichsversicherungsamts, des Reichsamts des Innern usw. eine große Anzahl laufender Entschädigungsverfahren sowohl auf Grund der Akten, als auch vor allem unter persönlicher Befragung der vorgelesenen oder in ihrer Wohnung aufgesuchten Rentenempfänger nachgeprüft. Bei diesen Erhebungen seien nicht nur die nach den geltenden Reichsgesetzen sich bietenden Mittel zur Abhilfe, sondern auf Wunsch des Staatssekretärs des Innern auch gesetzgeberische Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, welche zur Befestigung „vorgefundener Mängel“ vorschlagen wären.

Diese Untersuchungen sind auch die letzten beiden Jahre fortgesetzt worden. Ueber die Richtung gibt uns am besten die Statistik der Unfallversicherung Aufschluß. Sie zeigt, daß nicht allein die Zahl der Entschädigten, sondern auch die Höhe der Entschädigungen erheblich zurückgegangen ist. Im Jahre 1902 kamen auf 1000 versicherte Personen in der Landwirtschaft 6,18, die eine Entschädigung erhielten, im Jahre 1908 waren das aber nur 3,50. In der Industrie ist inzwischen diese Ziffer von 8,06 auf 3,86 gefallen. Die Verminderung der entschädigungspflichtigen Unfälle ist selbstverständlich einfach dadurch erzielt worden, daß für eine Reihe von Unfällen, namentlich die „kleineren“, eine Rente nicht mehr gewährt wird. Wie nun aber für jene Verletzten, die doch nicht ganz abgewiesen werden konnten, die Entschädigungsbeträge immer geringer wurden, zeigt folgende Aufstellung. Es entfielen auf einen im Rechnungsjahre entschädigungspflichtig gewordenen Unfall an Entschädigungsbeträgen:

Im Jahre 1890	102,92 M.	Im Jahre 1902	79,23 M.
1893	92,88	1905	78,78
1896	84,15	1908	76,71
1899	78,85		

Und das trotz den Lohnsteigerungen bei den Arbeitern, die doch die Grundlage für die Rentenhöhe abgeben sollen. Infolge der Maßnahmen des Reichsversicherungsamtes ist die auffällige Tatsache zu verzeichnen, daß seit dem Jahre 1901 sogar auch die Gesamtausgaben der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen zurückgegangen sind. Es entfielen Gesamtausgaben auf

Im Jahre	einen Versicherten	einen Betrieb
1905	3,29 M.	8,07 M.
1907	3,43	8,36
1908	2,82	7,84

Der Rückgang von 1907 auf 1908 ist ein ganz erheblicher. Das ist alles natürlich nur möglich gewesen dadurch, daß auch die Rechtsprechung sich den eingangs erwähnten Maßnahmen angeschlossen hat. Ist diese schon im allgemeinen ungünstiger geworden, so ganz besonders für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung wurden Verurteilungen gegen die Bescheide der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen erledigt:

Im Jahre	Verurteilt	Berufs-gesellschaft
1901	22,9	67,0
1903	21,8	67,3
1905	18,0	71,5
1907	19,1	72,2
1908	17,3	74,4

Der Erfolg für die Verurteilten ist immer geringer, der für die Berufsvereinigungen aber immer besser geworden. Eine ähnliche Tendenz zeigt auch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. Was die Juxter wünschen, das geschieht selbst in den Versicherungs-institutionen der Arbeiter.

### Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Unter dem Vorsitz des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Besser fand am Sonntag im Kaiserin-Friedrich-Haus die Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der

Geschlechtskrankheiten statt. Dem von dem Generalsekretär Professor Dr. Blaschko gehaltenen Vortrage war zu entnehmen: Die in dem Vorentwurf zum Strafgesetzbuch abgeänderte Fassung der §§ 180 und 181 des Strafgesetzbuches sei vom Standpunkte der Deutschen Gesellschaft als Fortschritt zu bezeichnen. Allerdings habe die Gesellschaft lediglich die hygienische Seite ins Auge zu fassen. Der Wunsch der Ärzte nach Errichtung von öffentlichen Häusern gebe immer mehr zurück. Er (Medner) sei entschieden gegen derartige Häuser, die Zustände zeitigen dürften, wie sie zur Zeit in Berlin beständen, als die bekannte Königsmaner noch im Flor war. Es komme hinzu, daß die Errichtung von öffentlichen Häusern angeht die teuren Grund- und Bodenpreise in den Großstädten mit argen Schwierigkeiten verbunden wäre. Er sei der Meinung, daß, so lange die Prostituierten die öffentliche Stilleheit und Gesundheit nicht gefährden, man sie unbehelligt lassen solle. In Norwegen, wo es auch keine öffentlichen Häuser gebe, haben sich die Gesundheitsverhältnisse nicht nur nicht verschlimmert, sondern gebessert. Er beantragte, eine Kommission von Sachverständigen zu wählen, die die Überwachungsmaßnahmen der Prostitution in einer eingehenden Erörterung unterziehe und die Ergebnisse den zuständigen Behörden und gesetzgebenden Körperschaften mitteilen. — Nach einer längeren Besprechung wurde dem Antrage Blaschkos zugestimmt.

### Die Krupp'schen Wohlfahrtskassen.

Das bekannte Urteil des Landgerichts Essen, das im Gegensatz zu dem Gewerbegerichtsurteil die Klage von 20 früheren Arbeitern abwarf, die auf Rückzahlung der einbehaltenen Lohnbeträge gegen die Pensionskasse und die Firma klagten, ist den Parteien am 18. Februar zugestellt. Gegen das Urteil soll ein weiteres Rechtsmittel eingelegt und die endgültige Entscheidung des Reichsgerichts angerufen werden.

### Sächsische Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt?

Eine ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt für Sachsen in Chemnitz wurde in einem von ihm im Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht gehaltenen Vortrage über Gewerbe und Tuberkulose vom Gewerbeamt Dettelbach empfohlen. Diese Anregung fand in der Versammlung freundliche Aufnahme. Durch Beschluß wurde dem Vorstande ausgedrückt, diese Anregung den zuständigen Behörden, der Handelskammer und den industriellen Vereinigungen mit der Bitte zu übermitteln, die Einrichtung einer solchen Ausstellung in die Wege zu leiten. Es ist eine Ausstellung nach Charlottenburger Muster gedacht, die als Anschauungsobjekt für die weitesten Kreise Sachsens die Wohlfahrt, auch die Bekämpfung der Tuberkulose zu fördern geeignet sei. — Der Vortragende hatte auch die Forderung vertreten, daß in der Fortbildungsschule Gewerbelehre in viel umfangreicherem Maße als bisher erteilt werden müsse, damit die junge Arbeiterschaft beizzeiten lerne, wie den gesundheitlichen Gefahren der verschiedenen Berufe am besten begegnet werden kann.

Die Verwirklichung des Dettelbach'schen Planes wäre mit Freuden zu begrüßen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Bund für Mutterschutz.

Der Konflikt im Bunde für Mutterschutz hat bereits eine Lösung gefunden. Er stand im Mittelpunkt des Interesses in der am 26. und 27. Februar in Halle abgehaltenen Generalversammlung des Bundes. Der Vorsitzenden, Frau Dr. Helene Stöder, war der Vortrage nachlässiger und selbstherrlicher Geschäftsführung gemacht worden. Die von uns ausgesprochene Ansicht, die Affäre werde wohl kaum persönlich metallischen Beigeschmack haben, hat sich als richtig erwiesen. Die Beschlüsse finden wir in einer angenommenen Resolution, in der gesagt wird:

„Die Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz stellt nach Kenntnisnahme des Berichtes der Revisoren und des Schatzmeisters sowie nach Prüfung aller in bezug auf die Verwaltung der Gelder erhobenen Beschwerden fest: 1. daß sich die Kasse in Ordnung befindet und die Finanzlage des Bundes eine durchaus gesunde ist; 2. daß die Bücher seit Uebernahme der Geschäftsführung durch Frau Dr. Stöder im Oktober vorigen Jahres in streng kaufmännischen korrekten Formen geführt worden sind; 3. daß auch nicht der geringste Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß vor dieser Zeit eine den Satzungen des Bundes widersprechende Verwendung von Geldern vorgekommen ist. Die Versammlung beschließt, daß die Bundeskasse und die Ortsgruppenkasse des Vororts, aus deren Vereinigung die früheren Unklarheiten der Buchführung hervorgegangen sind, in Zukunft in getrennter Verwaltung geführt werden.“

Allerdings lagen auch noch andere Beschwerden vor, die dazu führten, daß Frau Dr. Stöder den Vorzug im Bunde abgeben mußte; der Sieg wurde nach Breslau verlegt. Die Ursachen des Vorgehens gegen Dr. Stöder liegen auf dem Gebiete, wo die Frauen toleranter gegen Männer als gegen die eigenen Geschlechtsgenossen sind.

### Ernente Zunahme der Frauenarbeit.

Die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in Gewerbe und Handel hat im Anfang dieses Jahres wieder auffällig zugenommen. Nach den Berichten der Krankenkassen, soweit sie an das Reichsarbeitsblatt angeschlossen sind, erfuhr nämlich die Zahl der weiblichen Mitglieder vom 1. Januar auf 1. Februar d. J. eine Steigerung um 0,61 Proz., während bei den männlichen Mitgliedern in derselben Zeit ein Rückgang erfolgte. Infolge der zahlreichen Betriebsveränderungen, die im Anschluß an die Steuererhöhung erfolgten, hat sich der Arbeitsmangel unter den Tabakarbeitern in geradezu erschreckender Weise vermehrt. Da die Tabakindustrie fast ebenso viel weibliche wie männliche Arbeitskräfte beschäftigt, so werden die ersten in ebenso harter Weise betroffen wie die Tabakarbeiter. Während 1909 auf je 100 offene Stellen für Tabakarbeiterinnen nur 187,27 Bewerberinnen kamen, stellt sich der Andrang in diesem Jahre gar auf 490,24! Auch in der Hut- und Wägenindustrie und bei Friseurinnen hat sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre außerordentlich verschärft. Erstere weist im laufenden Jahre einen Andrang von 214,80 auf, gegen 64,23 im Vorjahre, und bei Friseurinnen kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 150 Arbeitsuchende gegen 100 im Vorjahre. Mit einem starken Ueberangebot ist sobann noch das Brauereigewerbe zu nennen, wo der Andrang sich auf 264,80 stellt gegen 83,47 im Januar 1909. Trotz der Abnahme ist der Ueberdruck an Arbeitskräften noch sehr groß.

### Nachtarbeit der Frauen in der französischen Modeindustrie.

Das „Journal Officiel“ vom 19. Februar veröffentlicht ein Dekret des Arbeitsministers, das, wenn es tatsächlich durchgeführt werden würde, eine der empfindlichsten Formen der Ausbeutung der Frauenarbeit beseitigte. Es verfügt die Abschaffung der „veillées“, der Verlängerung der Arbeitszeit der Mode-Arbeiterinnen während der Hochsaison über das gesetzliche Maximum. Dieses beträgt nach dem Gesetz von 1892 für Frauen und Kinder 10 Stunden, die zwischen 6 Uhr früh und 9 Uhr abends liegen müssen. Dieses Prinzip aber wurde schon 1893 durch ein Dekret durchlöcher. Für 5 Industrien (Stiderei und Wassementrie für Konfektion, Outfaktation und Outkonfektion; Schneiderei und Wäscheherstellung für Frauen und Kinder; Pelzkonfektion und Bandindustrie) wurde nämlich während gewisser Perioden des Jahres für Frauen und Mädchen über 18 Jahren eine Ausdehnung des Arbeitstages auf 12 Stunden und die Verlängerung des Arbeitstages bis 11 Uhr Nacht zugelassen, nur sollte diese „Ausnahme“ auf 60 Tage im Jahre beschränkt bleiben. Das Resultat war unangesehene Ueberarbeit in der Saison, mit der Aussicht auf die „Erholung“ in der arbeitslosen toten

Saison. — Das neue Dekret schafft nun die Ueberstunden ab, mit einer einzigen Ausnahme, für die Konfektion von Frauenkleidern und -Hüten für Frauen und Kinder. — Weiter ist zu befürchten, daß die neue Verfügung ebenso wenig wirksam sein wird, wie die bisherigen Schutzbestimmungen. Die Verbindung vieler Werkstätten mit der Privatwohnung des Unternehmers, vor der das Kontrollrecht des Gewerbeinspektors aufgehört und das in der Saison übliche Mitgeben von Arbeit zur Zeitstellung während der Nacht, werden vielleicht jetzt noch mehr ihre unheilvollen, durch keine kräftige gewerkschaftliche Organisation bekämpften Wirkungen entfalten.

### Berbot der Nachtarbeit der Frauen in Oesterreich.

Im österreichischen Abgeordnetenhause wurde bei seinem Wiederzusammentritt am 24. Februar ein den in Bern getroffenen internationalen Vereinbarungen entsprechendes Gesetz betr. das Verbot der Nachtarbeit von Frauen in industriellen Unternehmungen eingebracht. Nach dem Gesetz dürfen in Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen Frauen und Mädchen zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr früh nicht beschäftigt werden. Ist die Nachtstundenfrist eingehalten, so kann der Beginn der ununterbrochenen 10stündigen Nachtruhe für die über 18 Jahre alten Arbeiterinnen bis auf 10 Uhr abends verschoben werden. Gast- und Schankgewerbe sind von den Bestimmungen dieses Gesetzes als nicht industrielle Unternehmungen ausgenommen. Ein geradezu verbroderisches Entgegenkommen an die Zuckerbarone ist die Bestimmung der Vorlage, daß für die Rohzuckerfabriken der jetzige Zustand bis Ende 1918 in Geltung bleiben soll. Man lese, was der Arbeiter Polek in seinem „Lebensgang eines heufischischen Handarbeiters“ über die Arbeit in der Zuckerfabrik sagt, um die Sozialpolitik des christlichsozialen Handelsministers Dr. Weiskirchner zu verstehen. Außerdem soll nach der Vorlage der Handelsminister ermächtigt sein, Ausnahmen von dem Verbot der Frauennachtarbeit für solche Betriebe zu erlassen, in welchen Rohstoffe (11) oder rasch verderbende Stoffe verarbeitet werden. Am Ende soll unter den rohstoffverarbeitenden Industrien die ganze Textilindustrie verstanden werden! Ferner soll die Dauer der Nachtruhe bei Saisonindustrien und bei „außerordentlichen Verhältnissen“ an höchstens 60 Tagen im Jahre („höchstens“!) auf 10 Stunden herabgesetzt werden dürfen. — Dieses Gesetz soll am 1. Januar 1911 in Kraft treten.

## Vermischtes.

### Ueber Hochwasser.

wird aus einigen Städten Westdeutschlands berichtet. Besonders sind der Rhein und die Mosel aus ihren Ufern getreten. Wie eine Meldung aus Trier lautet, ist die Mosel seit vorgestern um einen Meter gestiegen und hat damit den Höchststand von 6,40 Meter erreicht. Gestern mittag trat ein Stillsitzen im Eisigen ein. Im Stadtteil St. Barbara stehen 80 Häuser unter Wasser. In den Straßen wird der Verkehr durch Röhre aufrecht erhalten.

Eine Meldung aus Köln vom gestrigen Tage lautet: Der Rhein ist seit gestern um 1,02 Meter gestiegen. Sein Wasserstand beträgt 6,50 Meter.

### Sturm in Frankreich.

Ein heftiger Sturm, begleitet von Donnererschlägen und finstlichen Regen, wütete, wie ein Telegramm aus Paris meldet, in der Umgebung von Lyon und hat großen Schaden angerichtet. Bäume wurden entwurzelt und Dächer abgedeckt. In Reçy sind mehrere leicht gebaute Häuser, die bereits durch die Ueberschwemmung stark gelitten hatten, vom Sturm ungerissen worden. In der Umgebung von St. Renehoude und bei Soumiers steigt die Rhône schnell. Auch in der Umgebung von Remiremont hat der Orkan großen Schaden angerichtet. Die telephonischen Verbindungen sind gestört. Es regnete in Strömen. Die Mosel steigt rapid. Die Wasserbehörden teilen mit, daß die Waas bei Charleville stark steigen wird. Aus Toulon wird ebenfalls über lurkbaren Sturm berichtet. Mehrere Schiffe sind von der Signalstation als in kritischer Lage befindend gemeldet worden.

Aus Rache erschossen. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, erschloß vorgestern nacht der Wirt Vogel, der kürzlich von der Strafmann wegen Widerstandes und großen Unfugs zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, den als Zeugen gegen ihn aufgetretenen Schutzmann Wurster in dessen Wohnung und verwundete mehrere andere Personen. Der Mörder ergriff die Flucht. Gestern fand man seine Leiche auf dem Friedhofe.

Jäger Tod. In Deuselwitz bei Halle fand auf einer Rindtaufseier der Vätermeister Schunke einen jähen Tod dadurch, daß ihm ein Fleischergewisse eine neue Riechstoffmischung aus Schwerg vor das Gesicht band und die darin befindliche Patrone aus Unvorsichtigkeit explodieren ließ. Dem Schunke wurde der Kopf vollständig zerschmettert.

### 75 Personen von einer Lawine verschüttet.

Telegramme aus Wallace in Idaho (Vereinigte Staaten von Nordamerika) melden, daß gestern abend durch eine Lawine fünfundsiebzig Personen verschüttet worden sind.

Nach einer neueren Meldung sind von den verunglückten Personen 2 w ö k a s L e i c h e n und 25 lebend geborgen worden. Man fürchtet, daß noch etwa 100 Tote unter den Schnee- und Schuttmassen begraben sind.

Eine Feuerbrunst hat, wie aus Combah gemeldet wird, dort gestern früh zahlreiche Korn- und Delspeicher vernichtet. Der Schaden wird auf 2-2½ Millionen Mark geschätzt. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

### 300 Personen gestorben.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist bei Zaleba am Marmarameer eine unbekante Krankheit ausgebrochen, die bis jetzt 300 Todesfälle verursacht haben soll.

Eine ganze Ortschaft zerstört. Nach einem weiteren Telegramm ist durch das Lawinenunglück die Ortschaft Place bei Wallace zerstört worden, in der etwa 300 Vergleute wohnten. Die Rettungsarbeiten werden durch einen heftigen Schneesturm erschwert.

Wasserstands-Nachrichten  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	27. 2.	26. 2.	am	am <sup>1)</sup>		27. 2.	26. 2.	am	am <sup>1)</sup>
Remel, Mühl	528 <sup>1)</sup>	+57	Saatz, Grotth	302	+24				
Bergel, Zusterburg	174	+17	Havel, Grotth	123	—				
Weghel, Horn	200	+14	Havel, Rathenow <sup>2)</sup>	154	0				
Ober, Rathenow	222	-16	Spree, Spremberg <sup>3)</sup>	88	0				
Kroffen	167	0	Besoth	182	-3				
Frankfurt	180	0	Weser, Minden	242	+22				
Wartde, Schwinn	118	-4	Weser, Minden	315	+28				
Randberg	138	0	Rhein, Mayenlandau	540	-10				
Rege, Forstmann	50	-18	Rhein, Land	457	+7				
Eibe, Lemmerig	114	+3	Rhein, Land	592	+45				
Dresden	-1	+3	Redar, Heilbronn	193	+20				
Darbs	275	+26	Rain, Wertheim	321	+19				
Magdeburg	220	+23	Weser, Trier	640	+28				

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, — Fall. — <sup>2)</sup> Unterpegel. — <sup>3)</sup> Ullung.

# Theater und Vergnügungen

**Dienstag, den 1. März**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus, Tanzhäuser, Königl. Schauspielhaus, Der Familienstag.**  
**Neues königl. Oper-Theater.** Geschlossen.

**Deutsches, Jüdisch, Kammertheater.** Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

**Berliner, Taifun.** Lesing. Das Konzert.  
**Neues Schauspielhaus.** Der Herr Beisebiger.  
**Neues.** Der Völkch von Gaud. (Anf. 8 Uhr.)

**Welten.** Die geschiedene Frau. Komische Oper. Jiguneliede.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.  
**Trianon.** Theodor u. Sie. Reines. Der große Kampf.  
**Reinens.** Im Taubenschlag.  
**Thalia.** Die Dollarprinzessin.  
**Schiller.** (Wollner-Theater.)  
Ballenstedt Lager. Piccolomini.  
**Schiller.** Charlottenburg. Mit Hobbs.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Der selige Toupinel.  
**Waldoper.** Der Troubadour. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

**Saiten.** Was Gott zusammenfügt. Hofe. Wandender Boden.  
**Yuffspielhaus.** Der dunkle Punkt.  
**Metropol.** Hallo!!! — Die große Revue.

**Folies Caprice.** Herr Wasserkröpf. Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Casino.** Berlin bei Nacht.  
**Gebr. Herrnsfeld.** So muß man's machen. Eine Uebergangs-Oper.  
**Gebbel.** Radfahrer. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Blasor.** Die Anna-Lise.  
**Stadtheater Moabit.** Geschlossen.  
**Parodie.** Lobengrin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Wpoko.** Der Liebeswalzer. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steitiner Sänger.  
**Palast.** Spezialitäten.  
**Variete.** Spezialitäten.  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Volksoper.** Spezialitäten.  
**Bogenbogen.** Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

**Urania.** Taubenschlag 48/49.  
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Fahn: Die Anfänge der Wirtschaft der Menschen.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57—62.  
8 Uhr: Taifun. 8 Uhr: Das Konzert.  
Donnerstag, 8 Uhr: Tantris der Barr.

**Berliner Theater.**  
Heute: **Taifun.** 8 Uhr.  
Morgen: Gobe Voltivil.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Philosoph von Sanssouci.**  
Morgen und folgende Tage:  
Der Philosoph von Sanssouci.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heide Bauer.

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

**Volksoper.**  
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour.**

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Taubenschlag.**  
Schwank in 3 Akten von Quenquin und Weber.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieliebe Vorstellung.  
Sonntag, 6. März, nachm. 8 Uhr:  
Schlafwagenkourier.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Was Gott zusammenfügt.**  
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Ritterfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courtis-Mahler.  
Morgen und folgende Tage:  
**Was Gott zusammenfügt.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wollner-Theat.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini von Friedrich Schiller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. Fahn: Die Anfänge der Wirtschaft der Menschen.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, den 1. März, Anf. 8 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Der selige Toupinel.**  
Mittwoch: Der selige Toupinel.  
Donnerstag: Die Jungfrau von Orleans.

**Apollo Theater**  
8 Uhr. Debut 8 Uhr.  
der neuen Spezialitäten.  
8 1/2. Vorletzte Aufführung: 8 1/2.  
„Der Liebeswalzer“  
mit  
**Konrad Dreher a. G.**  
und der Premieren-Befehung.  
Donnerstag, 3. März: Premiere:  
„Der Zechproller.“

**WINTERGARTEN**  
Heute:  
**Premiere!**  
**Marie Lafargue.**  
**Rosario Guerrero.**  
**Odette Valery**  
und die anderen  
**Star-Attraktionen!**

**Herrnsfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. U. 4. 5083.  
Zum 21. Male:  
**Eine Uebergangs-Ehe.**  
Zum 120. Male:  
**So muß man's machen**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.  
Sonntag nachmittag 4 Uhr:  
**Meine-Deine Tochter.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 3. März:  
Zum ersten Male:  
**Das verlorene Paradies.**  
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Gulda.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Schenswürdigkeit Berlins.  
Heute Mittwoch: Elite-Tag!  
Gratifikationsleistung von 100 Wertgegenständen.  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
Größter Bock-Jahel und Trubel „Auf der Alm“.  
Der berühmteste Festwitz

**Schorsch Ehrengrubner**  
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.  
Vollstündliche haben volle Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

**Arnold Scholz Neue Welt** Hasenheide 108/114  
Heute Dienstag, den 1. März: Elitetag.  
**Bockbierfest in den bayerischen Alpen.**  
Prämierung der ähnlichsten Zwillinge (Herren)  
nicht unter 16 Jahren. Legitimation ist mitzubringen.  
Preise 50, 30, 20 Mark.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Mit Hobbs.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg.  
Deutsch von Hermann Blocher.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Egmont.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Heineidbauer.**

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Heute Premiere.  
**Sisters Ridley**  
**Georg Kaiser**  
**Cornelia Fabian**  
Das große Programm!

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
geleitet vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Folies Caprice**  
**Der Luftturner.**  
Neuer buntes Toll.  
**Herr Wasserkröpf.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstraße 72.  
Täglich: **Franz Sobanski.**  
Ren: Ole Marion; neu: Adha  
und Othfried Reif. Ren: Ellen  
Gitta. Ren: Les Alexandros.  
Prolongiert: Sifor Ritter. Das  
sensationsreichste Schauspiel. Kad-  
rennen auf der Bühne. Im  
dunklen Korridor. Schw. i. i. R.

**Casino-Theater**  
Lützowinger Straße 57. Anfang 8 Uhr.  
**Berlin**  
bei  
**Nacht.**  
Vollst. in 3 Akten v. G. Schöller-Vorankini.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Reichshallen-Theater.**  
**SteitinerSänger**  
Der Nachtwächter  
von Berpenschense.  
v. F. Meyssal  
Anfang:  
Sonnt.  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**  
**STIFTUNGS-FEST**  
am Sonnabend, den 5. März 1910, abends 8 Uhr, im **Palast-Theater,**  
Burgstraße (Ecke Wolfgangstraße).  
**Konzert \* Spezialitäten \* Theater**  
Massengesänge, ausgeführt von Gesangsvereinen des „Arbeiter-Sänger-Bundes“.  
Festrede x Tanz. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Einkart. 25 Pf. Programme gratis 225/11\* Das Komitee.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“,  
Hasenheide 108—114:  
**Kostümfest.**  
„Ein Gebirgsfest in den Tyroler Alpen“.  
Eröffnung 8 Uhr.  
Die Festteilnehmer werden ersucht, in Alpenkostüm oder Sommer-  
toilette zu erscheinen.  
NB. Billetts sind zu haben im Bureau Engelauer 14 part., Zimmer 2; im  
Restaurant Zehrendt, Hasenheide 9, schrägüber der „Neuen Welt“; bei M. London,  
Rixdorf, „Ideal-Kasino“ und im Zigarrogeschäft des Kollegen Schwemke,  
Schöneleinstraße 34, Ecke Kothuser Damm.

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24, am Bahnhof Böse.  
**Internationales**  
**Ringkampf-Championat**  
um die Weltmeisterschaft.  
Verteidiger: Herr Prof. H. Hundrigger.  
Preis: 10 000 W. in bar.  
Dienstag, den 1. März, ringen:  
Weltmeister Jeth Pedersen gegen  
Kanda - Böhm, Venzig - Ober-  
schlesien gegen G. Berbet-Barr, Paul  
Jahn-Bremen gegen Carcanague-  
Loulou, Raffetti-Bialen gegen  
Wiesch-Weidag.  
Beginn der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.  
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten.  
Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 Pf.

**Buggenhagen**  
am Moritzplatz  
8 1/2 Uhr.  
Heute 9 1/2 Uhr ringen:  
**Entscheidungs-Kampf:**  
Mittman gegen Sancerer.  
**Entscheidungs-Kampf:**  
Hein gegen Sturm.  
Beide Kämpfe werden bis zur  
endgültigen Entscheidung durch-  
geführt.  
Im unteren Saale: Grobes  
**Bockbier-Kellerfest**  
mit **Doppel-Konzert.**  
Beginn 6 Uhr.

**Walhalla**  
**Variete-Theater**  
Wolbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Die neuen Spezialitäten.  
**Watt — das lebende**  
**Elektrizitätswerk**  
und das übrige ansante Varietè-  
Programm.  
Im Konzert-Tunnel:  
**Die übergrößte Kanone.**  
Nicodemus Rotenlof.  
**Der Exzentric** Kapellmeister  
v. I. Bomben- und Granaten-  
Orchester.  
Theaterbesuchern freier Eintritt!

**Tonbild-Theater**  
**Reform**  
Das schönste  
Programm  
Berlins,  
sendend vom 22.—26. d. d. war.  
u. a.: Am Hofe einer Egypt.  
Messalin. Ruffinim I. Kang.  
3. Akt 30 Pf.  
Kind. 10 Pf. ohne Nachzahlung.  
Dauerverkauf v. 4—11 Uhr.

**Zirkus Schumann**  
Dienstag, den 1. März 1910.  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend.**  
Zum 1. Male: Zum 1. Male:  
**11 Personen**  
**? Les Ri-Tchaves ?**  
Zum 1. Male: Die Amerikaner  
**!!! Aerial Shaws!!!**  
**Mons. Romanoff**  
der phänomenale Kopf.  
**Bagongh,**  
der kleinste förmliche Reiter d. Welt.  
Der Romantiker  
**Gustav Stensbeck** als Gast  
auf „Eisenberg“  
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:  
**Die drei Rivalen.**  
Große Fecle in fünf Akten aus  
der Jugendzeit.

**CIRCUS**  
**SARRASANI**  
Alter Botan. Garten  
Eingang Grunewaldstr.  
Dienstag, den 1. März 1910,  
abends 8 Uhr:  
**Sensationelle Vorstellung**  
mit einem rein zirkensischen  
Programm.  
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der  
**Ringkampf-Konkurrenz**  
unter dem Protektorat des  
Herrn Prof. Reinhold Begas.  
Es ringen:  
Zorn gegen Andros  
Jack Lewis gegen Damnhof  
Fracht gegen Nitschke  
Michaelis gegen Macdonald.  
**Entscheidungskampf:**  
Strongo gegen Vasiosou.

**W. Noacks Theater**  
Grunewaldstr. 16, am Rosenthaler Tor  
Zum letzten Male:  
**Die Anna-Lise.**  
Offizielles Lustspiel in fünf Akten.  
Mittwoch: Die Tochter des  
Brandstifters.  
Donnerstag: Heber's Grad An-  
and.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präg. 8 U.  
17/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Heute neues Programm.  
Liliputaner-Truppe prolongiert.

**Zirkus Busch.**  
Heute Dienstag, den 1. März,  
abends 7 1/2 Uhr präz.:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
**Debut! Debut! Debut!**  
Die berühmte  
**Lockford-Gruppe!**  
Thea. Filis, James Loon Filis jun.,  
Heinrich Filis in ihren Produk-  
tionen der hohen Schule.  
Hr. E. Schumann, Neudressuren  
Reiterfamilie Prosopri.  
Zwergolohn François, Kunstr.  
Die russ. Sensationsgastrolome  
**Marja!**  
Vorher das große Galaprogramm.

**Volgt-Theater**  
Gastspiel in Pahlmanns  
Theater, Schönhauser Allee 143.  
Dienstag, den 1. März 1910:  
**Lucinde vom Theater.**  
Vauberville in 6 Bildern von Vogl.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

**ORPHEUM**  
50 BERLINERSTR. 2  
an der Janowitzerbrücke.  
Deutschlands größte und  
vornehmste Liebhabühne  
650 Sitzplätze  
Frankfurter Ausstellung  
Beginn:  
**Wochentags 4 Uhr.**  
**Sonntags 2 „**

**Sanssouci,** Kothuser  
Str. 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Sänger**  
und Tanztruppe.  
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.  
Stets neues, hochart.  
Soiree-programm!  
Morgen Mittw. 4:  
**Theaterabend.**  
Fensig f. Georg u. Wilhelmine Firmans.  
Zum erstenmal: Die Liebes-  
jährlinge. Schausp. v. Max Dreyer.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstraße 214-219.  
Heute heute jeden Dienstag:  
**Paul & Springers**  
Cabaret und Possengesellschaft.  
Anf. 8 1/2 Uhr, nachdem Tanz.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

# Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins.

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Generalversammlungen der Kreiswahlvereine

### I. Kreis.

**Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.**

1. Vorstandsbericht. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

### II. Kreis.

**Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.**

1. Anträge zur Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Wahl der Delegierten zu derselben. 3. Vortrag des Genossen **Wissell**: „Aus der Praxis eines Arbeitersekretärs“. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

### III. Kreis.

**Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.**

1. Anträge zur Verbands-Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten zu derselben. 3. Die Sozialfrage zum 1. Mai. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

### IV. Kreis.

**Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.**

1. Bericht des Vorstandes. 2. Anträge zur Verbands-Generalversammlung und Bestätigung der Delegierten. 3. Verschiedenes.

### V. Kreis.

**Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.**

1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Die Verbands-Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

### VI. Kreis.

**Prachtsäle Nord-West, Wicelstraße 24.**

1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 3. Beschlußfassung über Einführung des Delegierten Systems zu den Generalversammlungen des Kreises. 4. Erledigung sonstiger Anträge.

**Zu den Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.**

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

### Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft

Geschäftsstelle: Leipzig, Talstr. 10 (Verlag Theodor Thomas).  
Am 1. März abends 8 1/2 Uhr findet im großen Saale der Musikerveranstaltung (Keller-Wildem-Str. 18 m) unter  
**erster öffentlicher Lichtbilder-Vortrag**  
statt über das Thema:

**Aus dem Liebesleben der Tiere.**

Vortragender: Dozent **H. H. Baese**.  
Eintrittspreis 30 Pf. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.  
Eintrittskarten sind nur am Saaleingang zu haben.

### Steinarbeiter!

**Sektion I. (San- u. Grabsteinbranche)**  
Freitag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Arminiallen, Kommandantenstr. 58:  
**Sektion II. (Marmorbranche)**  
Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Verbandslokal, Seydelstr. 30:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
**Stellungnahme zur Tarifffrage.**  
Kollegen! Agitiert für guten Besuch!  
Kein organisierter Kollege darf fehlen!  
In diesen Versammlungen sind auch die Abwesenheiten anzugeben, damit die Zustellung des „Steinarbeiter“ keine Unterbrechung erfährt.  
Die Ortsverwaltung.

### Ortskrankenkasse der Photographen

in Berlin.  
Die Unterzeichneten stellen den Arbeitgebern und Mitgliedern der Kasse mit, daß in den §§ 31, 42, 66 des Statuts Änderungen durch die Generalversammlung vom 9. November 1909 (genehmigt vom Bezirksausschuß am 1. Februar 1910) vorgenommen worden sind und am 7. März 1910 in Kraft treten.

Die Kassenbeiträge haben nunmehr folgende Höhe:  
in der ersten Klasse: 90 Pf. pro Woche  
... amalen . . . 60 . . .  
... brühen . . . 54 . . .  
... werten . . . 36 . . .  
... fällen . . . 30 . . .

Den ersten Nachtrag zum Statut, welcher sämtliche Änderungen enthält, erhalten die Arbeitgeber und Mitglieder im Monat März zugestellt.  
Berlin, den 28. Februar 1910.

Der Vorstand.  
**C. Siele**, Vorsitzender.  
**Franz Stemmler**, Schriftführer.

### Möbel Sechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor.  
Laden und 1. Etage.

### Wohnungs-Einrichtungen

in kolossaler Auswahl auf Kredit und gegen Bar

Bei Anzahlung von Mk. 15,- bis Mk. 20,-  
1 Kleiderschrank  
1 Bettstelle  
1 Matratze  
2 Stühle  
1 Tisch  
1 Spiegelschrank  
1 Kucheneinrichtung  
pro Woche Mk. 1,- bis Mk. 2,-

Bei Anzahlung von Mk. 30,- bis Mk. 40,-  
1 Kleiderschrank  
1 Vertiko  
2 Bettstellen, 4 Stühle  
1 Sofatisch  
1 Spiegel  
1 Spiegelschrank, 1 Sofa  
1 farbige Küche  
pro Woche Mk. 2,- bis Mk. 3,-

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5,- Anzahlung an.  
Ferner: Herren-, Speise-, Zimmer, Salon etc.  
Liefere auch nach auswärtig! Auf Wunsch Katalog!  
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf Mk. 5,- gutgeschrieben. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Rowardt Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

### Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

### Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 2. März 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Kassenbericht des Sektionsvorstandes.  
2. Neuwahl des Sektionsvorsitzenden, der Revisoren und des Arbeitsvermittlers sowie der Mitglieder der Schlichtungskommissionen.  
3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Sektionsvorstand.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband

Sektion Berlin I.  
Bureau: Engelufer 14/15 II, Zimmer 33. Fernsprecher: Amt 4, 2392 u. 4747.  
Arbeitsnachweis: Alte Leipziger Straße 1. — Fernsprecher: Amt I, 2632.

### Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner, Portiers, Fahrstuhlführer, Jugendliche, Chauffeure usw. ans den Kauf- und Warenhäusern Berlins.

Donnerstag, den 3. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:

### Öffentliche Versammlung

in den „Arminiallen“, Kommandantenstr. 58-59, großer Saal:  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die erfolgreichen Verhandlungen bei der Firma Jandorf u. Co. und unsere Organisation in den Warenhäusern. 2. Diskussion.  
In Anbetracht des interessanten Vortrages, sowie der überaus wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Berufscollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Kollegen! Agitiert für zahlreichen Besuch! Erscheint in Massen!  
Der Sektionsleiter. Fritz Wappler.

### Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Beckstr. N. 54, Brunnenstr. 189, Restaurant Wille. Amt III, 4826.

### Achtung!

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Comités unseren  
**kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**  
Geschäftsgeld täglich von 10 1/2-1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal recht und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

### Hygienische

Bedarfsartikel, Neues Katalog  
Dr. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW - Friedrichstraße 91/9

### Automors desinfiziert

in den vorgeschriebenen Lösungen ohne giftige Wirkung, nicht überliechend, stärker als Karbol.

### Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten,  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Wochentags 10-2, 5-7.

### Bäckereigenossenschaft Volkshrot

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Sonntag, den 13. März 1910, nachmittags 9 1/2 Uhr, im Saale des Genossenschaftswirtschaftshauses, Nord-Weer Nr. 10:

### Neunte ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht für 1909/10.  
2. Beschlußfassung über Gewinn- und Verlustrechnung 1909/10 u. Entlastung.  
3. Ergänzung des Aufsichtsrates.  
4. Festsetzung des Gesamtbeitrages, den die Mitglieder der Genossenschaft nicht überschreiten sollen.  
5. Ausschließung eines Genossen.  
Die Gewinn- und Verlustrechnung liegt in unserer Geschäftsstelle (Schmiedestraße 10) aus.  
Bäckereigenossenschaft Volkshrot eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Der Vorstand. 9335  
Fielitz, Kollaha, Kosmehl, Mülzner.

### Husten

Reiferkeit, Katarrh, Krampfkrühen befehlen die ärztlich erprobten  
**Kaiser's Karamellen**  
5500 not. begl. Zeugn. dem den h. Erfolg. Paket 30 Pf.  
Dafür aus anderen Rücksichten als angeblich „besser“ u. angebotenes mehr energisch zurück zu erhalten in Apotheken und Drogerien. 114/6\*  
Engros-Lager: **Rich. Thiele**  
Berlin S. 61, Bärgelstr. 8.  
Telephon Amt IV Nr. 19.

### Leihhaus

seit 27 Jahren Gelegenheitsläufe, verfallene Brillanten, Gold- und Silberwaren.  
Prinzenstr. 28, I. Moritzplatz, G. Drankstr. 61, I. Gasse d. Rat.-Banz.

### Imposante Auswahl Möbelstoffe

(allerletzte Neuheiten)  
Mocquett, Woll, Plüsch  
abgepaßt und meterweise.  
Muster-Kollektion  
bei näherer Angabe franko!

### Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.

Kreis-Generalversammlung des Wahlvereins Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr, hielt der Wahlverein Teltow-Beeskow seine Kreis-Generalversammlung im Volkshaus zu Charlottenburg ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Der internationale Kongress in Kopenhagen und Wahl der Delegierten. 3. Anträge.

Den Vorstandsbericht erstattete der Sekretär Gen. Wollermann, den Massenbericht der Kassierer Gen. Pagels. Die

Berichte

lagen den Delegierten gedruckt vor. Wir heben aus denselben das Folgende hervor: Am Schlusse des Jahres 1908 gehörten dem Zentral-Wahlverein 44 örtliche Vereine an, neugegründet hat sich der Wahlverein Lichtenrade. Die Zahl der einzelnen Wahlvereine ist somit auf 45 gestiegen, die Mitgliederzahl des Zentralwahlvereins von 22 192 auf 23 757, hat also um 1565 zugenommen. Entsprechend der Steigerung der Mitgliederzahl war auch der Umsatz an verlaufenen Beitragsmarken. Im Jahre 1908 wurden verkauft: 184 731 Beitragsmarken für Männer, 5732 für Frauen, insgesamt 212 607 Beitragsmarken. Es sind also 22 244 Beitragsmarken mehr verkauft als im vorhergehenden Jahre. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 21 061, der weiblichen Mitglieder 2666. Neuaufgenommen wurden 6565 Mitglieder, aus der Mitgliederliste gestrichen wurden 5000 Mitglieder. Das Verhältnis der Mitgliederzahl zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen weist in den einzelnen Orten ziemlich große Unterschiede auf. Im Durchschnitt sind 20,2 Proz. der Reichstagswähler organisiert. In 20 Orten ist dieser Durchschnittsatz des Kreises erreicht. In 21 Orten sind mehr als 25 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisiert. Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ hat sich im Berichtsjahr um 1119 vermehrt, der Gesamtbestand beträgt 28 200. Daneben wird noch die „Brandenburger Zeitung“ und „Märkische Volksstimme“ in einer Reihe von Orten gelesen. Im Berichtsjahre fanden 3 Agitationstouren statt. Verbreitet wurden Flugblätter, Kalender usw. in einer Auflage von rund 1 130 000 Exemplaren. Besonders war in den einzelnen Orten das Bestreben vorhanden, das Verhältnis zwischen der Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten auszugleichen, und zwar in der Weise, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch für den Wahlverein gewonnen werden. Es wurde von vielen Orten darüber Klage geführt, daß die Gewerkschaften es in dieser Beziehung an freudiger Mitarbeit fehlen lassen.

Insgesamt wurden im Kreise abgehalten 465 Mitglieder- und 144 öffentliche Versammlungen, darunter 10 in Orten, wo Wahlvereine nicht bestehen. Eigene Bibliotheken haben jetzt 39 Wahlvereine des Kreises mit 9677 Bänden. — Gemeindevorstände fanden nur im geringen Umfange statt. An 18 Orten beteiligten sich die Genossen daran. Von den 44 Mandaten, die in der dritten Abteilung zu besetzen waren, eroberten wir 84, davon sind 12 neu gewonnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter beträgt in 7 Städten 74 Stadtvorstände, und in 30 Randgemeinden 70 Gemeindevorsteher; insgesamt also 149 Vertreter. Lebhafte Klage über die Wahlzeit geführt, die in vielen Fällen auf Tagesstunden festgesetzt wird, wo den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts nur mit großen Opfern möglich ist. — Die Lokalfrage gestaltet sich in manchen, auch in größeren Orten, oft noch schwierig. In nur 70 Orten des Wahlkreises stehen Versammlungsräume zur Verfügung. Der Terrorismus der Gegner und die Schikanierung der Behörden den Wirten gegenüber versuchen die Lösung der Lokalfrage zu erschweren. Die Behörden glauben überhaupt vielfach im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Führung übernehmen zu müssen. Mit Strafmandaten und sonstigen behördlichen Anordnungen werden die Genossen oftmals in ganz leichtfertiger Weise bedacht. In den meisten Fällen erfolgt auch seitens der Gerichte Freisprechung und werden die Kosten der Staatskasse auferlegt. An 10 Orten bestehen Bildungsausschüsse, an welchen 14 Wahlvereine beteiligt sind. In sieben Orten sind besondere Bildungskurse abgehalten worden. Jugendausschüsse bestehen in 13 Orten. Ein eigenes Jugendheim haben Adlershof und Nizdorf. Die „Arbeiterjugend“ wird in 24 Orten gelesen. Zur Erledigung der Geschäfte des Zentralvorstandes wurden 83 Vorstandssitzungen abgehalten. — Die Einnahmen der Kasse betragen 74 845 M., die Ausgaben 63 118,53 M., so daß ein Bestand von 11 726 M. zu verzeichnen ist; Genosse Pagels hebt angesichts der bevorstehenden Kämpfe die Notwendigkeit hervor, die Kasse zu stärken, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Den Bericht der Prekommission gab Genosse Heinrichs; Fischer-Schöneberg den Bericht der Agitationskommission. Der Obmann der Lokalkommission, Genosse Röhr, berichtet über eine Reihe Eingefälle von Lokalstreitigkeiten mit Wirten und Behörden und empfiehlt strengste Beachtung der Lokalliste.

Diskussion

wurde auf sämtliche Berichte ausgedehnt. Zubeil begrüßt die in der Provinz geschaffene Einrichtung der Rechtsauskunftsstellen, die sich dort ausgezeichnet bewährt haben. Es dürfte sich auch bald für unseren Kreis die zwingende Notwendigkeit geltend machen, ähnliche Einrichtungen zu schaffen, besonders für den Kreis Beeskow und das übrige Hinterland. Auch die Neuorganisation der juristischen Sprechstunde des „Vorwärts“ sei eine erfreuliche Neuerung. Die Dauerzeit von 4 1/2 bis gegen 8 Uhr dürfte wohl nur als Uebergangsstadium in Betracht kommen. Sehr bald werde sich auch hier die Notwendigkeit herausstellen, diese Zeit zu verlängern. Zur Lokalfrage übergend bemerkt der Redner, daß es im Interesse der Agitation des Kreises unbedingt erforderlich sei, alle gesperrten Lokale streng zu meiden und nur freie Lokale zu benutzen. Trotz der Schwierigkeiten, die die Behörden machen, muß in den Orten, wo uns Versammlungsorte nicht zur Verfügung stehen, der Versuch unternommen werden, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Wie schonlands die Behörden manchmal vorgehen, zeigt der Redner an einem Beispiel aus Beeskow. Dort ist eine Versammlung nicht erlaubt worden, weil das Grundstück zu nahe an der Bahn lag und dadurch der Eisenbahntransport gefährdet sei. Im Interesse der Entwicklung der Jugendbewegung müssen die Frauen in höherem Maße für die politische Organisation gewonnen werden. Die Eltern müssen auch veranlaßt werden, der Jugend die in Betracht kommende Literatur in die Hand zu geben.

Liegner-Adlershof weist auf die Notwendigkeit eines zweckentsprechenden Ausbaues der Landagitation hin. Hensel-Baumshulstweg befragt die späte Zustellung der gedruckten Jahresberichte und erhebt darüber Beschwerde, daß Flugblätter den Orten oft so spät zugestellt werden, daß der Wert der Verteilung dadurch oft in Frage gestellt wird. Wie der Bericht, bedauert auch er, daß die Gewerkschaften an der Unterstützung der politischen Organisation zur Gewinnung neuer Mitglieder fehlen lassen. Er hoffe und wünsche, daß sich hierin bald eine Wandlung vollziehen möge, um das Wort des Genossen Bammelburg zur Tat werden zu lassen: Partei und Gewerkschaften sind eins. Wölke wünscht, daß Genosse Hensel die heute gemachten Ausführungen in der in Betracht kommenden Sitzung der Gewerkschaftskommission zum Ausdruck gebracht hätte, leider hätte er und auch seine Kollegen dort geschwiegen, als Cohen gegen den Vorschlag kämpfte: in den Gewerkschaften den Zweck und Augen der politischen Organisation zu besprechen. Eine geeignete Form hätte sich bei einigen guten Willen eher finden lassen. Im übrigen fällt

in Berlin das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein recht erfreuliches.

Zubeil hält es ebenfalls für notwendig, den Gedanken des Sozialismus in höherem Maße bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum Ausdruck zu bringen, genau wie die Partei mit regem Eifer tatkräftig und unablässig für die Gewerkschaft Propaganda macht, so sollte es auch umgekehrt sein. Hier scheint es jedoch oft genug an dem guten Willen zu fehlen. Unter allgemeiner Zustimmung ersucht Redner die Prekommission, ein aufmerksames Auge auf die Redaktion haben zu wollen, damit die Zeitung früher fertiggestellt wird. Die Saumseligkeit der Redaktion hat schon manche unangenehme Folge für die Expedition gezeitigt. (Genosse Zubeil muß falsch berichtet sein. Von einer Saumseligkeit der Redaktion, durch welche die Expedition zu leiden hätte, kann gar keine Rede sein. Red. d. V.)

Wollermann bemerkt in seinem Schlußwort Hensel gegenüber, daß auch der Vorstand eine frühere Herausgabe des Jahresberichts wünschte, dies durchzuführen sei jedoch nur möglich, wenn die Orte ihre Berichte früher an den Vorstand gelangen lassen. Ein Antrag der Genossen aus Mariendorf, für die beiden Landkreise Groß-Berlins gesonderte Plakate bei Demonstrationsversammlungen anfertigen zu lassen, wird dem Zentralvorstand überwiesen; desgleichen ein Antrag des Genossen Will-Charlottenburg, an die Nichtwähler Flugblätter nach jeder Wahl gelangen zu lassen. Der Antrag, die Abschaffung der Tätigkeitsmarken bezweckend, wird angenommen. Der von Schmidt-Johannishof gestellte Antrag: Inserate der Jugendausschüsse sind gratis im „Vorwärts“ aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Die Neuwahlen des Vorstandes wurden bis zum Ablauf des Geschäftsjahres — Juli — vertagt, bis dahin bleibe der jetzige Vorstand im Amte.

Kongress in Kopenhagen

wurden die Genossen Zubeil und Wollermann delegiert. Einem Antrage des Zentralvorstandes gemäß wurde beschlossen, den § 9 des Kreisstatuts folgende Fassung zu geben:

Ueber den Ausschuß eines Mitgliedes gemäß § 13 des Kreisstatuts entscheiden die örtlichen Wahlvereine. Der Antrag auf Ausschuß eines Mitgliedes bedarf der Zustimmung des Zentralvorstandes. Beht der Zentralvorstand die Zustimmung ab, so steht dem betreffenden Verein die Berufung an die nächste Generalversammlung des Kreises zu, deren Beschluß dann bindend ist.

Entsprechend einem Antrage Nizdorf wurde beschlossen, in § 4 des Kreisstatuts Absatz 2 zu sagen: „... örtliche Generalversammlungen finden an Stelle vierteljährlich — mindestens halbjährlich — statt“.

In seinem Schlußwort weist der Vorsitzende Genosse Hirsch auf die kommenden Kämpfe der Partei hin und fordert die Genossen zum Werben neuer Kämpfer und reger Mitarbeit auf. Mit einem Dank auf die Sozialdemokratie, in das die Delegierten freudig einstimmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute, Dienstag, den 1. März, 8 1/2 Uhr abends, finden in den sechs Berliner Kreisen die Generalversammlungen der Wahlvereine statt. Die Tagesordnungen sind in der Annonce enthalten. — Ueberall legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Im März erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezgl. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 6. März, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Dartsch, NW. 20, Lessingstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 58, Bergmannstraße 95, II.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 99.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 34, Strahmannstraße 20.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Querweg IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Heckerländer Straße 17, II.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kott, Nizdorf, Selzower Straße 15-16, IV.
Für Potsdam-Ostbavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitig Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitgliede, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. — Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 6. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Heckerländer Straße 17, II.

Charlottenburg. Es wird auf die heute abend im „Volkshaus“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht und gebeten, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen zu wollen. Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine wird über „Soziales Strafrecht“ sprechen. Der Vorstand.

Steglitz. Am Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, findet bei Schellhase, Ahornstraße, eine wichtige Sitzung statt, die sich mit der bevorstehenden Gemeindevahl zu beschäftigen hat. Alle Parteigenossen, die am Tage der Wahl tätig eingreifen wollen, sind ein-

geladen. Arbeitslose Parteigenossen werden speziell ersucht, sich beim Wahlaustritt zu melden.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Lokal der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/8. Tagesordnung: Einführung eines Extrabeitrages.

Strolach. Am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt.

Britz-Buckow. Heute abend 7 1/2 Uhr findet bei Bütz die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Auslieferung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Am heutigen Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Genossen Kienast, Grünauer Straße 8 eine Versammlung statt. Der Vorstand.

Potsdam. Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Brückmühl, Kaiser-Wilhelmstraße. Tagesordnung: Vereinsfachen, März- und Maifeier. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Die neue Wertzuwachssteuer. Der Berliner Stadtverordnetenaußschuß, dem die Vorberatung der neuen Wertzuwachssteuer oblag, hat heute in umfangreichen Protokollen Bericht über seine Verhandlungen. Der Ausschuß hat die Magistratsvorlage in vielen Punkten ergänzt. So soll die Steuer jetzt betragen: von einem Wertzuwachs bis zu 2000 M. 1 Proz., von 2000 bis zu 4000 M. 2 Proz., von 4000 bis zu 6000 M. 3 Proz., von 6000 bis zu 10 000 M. 4 Proz., von 10 000 bis zu 20 000 M. 5 Proz., von 20 000 bis zu 40 000 M. 6 Proz., von 40 000 bis zu 100 000 M. 7 1/2 Proz., über 100 000 M. 9 Proz. In dem nach diesen Sätzen berechneten Betrage werden so viel Prozente des Betrages als Zuschlag erhoben, wie der Wertzuwachs Prozente des Anschaffungswertes beträgt. Hierbei wird nur nach ganzen Prozenten gerechnet. Außerdem wurden Zuschläge in Höhe von einem Viertel bei einer Wertdauer von zehn bis fünf Jahren, von weniger als fünf Jahren in Höhe der Hälfte und von weniger als drei Jahren in voller Höhe der Steuer erhoben. Unternehmer, die Kaufstellen angekauft und darauf Häuser errichtet haben, zahlen bei einer Wertdauer unter drei Jahren nur die Hälfte des Zuschlages, wenn der Zuwachs unter 15 000 M. zurückbleibt. Bei Kaufgeschäften wird die Steuer für jedes Grundstück besonders erhoben. Auch beim Uebergang an Gesellschaften, wenn eine Auflassung nicht erfolgt, wird die Steuer erhoben. Steuerpflichtig ist der Veräußerer, im Falle der Zwangsversteigerung der bisherige Eigentümer. — Befreit sind: der König, die Königin und die königlichen Witwen; der Kaiser des Deutschen Reiches und des preussischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, die für diese verwaltet werden. Die Zuwachssteuer wird nicht erhoben bei Geschäften und Enteignungen des Fiskus. Sie soll mit dem Tage in Kraft treten, der auf die Veröffentlichung der Steuer im Gemeindeblatt folgt.

Wie man sieht, ist die neue Wertzuwachssteuerordnung so milde und im Vergleich zu der Magistratsvorlage vor drei Jahren so verwasferte, daß sie niemandem ernstlich wehe tut.

Ueber zweifelhafte Budeleien werden in den Grundbesitzer- und Bezirksvereinen lebhaft Klagen geführt. Sobald irgend eine Erdbarbeit vollendet und das Pflaster wieder verlegt ist, kommt eine andere Verwaltung und reißt alles wieder von neuem auf. Der Stadtverwaltung ist jetzt in einer Eingabe davon Kenntnis gegeben worden mit der Bitte dafür zu sorgen, daß die betreffenden Verwaltungen miteinander Hand in Hand arbeiten. Das Erfordere der Verkehr und nicht zuletzt auch die Kostenfrage.

Wir möchten hierzu bemerken, daß eine Bestimmung besteht, nach der bei Inangriffnahme von Erdbarbeiten die verschiedenen Verwaltungen sich verständigen sollen, das soll auch mit der Postbehörde und mit den elektrischen Werken, die Kabel legen, geschehen. Nur scheint nicht danach verfahren zu werden.

Magistratsoffizielle Darstellung der Zustände im städtischen Obdach. Der Bericht des Magistrats über die Verhältnisse im städtischen Obdach enthält u. a. folgenden Satz:

„Auch die Behauptung des Artikels („Zeit am Montag“), daß in den Sälen der Jugendlichen Doppelpritschen vorhanden seien, die zu einer unästhetischen Annäherung herausfordern, ist falsch.“

Demgegenüber sei doch hier ausdrücklich anzumerken, daß dieser Satz zur Irreführung der öffentlichen Meinung direkt konstruiert ist. Unter Doppelpritschen sind nicht etwa Pritschen zu verstehen, von denen jede einzelne für zwei Personen bestimmt ist, sondern zwei einzelne Pritschen, die dicht aneinandergeschoben sind und erst nach je zwei solcher Pritschen ein schmaler Zwischenraum kommt, im Gegensatz zu dem Vereinslokal in der Wiesenstraße, wo jede einzelne Pritsche von der anderen durch einen Zwischenraum von einem halben Meter getrennt ist.

In den Sälen des Obdachs sind nun teilweise diese Doppelpritschen (also zwei Pritschen und dann erst ein Zwischenraum) vorhanden, nur in den Sälen der Jugendlichen nicht. Hier fällt auch dieser Zwischenraum nach je zwei Pritschen fort und rechts und links im Saal steht Pritsche dicht an Pritsche. Hieraus macht der offiziöse Bericht:

„Es ist falsch, daß Doppelpritschen vorhanden wären, die zu einer unästhetischen Annäherung herausfordern.“

Rein! Nicht die „Doppelpritschen“, sondern die 40 und mehr dicht aneinander stehenden Pritschen, die so schmal sind, daß die Körper sich bei der geringsten Bewegung berühren, fordern allesamt zu unästhetischer Annäherung heraus. Es ist also nicht schlimmer. Im übrigen sei erwähnt, daß im Mittelgang quer, d. h. der Länge nach, auch diese abgestrichenen „Doppelpritschen“ vorhanden sind.

Es ist ganz gewiß nicht zu bestreiten, daß an Orten, wo zahlreiche männliche Personen zusammen untergebracht werden, sich auch Väterkeiten befinden und daß da Unstlichkeiten sich nie ganz vermeiden lassen werden. Aber eine ihrer Aufgabe bewusste Verwaltung hat die Pflicht, nach Möglichkeit Vorregeln zu schaffen. Und das ist zurzeit im städtischen Obdach nicht geschehen, im Gegenteil wird durch eine wie oben charakterisierte Verichterstattung die Sachlage vollkommen entstellt und gefälscht.

Eine neuere Darstellung wendet sich gegen die Herrn Fischel offenbar recht unbedeutsame Verleumdungen, die in der Sitzung des Obdachratatoriums mit dem „schwarzen Peter“ aufgeführt wurde. Darin heißt es unter anderem: „Wenn behauptet wird, daß der Vorsitzende der Deputation absichtlich den „Peter“ vorher habe verkleiden lassen, um einen entsprechenden Eindruck auf die Deputationsmitglieder hervorzurufen, so widerspricht diese Behauptung den Tatsachen. Als „Peter“, gegen den bekanntlich auf Grund der Artikel des Montagblattes ein Verfahren wegen Väterkeit eingeleitet war, aus der Haft in das Obdach zurückkehrte, wurde ihm energisch aufgegeben, sich um Arbeit zu bemühen. Der Jugendpfleger des Obdachs stellte ihm seine Weisheit hierbei zur Verfügung und der Oberinspektor des Obdachs schenkte dem „Peter“ aus abgelegten Kleidungsstücken, welche von Wohlthätern der Verwaltung zur Verfügung gestellt waren, ein Jacket. Der Vorsitzende der Deputation hat den „Peter“ niemals in einer anderen Kleidung gesehen, als derjenigen, in welcher er vor der Deputation erschien.“

Damit wird in keiner Weise unsere Darstellung von der Szene im Obdachratatorium irgendwie beeinträchtigt.

Jenge gefaßt. Der Herr im Pelcerinmantel, welcher am 3. September 1909, nachmittags, Lydener Str. 21, das toteschwere Kind zuerst aufhob, wolle seine Adresse bei den Eltern Heilig, Schivelbeiner Str. 8, abgeben.

**Attentat eines Krankenwärters.** Eine überraschende Auffassung hat nach der „Morgenpost“ eine Reihe von Sittlichkeitsattentaten gefunden, die in letzter Zeit in der Nähe des Sanatoriums Virkenhagen in Lichtertrabe verübt worden waren. Dort wurden wiederholt Mädchen und Wärterinnen des Sanatoriums, die in später Abendstunde allein heimkehrten, von einem Manne überfallen. Auch am Freitagabend wurde ein solches Attentat an einer Pflegerin der Anstalt begangen. Die Angegriffene setzte sich jedoch energisch zur Wehr und erkannte während des heftigen Ringens, das sich zwischen ihnen abspielte, in dem gefährlichen Vurschen — den Stationswärters Folge des Sanatoriums. Auf ihre Anzüge wurde er vorgefesselt und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert.

**Ein schwerer Baumfall** hat sich am Sonnabendvormittag auf einem Neubau Eck der Grünhofer und Vornholmer Straße zugetragen. Der Währige Maurer Herrmann Siebert aus der Breitenstraße 231 in Verman arbeitete dort, auf einem Gerüst stehend, in der Höhe der dritten Etage. Als er einem Steinträger, der eine Last nach dem vierten Stockwerk bringen wollte, auswich, verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe, wo er blutüberströmt und beunruhigt liegen blieb. Der Verunglückte wurde von Arbeitskollegen nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo Verbandsarzt, schwere innere Verletzungen sowie eine blutende Kopfwunde festgestellt wurden. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der Schwerverletzte nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

**Der Stellvertreter fürs Gefängnis.** Eine böse Geschichte hat sich der 25-jährige Kutcher Max W. Köllner Straße 18 ereignet. Vor einiger Zeit war W. stellunglos und da alle seine Bemühungen, wieder Arbeit zu bekommen, fruchtlos blieben, mußte er schließlich Rot leiden. Da trat die Verlockung in Gestalt des 29-jährigen Bierfabrikanten Karl A. an ihn heran. A. hatte eine Gefängnisstrafe in Zegel zu verbüßen, wozu er aber keine große Lust zu haben schien. Er versprach dem W. 80 M., wenn er für ihn die Strafe abtun werde. In seiner Notlage ließ sich denn auch W. dazu überreden. Er stellte sich als Munge der Strafbühne zur Verfügung und sah die Strafe auch ab, ohne daß der Schwindel entdeckt wurde. Die Protokolle und anderen amtlichen Papiere unterschrieb W. mit dem Namen des Munge und machte sich dadurch schwerer Urkundenfälschungen schuldig. Als er dann wieder das Gefängnis verließ und von A. die lauer verdienten 80 M. abholen wollte, war dieser spurlos verschwunden. Er ließ niemals etwas von sich hören. Gestern erzählte nun W. einem Freund des A. die ganze Geschichte, und dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Sache der Behörde zu melden. Für die beiden Beteiligten wird die Vertretung im Gefängnis noch recht böse Folgen haben.

**Ein Straßendiebstahl** ereignete sich in der verflochtenen Nacht in der Müllerstraße. Vor dem Hause 100 verlor dort der angesehene Arbeiter Gerhard Gebauer aus der Justusstr. 60 in Reinickendorf das Weis der Straßendiebstahl zu überreichen, wurde jedoch von dem Straßendiebstahl der Linie 68 erfaßt und umgeholt. Gebauer erlitt eine Gehirnerschütterung und blutende Wunden an der Stirn und an der Nase. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Lindener Straße Notverbande und wurde dann nach der fgl. Klinik in der Flegelstraße übergeführt.

**Der bekannte Kautionschwindler Albert Rothe** aus der Grünhoferstraße 46 wurde am Sonnabendmorgen in einer Eckantwortschaft verhaftet. An der Tür seines Geschäftes und auf dem Hausflur zeigten Schilder die Aufschrift: Ein groß Lütenhandlung. Rothe hatte 10 Mädchen als Lütenleberinnen angenommen, sie aber nie bezahlt. Er demütigte die Mädchen, um seinen Kunden, die er durch Inserate anlockte, Sand in die Augen zu streuen. Vornehmlich suchte er, wie wir schon berichteten, Leute für seine Zweiggeschäfte und nahm ihnen Kautionen von 100 bis 500 M. ab. Natürlich war es ihm nur um das Geld zu tun. Denn Zweiggeschäfte bestanden überhaupt nicht und die Stellungen konnten auch nicht besetzt werden. Auch die Lütenleberinnen waren ohne Beschäftigung. Der Engros-handel wurde polizeilich geschlossen.

Mit Kautions- und Lotterielosen arbeitete eine Schwindlerin, die vorgestern von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Eine aus Pappot gebürtige frühere Krankenschwester Marie Bohnte trieb vor längerer Zeit einen plumpen Schwindel. Sie näherte sich Kindernädchen im Tiergarten oder im Friedrichshain und wußte viel von hohen Gewinnen zu erzählen, die sie durch Wetten auf Rennplätzen gemacht habe. Sie bestat auch jetzt wieder Lipo, die tobstücker zu Gewinnen führen müßten. Damit wurden die leichtgläubigen Mädchen betört und sie ließen sich beschwören, zum Abschluß von Wetten ihr Geld herzugeben. Die Schwindlerin nahm soviel sie kriegen konnte und ließ sich nicht wieder sehen. In der angegebenen Wohnung wurde sie natürlich vergeblich gesucht. Nachdem Marie Bohnte inzwischen eine längere Freiheitsstrafe verbüßt hatte, nahm sie den alten Schwindel in neuer Auflage auf. Jetzt teilte sie ihre Erlebnisse aus ihrem Krankenpflegerinnenberuf mit, und zeigte auch eine Photographie, die sie als Schwester vom roten Kreuz darstellte. Zwischen durch präsente sie dann Lotterielose an, die unbedingt gewinnen müßten und erschwandte dadurch Beträge von je 5 bis zu 10 M., die sie zum Kauf von Losen benutzen wollte. Sie mußte aber auch noch in anderer Weise Rot. Als ein Mädchen, das in sich ein großes schauspielerisches Talent zu haben glaubte, sagte, daß ihm die Mittel zur Ausbildung fehlten, nahm Marie Bohnte dem armen Vater die goldene Uhr ab unter dem Vorbehalt, durch Verkauf das Geld für die Ausbildung zu beschaffen. Vorgestern wurde sie endlich unerschuldlich gemacht. Die betrogenen Mädchen, die noch keine Anzeige erstattet haben, können sich im Zimmer 188 bei der Kriminalpolizei melden.

**Einem Selbstmordversuch am Grabe des Vaters** verübte am Sonntag die Währige Frau Grimoth aus der Kottbuserstraße. Sie hatte die Grabstätte ihres Vaters besucht, der vor wenigen Wochen auf dem Kirchhof am Mariendorferweg bestattet worden war, und schloß sich vor den Augen zahlreicher Personen aus einem federläufigen Revolver eine Kugel in die Brust. Die Schwerverletzte wurde nach dem Hildorfer Krankenhaus geschafft, wo sie in sehr bedenklichem Zustande danielerliegt. Frau G. hat die Tat offenbar in einem Anfall von Schwermut verübt.

**Wirkstände bei Abholung gefallener Pferde.** Der Magistrat teilt mit: In der Tagespresse wurde neulich eine Beschwerde der Berliner Reitervereine über Wirkstände bei der Abholung gefallener Pferde erörtert. Es war dabei auf einen Fall hingewiesen, bei dem angeblich aus Zuständigkeitsstreitigkeiten ein in der Kaiserin-Augusta-Allee erkranktes Pferd 6 Stunden lang auf Hilfe warten mußte. Es sei darauf hingewiesen, daß für die Stadt Berlin keine Möglichkeit vorgelegen hat, im vorliegenden Falle Hilfe zu schaffen. Der Unglücksfall hatte sich auf Charlottenburger Gebiet ereignet, es war also Sache Charlottenburgs, für die Fortschaffung zu sorgen. Die Stadtgemeinde Berlin ist nach dem Ortstatut von 1908 verpflichtet, die in der Nähe des Reichsplatzes der Stadt verunglückten Tiere entweder nach dem Stall des Besitzers oder nach der Tierärztlichen Hochschule schaffen zu lassen. Bei richtiger Quantitätsnahme der Charlottenburger Ortsbehörde wäre auch wohl die Verzüglerung vermieden worden. Endlich sei noch bemerkt, daß der zuerst zu Hilfe gerufene Hofschlächter aus der Berliner Ortspolizeiverordnung keinen Grund herleiten konnte, den Transport des erkrankten Pferdes zu verweigern. — Diese Erklärung bestätigt im wesentlichen nur die inhaltlichen Zustände, die auch auf diesem Gebiet durch die Zerstückung Groß-Berlins in zahlreiche Kommunen in Erscheinung tritt.

**Revolutionäre Dichtung.** Unter diesem Titel bezieht am nächsten Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Ortsgruppe

Berlin des Arbeiter-Abstinentenbundes ihre Märzfeier. Den einleitenden Vortrag hält Genosse S. Kagenstein; die künstlerische Leitung liegt in den Händen des Genossen Reitenberg. Es wirken außerdem noch mit: Ed. v. Winterstein und Wald Kuffel (Rezitation), Kammerjäger Feid, Kallweit (Tenor), Käthe Böllerling (Sopran). Der Eintrittspreis beträgt nur 25 Pf. Wilsede sind, da Abendkasse nicht stattfindet, nur bei den Mitgliedern W. Diele, N.W., Luisenstr. 18, E. Giesler, N. Anglerstraße 41, R. Adam, S. Admiralsstr. 17 und J. Michaelis, S.O., Engelauer 19, zu haben.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin).** Vereint haben sich in der Schönhauser Vorstadt die Vereine Freier Männerchor, Nord, Rote Kette und Jüngerer. Übungsstunde Freitag Brauerei Böhm am Grenzauer Tor. Im Osten: Olympia und Kirschner unter dem Namen Olympia. Donnerstag bei Zimmermann, Giesler Weg 29. Im Süd-Osten: Norddeutsche Schleiße und Union unter dem Namen Sängerkabteilung I Süd-Ost (Gau Berlin) Donnerstag Dramenstr. 180 bei Kärthen. Die beiden Gewerkschaftsvereine Jüngerer und Steinholzer und die Maurer unter dem Namen Gesangsverein der Maurer. Übungsstunde Donnerstag Alte Schönhauserstr. 20.

Vereinen, sowie Freunden des freien Liedes machen wir besonders auf die zusammengeschlossenen Chöre aufmerksam.

Die öffentliche Versammlung des Berliner Arbeiter-Sängerbundes am Sonnabend im Gewerkschaftshaus, hatte sich eines außerordentlich starken Besuchs zu erfreuen. Der Vortrag des Schachmeisters S. Klapp über „Arbeiter und Schachspiel“ wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion über den Vortrag selbst wurde nicht beliebt. Es meldeten sich aber einige Parteigenossen (Nichtmitglieder) zum Wort, um auszuführen, daß es wünschenswert wäre, wenn der Verein auch in den Stadtteilen, wo bisher noch keine Abteilungen existieren, solche ins Leben rufen würde. Um den interessierten Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, sofort beim Zusammenschluß zu einer Spielabteilung die Spielunterlagen in Empfang nehmen zu können, natürlich unentgeltlich, sei mitgeteilt, daß die Adresse des Vorsitzenden Robert Dehlschlager, Berlin N. 65, Hochhäuserstraße 10 ist. Verschiedene Redner forderten alle organisierten Arbeiter, welche noch in bürgerlichen Klubs herumhüpfen, auf, diese sogenannten besseren Kreise doch endlich einmal unter sich zu lassen, dort auszufahren und sich der Arbeiter-Schachbewegung anzuschließen.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Gemeindevahlbewegung.

**Groß-Richterfelde.** Die Arbeiterschaft unseres Ortes sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevahl im Wilschen Bezirk morgen Mittwoch, den 2. März, von 8 bis 8 Uhr nachmittags im Hennigshagen Lokal, Jungfernstieg 5 (Ostbahnhof) stattfindet. Jeder Wähler hat die Pflicht, sein einziges Recht in der Gemeinde, das Stimmrecht auszuüben. Die Vertretung der Arbeiterschaft, der großen Mehrzahl des Volkes, auf dem Rathaus ist gerade in Groß-Richterfelde ein Gebot der Notwendigkeit, eine unabwendbare Forderung im Interesse des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes in der Gemeinde.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien haben als Kandidaten einen Feind der Klassenbewußten Arbeiterschaft, einen Gegner des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, einen Gegner der Verbesserung des Wahlrechts in der Gemeinde, in der Person eines konservativen Schmiedemeisters auf den Schild erhoben.

Sie suchen mit allen Kräften und allen Mitteln den Sieg zu erringen.

Umso mehr ist es Pflicht der Arbeiterschaft, ausnahmslos am Wahltag zu erscheinen und dem sozialdemokratischen Kandidaten, Zeitungsgespeibenten Kaspar Benzler, Krume Str. 2, ihre Stimme zu geben.

Die Parteigenossen auch des Westbezirks fordern wir auf, sich dem Wahlbureau zur Hilfeleistung bei der Wahl zur Verfügung zu stellen.

**Treptow-Baumshulenberg!** Auf zur Gemeindevahl! Heute von 1—7 Uhr nachmittags finden die Gemeindevahlen für die dritte Abteilung statt. Es ist Ehrenpflicht aller Arbeiter und Genossen, nicht nur selbst am Wahltag zu erscheinen, sondern auch die Säunigen heranzuholen. Die Gegner haben bisher mit Hochdruck gearbeitet, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Tut jeder Streiter für unsere Ideen seine Pflicht, so ist der Sieg unser. — Erwähnt sei noch, daß sich das Schlepperlokal bei Schneider (Speers Stehviehhalle) befindet.

**Stralau.** Die Gemeindevahlwahlen finden am Donnerstag, den 2. März, nachmittags von 4 bis 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Storchenei“, Alt-Stralau 16, statt. Die dritte Klasse wählt von 4 bis 7 1/2 Uhr. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich um 4 Uhr dort einzufinden. Kandidat der Sozialdemokratie ist: Saloffer Ernst Weisel, Morgrafendamm 18. — Außerdem findet am Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Wählerversammlung im Lokal „Alte Lohrner“, Alt-Stralau 20, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gemeindevahlwahlen Genossen Grunow-Oberländer über: „Die Sozialdemokratie in der Kommune“. 2. Sodann Ansprache des Kandidaten Genossen Ernst Weisel. 2. Diskussion. — Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung sowie für unseren Kandidaten rege zu agitieren.

**Pankow.** Je näher die Gemeindevahlen herankommen, um so eindringlicher beginnen unsere Wählergenossen sich gegenseitig zum Zusammenhalten gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, zu ermahnen. Allerdings haben sie das zurzeit auch nötig. Bekanntlich sind es nicht weniger als ein volles Dutzend bürgerlicher Vereine und Vereinigungen, welche wie in früheren Jahren so auch jetzt wieder unter Führung des Reichsverbandes für die kommenden Gemeindevahlen so eine Art „nationaler Schutzgarde“ gegen den Umsturz in Pankow gebildet haben. Da ist es nun ergötzlich, mit anzusehen, wie in all diesen Vereinen und Komitees eine solche tolle Wälgerei um die Kandidaten entbrannt ist, vor allem für die erste und zweite Wählerabteilung, die ja infolge der elenden Dreiklassenwahl auch in den Gemeinden für unsere Partei nicht in Frage kommt. Ein jeder der beteiligten Vereine glaubt Anspruch auf einen oder mehrere Kandidaten zu haben und so ergeben sich denn recht amüsante Zwischenfälle, die hier und da schon zu „Kabinettskrisen“ in den einzelnen Vereinen wie auch zu Zerwürfnissen zwischen den „Verbündeten“ geführt haben. Diese Wälgerei um die Kandidaten veranlaßt diese Tage das hiesige „Pankower Tageblatt“ die Bürgerlichen anzusehen, doch ja recht bald wieder einig zu sein, um nicht die Stöckkraft gegen die Sozialdemokratie zu schwächen. Offensichtlich befürchtet dieses Blättchen, daß diese Zwistigkeiten auch von schädlichem Einfluß auf die im Augenblick noch vorhandene Einigkeit der Bürgerlichen in der Durchführung der Wahlen in der dritten Abteilung sein oder werden könnten. Ist doch der satism bekannte Reichsverband auf die zu spendenden Wohlmittel der erwähnten Vereine bei der Durchführung „nationaler Wahlen“ in der dritten Abteilung angewiesen. Für unsere Partei könnte diese an sich begreifliche Wälgerei der Bürgerlichen um die Kandidaten gleichgültig sein, wenn sie nicht bei einem Teil unserer Genossen den Glauben zu erwecken geeignet wäre, als ob wir dadurch bei den Wahlen einen leichteren Stand hätten. Denn ist nicht so unsere Position ist — namentlich im ersten Wahlbezirk — durchaus keine leichte, wie die vorjährigen Wahlen gezeigt haben. Bis zu den Wahlen wird auch der bürgerliche Friede in Pankow

wiederhergestellt sein, und es wird der ganzen Kraft und des intensivsten Fleißes unserer Genossen bedürfen, wenn sie bei den Wahlen am 16. und 17. März d. J. Sieger sein wollen.

### Rixdorf.

**Warnung vor Schwindlern.** Ein Duzend solcher Frauen, die leichtgläubig Bestellscheine unterschreiben, hat ein Geschäftsfreier aus Frankfurt a. M., der für die Firma Max Halbreich angestellt sein will, zu Kaufabschlüssen bewogen. Alle zwölf Frauen sind Bedammens aus Rixdorf, bei denen der Reisende Demden und Weinleiber für 3 M. das Stück zum Kauf anbot. Da die Sachen nach der vorgelegten Probe billig erschienen, füllten die Bedammens den Bestellschein ohne Bedenken aus. Nun enthält aber der Bestellschein die Bezeichnung R. 9.—, die der „gewandte“ Reisende als Postomatte erklärte, oder bei der Unterschrift der Frauen mit dem Finger abdeckte. Später ging den Frauen die Rechnung über je 9 M. zu. Die Frauen haben bisher keine Zahlung geleistet. Wenn sie nachzuweisen imstande sind, daß sie durch die Angabe eines billigeren Preises zum Kauf bewogen wurden, ist es möglich, daß sie zur Zahlung nicht herangezogen werden. Dieser Nachweis ist aber immer sehr schwer zu erbringen, und es dürfte die Warnung am Platze sein, nichts zu unterschreiben, ohne alles genau vorher durchgesehen zu haben.

**Ein Bild grenzenlosen Glucks** bot gestern der 27-jährige Hausdiener Joseph Bogler. Auf dem Hauptpostamt brach B. ohnmächtig zusammen und als er wieder zu sich kam, konnte er nur das Wort „Hunger“ lassen. Ein Schuttmann brachte den Besinnungslosen nach dem dritten Postzettel, wo er nach und nach wieder zu sich kam. Man gab ihm zu essen und zu trinken und B. konnte nun angeben, daß er seit einigen Tagen hungernd umhergeirrt sei. Er war längere Zeit stellunglos und hatte einige Zeit in der Herberge Zuflucht gesucht.

### Steglitz.

In der letzten Gemeindevahl wurden endlich die zum dritten Male vollzogenen Wahlen von zwei Erfahrmännern zur 2. Klasse für gültig erklärt, nachdem ein abermaliger Protest des Gemeindevahlwahlen Komitee als unzutreffend abgewiesen worden war. Von den übrigen Verhandlungen ist nur noch erwähnenswert die Antwort des Ministers des Innern auf eine wiederholte Eingabe unserer Gemeindevahlverwaltung wegen Verleihung des Stadtrechts an Steglitz. Der Minister kann die Verleihung des Wunsches unserer Gemeinde auf Stadterhebung nicht beitreten, ist aber der Meinung, daß damit das Ausschneiden aus dem Kreise Teltow zur Notwendigkeit würde. Hierdurch würde aber eine Enklavierung unserer Nachbargemeinde Friedenau, die dann als verhältnismäßig kleine Landgemeinde rings von Stadtgemeinden eingeschlossen sei, herbeigeführt. Dies sei ein unmöglicher Zustand. Die Gemeinde Steglitz müsse deshalb zunächst versuchen, die Nachbargemeinde zur Auflösung und nachherigem Anschluß an eine Nachbarstadt zu bewegen. Unter diesen Umständen dürfte es mit der Stadterhebung noch gute Weile haben, da sich Friedenau bisher einem derartigen Ansuchen gegenüber ablehnend verhalten hat.

### Treptow-Baumshulenberg.

Durch Messerliche tödlich verletzt wurde Sonntag früh 8 Uhr in der Eilenstraße der Tischler Otto Müller, Beermannstr. 4 wohnhaft. Müller hatte mit noch mehreren Bekannten in der Nacht zum Sonntag in einem Familienrestaurant in der Beermannstraße an einem Boßlerfest teilgenommen. Nachts um 3 Uhr betrauten sieben junge Leute das Lokal und fingen laut an zu singen, so daß sich die Gäste belästigt fühlten. Der Wirt verwies deshalb den jungen Leuten das Lokal, wobei Müller eine Bemerkung machte. Hierauf wurde er von einem der jungen Leute aufgefodert, hinauszu kommen. Er leistete der Aufforderung auch Folge, wurde aber noch von einigen Bekannten begleitet, welche mit ihm bis zum Eisenbahnübergang in der Eilenstraße gingen. Der Aufforderung seiner Bekannten, jetzt zurückzukommen, kam Müller nicht nach. Kurz vor der Riefholzstraße wurde M. von einem der jungen Burken durch Stiche mit einem Messer an der linken Seite des Kopfes, am rechten Oberarm und durch einen Stich in der linken Brustseite tödlich verletzt. Auf das Hilfegeheul eilten seine Freunde zurück, beförderten ihn nach seiner Wohnung und sorgten für ärztliche Hilfe. Auf Anordnung des Arztes wurde Müller mittags nach dem Greiser Kreiskrankenhaus gebracht, wo er, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, starb. Müller hinterließ eine Frau und zwei Kinder im Alter von neun Monaten und drei Jahren. Fünf der jungen Burken wurden im Laufe des Tages verhaftet.

### Wahlisdorf a. d. Oßbahn.

**Aus der Gemeindevahlverwaltung.** Die letzte Sitzung hatte sich mit zwei für die Gemeinde außerordentlich wichtigen Angelegenheiten: dem Haushalts-Voranschlag für 1910 und der Errichtung eines Gemeindevahlverwaltungsgebäudes zu beschäftigen. Der vom Gemeindevorsteher unterbreitete Etatsvoranschlag schließt mit einem Mehr von 19 485 M. gegen den des Jahres 1909 ab. Bei Begründung des Voranschlags wendete sich der Gemeindevorsteher zunächst gegen die Ausforderungen, welche in der Versammlung eines hiesigen Interessentenvereins von einem Herrn Tammer gemacht worden sind dahingehend, daß die derzeitige Gemeindevahlverwaltung ihren Aufgaben in keiner Weise gewachsen, ja unfähig sei, die Geschäfte der Gemeinde zu lenken usw. Der Gemeindevorsteher bezeichnete schließlich die „von Sachkenntnis nicht getriebene“ Art des Vorgehens des Herrn Tammer als Stimmungs-mache für die bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevahlverwaltung. — Tammer ist, nebenbei bemerkt, Kandidat zur Gemeindevahlverwaltung. In der Generaldebatte zum Etatsentwurf wendete sich der Redner unserer Partei zunächst gegen die Enderufung der Sitzungen um 5 Uhr, die es den Mitgliedern unserer Gruppe vielfach unmöglich mache, rechtzeitig zur Sitzung zu erscheinen. Bei Behandlung der einzelnen Etatspositionen trat unser Vertreter für eine Erhöhung der Gehälter der niedrigst besoldeten Angestellten — Bureau-assistent, Nachwächter usw. — ein. Redner bemängelte sodann das Fehlen einer Spezialisierung des Schuletats, befürwortete die Anstellung einer Gemeindevahlverwaltungspflegerin mit der Bedingung, daß keine irgendeinem religiösen Orden oder christlichen Krankenpflegeverein angehörende Person, sondern eine von derartigen Einrichtungen unabhängige Pflegerin angestellt wird. Redner plädierte weiter für Einsetzung einer sogenannten Gesundheitskommission aus Gemeindevahlverwaltern unter Hinzuziehung des Arztes sowie einiger Vertreter der weiblichen Gemeindevahlwahlen. Mit der Uebernahme der Straßenreinigung und Müllabfuhr auf die Gemeinde unter entsprechender Beitragsleistung der Haus- und Grundbesitzer erklärten sich unsere Vertreter ebenfalls einverstanden. Nach einigen ausföhlenden Ausführungen des Gemeindevorstehers wurde der Etat hierauf einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen. Zur Frage der Errichtung eines Gemeindevahlverwaltungsgebäudes, die seit mehr denn zwei Jahren den „Jantappel“ zwischen den hier am Orte bestehenden Interessentengruppen bildet, gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß der Gemeinde von einem Vermittler in letzter Stunde der Lemische Gutshof zum Preise von 45 000 M., d. h. circa 60 M. pro Quadratrate, angeboten worden sei. Zu bemerken ist hierbei, daß bereits in einer Sitzung im Jahre 1908 beschlossen worden war, auf einem der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung stehenden Platze das neue Gemeindehaus zu errichten; die hierzu erforderlichen Mittel waren jedoch von der Gemeindevahlverwaltung nachträglich abgelehnt worden. Nunmehr glaubten jene Kreise, denen das „Wohl“ der Gemeinde über ihr eigenes geht, den geeigneten Zeitpunkt gekommen, der Gemeinde ein Projekt aufzuwärmen, das ihr einschließlich Erwerb- und Umbaukosten rund 60 000 M. und in einigen Jahren weitere 100 000 M. Kosten verursachen würde. Unsere Vertreter wandten sich mit aller Schärfe gegen dieses, nur einer kleinen Gruppe von Interessenten parteiliche Projekt und wiesen speziell darauf hin, daß die Ge-

Ein Polizeistädchen.

Die Verhaftung eines vermeintlichen Straßenräubers, der in Wirklichkeit nur ein harmloser Verliebter war, wurde gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Weßding erörtert.

Seine Festnahme wurde von Beamten des Polizeibureau Luxemburger Straße ausgeführt auf Grund der Anzeige einer Frau Ande, in deren Todter er verliebt war.

Der Angeklagte erzählte, wie er zum „Straßenräuber“ gemacht worden war. Am 10. Januar hatte er das 17jährige Mädchen, dessen Mutter den Verkehr mit ihm nicht dulden wollte, zu seiner Freude in der Müllerstraße getroffen.

Die drei Schulkollegen, die als Zeugen gegen ihn auftraten, gaben eine andere Darstellung. Alle drei wurden erst nach ihrer Vernehmung zum Eid zugelassen. Kriminalschutzmännchen Radel hatte ihn im Genid gepackt mit den Worten: „Hier bist Du ja, Du Lump, Du Stroch!“

Ueber die Verletzungen äußert sich ein Arzt, das Verlesene wurde. Es bezeichnet: auf dem Kopfe eine 6 Zentimeter lange bis zum Knochen reichende klaffende Wunde, eine fünfmarkstück-große, sehr schmerzhaftes Schwellung mit Bluterguß in die Haut, eine etwa dreimarkstück-große geschwollene Stelle; an der Stirn eine Deimarstück-große schmerzhaftes Schwellung mit leichter Hautabstülpung; ferner eine sehr empfindliche Schwellung einer Schulter und eine 8 Zentimeter lange Hautabstülpung an einem Schenkelbein.

Den Ausfagen der Schulkollegen stellte der Verteidiger die Ausfagen einiger Zivilpersonen, die die Verhaftung mit angesehen hatten, gegenüber. Da befandete eine Frau Diefel, ein Beamter habe Kräft am Kragen gepackt mit den Worten: „Da bist Du, Du Stroch, Du Lump!“

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kräft 80 Mark Geldstrafe, da alles erwiesen sei. Der Verteidiger forderte Freisprechung. In der Situation eines wartenden Verliebten werde Kr. schwerlich Lust gehabt haben, mit der Polizei anzuhängen.

Das Gericht trat dieser Ansicht bei und erkannte schon deshalb auf Freisprechung. Es durfte sich hiernach die Prüfung der Frage eriparen, was von dem Gegenstand der Ausfagen der Beamten zu denen der Zivilpersonen zu halten sei.

In der Verhandlung hatte der Vorsitzende dem Angeklagten geraten, wegen der behaupteten Mißhandlungen doch Straf-

antrag zu stellen. Das ist schon geschehen, und die Staatsanwaltschaft hat schon — abgelehnt.

Die bekannte Rede des Genossen Liebknecht im Abgeordnetenhaus, in der er Mängel der modernen Rechtsprechung geißelte und fehlerhafte Bestimmungen veralteter Gesetze kritisierte, hat augenscheinlich das Kammergericht arg verknüppelt.

Der Präsident des ersten Strafsenats benutzte die Gelegenheit einer Urteilsbegründung, um dem Anwalt des Rechts ehrs auszuweisen, der übrigens mit dem zur Verhandlung stehenden Prozesse nicht das Mindeste zu tun hatte und nicht anwesend war.

Das Kammergericht verwarf am Freitag die Revision. Senatspräsident Lindenberg führte aus: Die Verurteilung sei unbedenklich. Die Bestimmung sei rechtmäßig. Der Angeklagte wende sich nur gegen die Zweckmäßigkeit. Diese habe aber der Richter nicht nachzuprüfen. Nun habe ein Abgeordneter im Landtage in 3/4 ständiger Rede die Gerichte angegriffen, weil sie über die Zweckmäßigkeit nicht entschieden.

Im Wärlher Stadthalterprozess erklärte gegen Schluß der gestrigen Verhandlung, in der mehrere Sachverständige vernommen wurden, der Staatsanwalt, daß er die Anklage gegen den Kaufmann Raumann nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Das Schwurgericht Hagen hat am 12. Oktober v. J. den Fabrikanten Paul Karthaus von der Anklage des Versuchs der gewalttätigen Vornahme ungültiger Handlungen freigesprochen, aber wegen fälschlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Reichshaus 2, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, jeden Freitag von 12 bis 1 Uhr nachmittags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

N. U. 2. Lust Ihr Mißvertrauen bis zum 1. April, so können Sie auch bis dahin die Schlüssel behalten. Für den Fall sind Sie aber für etwaige, z. B. durch Schadhalthwerden der Röhre und Ventile verursachte Schäden verantwortlich.

Amstlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den holländischen Märkten. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft regt, Preise für Gemüse und Schmalzfleisch anziehend, sonst unverändert.

Table with 4 columns: Stationen, Waren, Menge, and other details. Includes entries for Zwinnende, Damsburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, and Wien.

Wetterprognose für Dienstag, den 1. März 1910. Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften Südwestlichen Winden.

melnde für die zum Erwerb und Umbau des Lemkeschen Gebäudes benötigte Summe bereits auf ihrem eigenen Grund und Boden ein den Anforderungen der Gemeinde auf Jahrzehnte genügendes Verwaltungsgebäude errichten könnte.

Weissenfee.

Der Wahlrechtsantrag unserer Genossen wurde bekanntlich in der vorletzten Gemeindevorstellung mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Nachdem nun verschiedene Gemeinden im entgegengekehrten Sinne gehandelt haben, scheinen einige bürgerliche Gemeindevorsteher wohl erkannt zu haben, daß es falsch war, gegen einen solchen Antrag zu stimmen.

Mit dem Neubau der Pumpstation, der seiner Vollendung entgegengeht, beschäftigt sich die Gemeindevorstellung in zwei Sitzungen. In der ersten Sitzung wurde stundenlang debattiert über die Architektur des Baues. Bauat Währing hatte einen Vorschlag vorgelesen, der über den Bürgersteig hinweggehen, durch drei Pfeiler getragen und so ein Stützkolonnade bilden sollte.

Voghen-Rummelsburg.

Die Beerdigung des Genossen Franz Galla findet heute Dienstag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Wälschstraße 83 aus auf dem Gemeindefriedhofe Voghen-Rummelsburg statt.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevorstellung fand bereits im Sitzungssaal des neuen Rathauses statt. Verschlafen wurde, die Umschreibung für unbedaute Grundstücke wie in den übrigen Vorortgemeinden von 1/4 auf 2 Proz. zu erhöhen.

Notawese.

Ein Bild der augenblicklichen Kampfsituation in der Wahlrechtsfrage bot eine öffentliche Versammlung, welche am Mittwoch im Singerschen Lokal abgehalten wurde und in welcher der Landtagsabgeordnete Genosse Dr. Karl Liebknecht über das Thema: „Preußen-Deutschlands politische Lage“ referierte.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende, Genosse Kronberg, forderte noch zum Vertritt in den Wahlvereinen auf und bezeichnete es als unerlässliche Pflicht eines jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, sich auch der politischen Organisation anzuschließen.

Zu der letzten unter Einziehung der Gewerkschaftsvorstände stattgefundenen Sitzung des Gewerkschaftsrates betonten die Vertreter der Töpper, daß der Vorschlag, sie hätten bei der letzten Wahlenkontrolle auf einem Bau bei offenem Fenster gearbeitet, unzutreffend sei.

Jugendveranstaltungen.

Pichsenberg, Friedrichsfelde. Jugendausflug. Mittwochabend: Geheißiger Abend im Hotel von Ernst, Wärlstr. 74. Die Jugend wird erlucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 20. Februar verstarb unser  
langjähriges treues Mitglied, der  
Zigarrenhändler  
**Karl Walter**  
Quittenstr. 33.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Virchow-Krankenhaus  
aus nach dem städtischen Fried-  
hofe in der Müllerstraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
225/13 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Genossen  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann, unser guter Vater  
und Schwiegervater, der Zigarren-  
händler  
**Karl Walter**  
nach schwerem Leiden am 20. Fe-  
bruar verstorben ist. 9286  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Virchow-Krankenhaus aus  
nach dem städtischen Friedhof,  
Müllerstraße, Ecke Seefstraße, statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Boxhagen-Rummelsburg.**  
18. Bezirk.  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß am 25. Februar unser lang-  
jähriges Mitglied, der Lagerist  
**Franz Galla**  
nach kurzem, aber schwerem Leiden  
im Alter von 54 Jahren sanft  
entschlafen ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, 1. März, nachm. 2 Uhr,  
vom Trauerhause Bühlischstr. 33  
aus nach dem Gemeindefriedhof  
Boxhagen-Rummelsburg statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
8/3 **Der Vorstand.**

Hierdurch die traurige Nachricht,  
daß am 25. Februar mein lang-  
geliebter Gatte, mein guter Vater  
**Franz Galla**  
nach kurzem, schweren Leiden im  
54. Lebensjahre sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen mit der Bitte um  
stille Teilnahme schmerzhaft an  
**Anna Galla, geb. Weber,**  
9275  
nebst Sohn.  
Boxhagen-Ru., Bühlischstr. 33.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, 1. März, nachm. 2 Uhr,  
vom Trauerhause aus nach dem  
Gemeindefriedhof Boxhagen-Ru.,  
Rummelsburgerstr. 40, statt.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
Am 20. Februar verstarb unser  
langjähriges Mitglied  
**Franz Voß.**  
(Bezirk Charlottenburg.)  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 1. März, nach-  
mittags 3 Uhr von der Leichenhalle  
des Dorotheenstädtischen Kirchhofes  
in der Schornweberstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
136/17 **Die Verbandsleitung.**

**Rothenburger**  
**Versicherungs-Anstalt a. G.**  
Gegr. 1856 in Görlitz Gegr. 1856  
**Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.**  
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.  
— Alle Überschüsse fallen den Mitgliedern zu. —  
**Dividende seit 1898 ständig 25 %, eines Jahresbeitrages,**  
**für ältere Mitglieder 50 %.**  
Versicherungsbestand 260 000 Vers. mit rund 100,0 Millionen Mark  
Gesamtvermögen . . . . . 25,3 Millionen Mark  
Seither ausbezahlt Sterbegelder usw. . . . . 20,1 Millionen Mark  
Seither an die Mitglieder gez. Dividenden . . . . . 5,0 Millionen Mark  
Höchstausschlagende Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach  
Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.  
— Außerdem Kinderversicherung  
bis 1000 M. (ebensofalls mit Gewinnbeteiligung). 66/17\*  
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die  
Direktion sowie sämtliche Geschäftsstellen der Anstalt.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Dreher  
**Gustav Vulpus**  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 2. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Johannes-Kirchhofes,  
Blüthenstr. aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/10 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Kollegen und  
Bekanntem die traurige Nachricht,  
daß mein lieber Mann, der  
Steinmetz  
**Heinrich Beinlich**  
am Sonntag im Alter von 51  
Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwochnamstag 3 Uhr auf  
dem Wilmersdorfer Gemeindef-  
riedhofe, Berliner Straße, statt.  
**Die trauernde Witwe.**

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben un-  
vergesslichen Mannes sage allen  
Freunden und Kollegen meinen herz-  
lichen Dank. 9245  
**Die trauernde Witwe**  
**Auguste Stolzenberg und Sohn.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
geliebten Mannes  
**Emil Hintze**  
sage ich allen meinen herzlichsten  
Dank. 44702  
**Die trauernde Witwe**  
nebst Kind.

Die Beerdigung gegen den Bäder-  
meister Karl Giesmann, Wittstocker  
Str. 7, nehme ich hiermit zurück.  
9405 **Hug. Rosfeld, Rostocker Str. 33.**

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Straße 2.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruch-  
bandagen, Leibbinden, Ge-  
radhalter, Spritzen, Suspensorien  
(sowie sämtliche Artikel zur Krank-  
pflege. Eigene Werkstatt. Referent  
für Orts- und Hilfs-Krankentassen.  
Berlin N.,  
jetzt **Lothringer Straße 60.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-  
loten, angenehm u. weich am Körper.

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frischen u. veralteten zweifelhaf-  
ten Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung  
sofort; besgl. Harn- (spez. auf Go-  
norrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen.  
**Dr. Homoyer & Co.,** Spezial-Laborat.,  
Friedrichstr. 169, gm. Kronen- und  
Rohrenstraße, L. 8724. Perf. Röntgen-  
diagn. u. kostenl. Gedächtnis von 8-8  
Sonntags von 12-1.

**Kartoffeln.**  
Reine Sendung prima Ware, Daber  
und lange weisse, ab Rahn Havel-  
straße, Charlottenburg, Str. 250, frei  
Haus 2,60. Schiffsseigner **Suckrow.**

**Neue Armin-Hallen**  
Kommandanten-Straße 58-59. Amt IV. 10115.  
Saal für 300 bis 500 Personen  
**Sonntag, den 18. März 1910, frei!**  
Sonnabende u. Sonntage in diesem u. nächsten Jahre frei!

**Sparen Sie nicht**  
beim Zahnen ihres Kindes an dem kräftlich  
als völlig unschädlich empfohlenen Wehninde-  
Zahn-Balsam, sonst haben Sie  
**unruhige Tage und Nächte**  
und das Kind große Schmerzen.  
**Wehninde-Zahn-Balsam**  
beruhigt und beseitigt sofort die Schmerzen.  
In tausenden Fällen bewährt. 1 Flasche M. 1,-.  
Für Flaschenkinder verwenden man außerdem  
**Wehninde-Kindernahrung**  
Zu haben in fast allen Apotheken und besseren  
Drogerien. Ausführlichen Prospekt dazuliegt  
oder durch die **Fabrik chem. Spezial-  
itäten Adolf Kirch, Bonn, kostenlos.**

**Ein schlimmes Ende**



nimmt jeder Versuch das beliebte, echte  
Palmin durch eine billige Nachahmung  
zu erleben. Wir bitten daher beim Einkauf  
genau auf den Namen **Palmin** und den  
Schriftzug **Dr. Schlinck** zu achten und Nach-  
ahmungen, die oft unter täuschend ähnlich  
klingenden Namen angeboten werden,  
zurück zu weisen.  
**H. Schlinck & Cie. A.G.**  
**Hamburg-Mannheim**  
Alleinige Produzenten  
von **Palmin.**

**L. Katz & Co.**  
Spandauer Straße 45,  
am Molkenmarkt,  
Filialen:  
Rixdorf, Bergstraße 65, am Bahnhof,  
Brandenburg a. H., Hauptstraße 59/60.  
**Größtes Spezialgeschäft**  
sämtlicher  
**Gastwirts-  
Artikel.**

**Soldfänger-Gesellschaft** „Volsö,  
Kantowstraße 41. 414\*

**MANDOLI**  
**Cigaretten**  
Das Vollendetste in  
Qualität u. Ausstattung

**Kredit. \* Möbel** auf  
Teilzahlung  
bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht  
bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**  
und Arbeitslosigkeit.

**Torpedo-Schreibmaschinen,**  
Modell 3, verkaufe ich zu billigen Preisen mit voller Garantie,  
da Modell 4 herausgekommen. Vorführung kostenlos.  
**Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.**

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.  
**Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Cigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be-  
kannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**  
Amt 4, 3014.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholfreies  
Spezialbräu.  
Aerellisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pfg.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN-PANKOW.  
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Die realsten und billigsten 4406L\*  
**Möbel**  
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-  
vergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-  
fabrik unter 10jähriger Garantie **C. Schulz,** Reichenberger  
Straße 5.

**Fruchtweine**  
kräftig und abgelagert  
sind billiger, wohlgeschmeckender und nahrhafter als  
**Branntwein!**  
**Johannisbeerwein,** herb und süß . . . 1/2 Flasche 60 Pf.  
**Heidelbeerwein,** herb und süß . . . 1/2 " 35 "  
**Stachelbeerwein,** süß . . . . . 1/2 " 35 "  
**Himbeerwein,** süß . . . . . 1/2 " 35 "  
**Kirschwein,** süß . . . . . 1/2 Flasche 70 Pf.  
**Brombeerwein,** süß . . . . . 1/2 " 40 "  
**Erdbeerwein,** süß . . . . . 1/2 " 40 "  
Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!  
**Fruchtweine**  
sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse  
sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten  
bedeutende Preisermäßigung.  
**Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.**  
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4006L\*

**Jeder Herr, welcher schön!**  
and elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Kisten beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in  
feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herzschaften, Doktoren, Cavalieren nur kurze Zeit gebraucht.  
Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, selbsthaft billig. Außerdem  
Herren-Valeroids . . . 8 12 14 18 22. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 30.  
Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 24. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 8.  
Rock-Anzüge . . . 12 16 18 20 22. | Jackett, Frack, Smoking etc.  
**J. WAND,** Hauptgeschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der  
**Monats-Garderoben-Haus.** II. Geschäft: **Chausseestr. 59,** Umbreitstraße.  
III. Geschäft: **Brunnenstraße 179.**

**!Verkauf nur an Händler!**  
Spezialitäten in 6, 7, 8 u. 10 Pf.-Zigarren eigenes Fabrikat  
aus garantiert reifen, gesunden, rein überseeischen Tabaken.  
Hervorragend in Geschmack, Brand und sauberer Arbeit



**La Fama** **La Fama**  
Vorstenlanden-Spezialität M. 48.— in Kisten, M. 46.50 im Karton.  
**!Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft!**  
**Max Otto,** Zigarren-Fabrik, BERLIN NO. 18, Landsberger Str. 90.  
Geöffnet nur wochentags 8-1 und 3-7 Uhr.

Gerichts-Zeltung.

(Siehe auch 3. Beilage.)

Verjährung der Rückzahlung von Unterhaltsbeiträgen.

Mit einer interessanten Frage hatte das Reichsgericht sich kürzlich zu beschäftigen. Der Klagende Orts- und Landarmenverband Berlin macht Ansprüche gegen die Beklagte Frieda M. in Dalldorf geltend, und zwar verlangt er Zahlung von 17 344,70 M. Kosten für die der geisteskranken Beklagten seit dem 18. Januar 1883 und ihrem geisteskranken Bruder bis zu dessen Tode geleistete Krankenpflege. Das plötzliche Auftreten des klagenden Verbandes mit seinen Ansprüchen ist darauf zurückzuführen: Der Vater der Beklagten hatte Abschlagszahlung geleistet. Nach seinem Tode hatte die Mutter der Beklagten erklärt, daß Vermögen nicht vorhanden sei und jede Zahlung verweigert. Nach dem Tode der Mutter stellte es sich heraus, daß ein Vermögen im Werte von 23 000 M. vorhanden war. Die Beklagte ist die alleinige Erbin. Ihr Vormund hält der Klageforderung die Verjährung entgegen.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin verurteilten die Beklagte nach dem Klageantrage. Auf die Revision der Beklagten ist das Urteil des Kammergerichts vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache unter folgenden Erklärungen zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen worden: „Die mit dem 1. April 1904 in Kraft getretene

zweijährige Verjährung nach dem Gesetz über den Unterhaltungswohnstift vom 6. Juni 1870 findet auf den streitigen Anspruch keine Anwendung. . . . Endlich fragt es sich, ob der von der Beklagten erhobene Verjährungseinwand nach § 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründet sei. Diese Frage hat der Senat bejaht. Nach § 197 verjähren in vier Jahren die Ansprüche auf Rückstände von Unterhaltsbeiträgen. Soweit Unterhalt für die Vergangenheit überhaupt beansprucht werden kann (§ 1613), nämlich von der Zeit an, zu welcher der Verpflichtete in Verzug gekommen oder der Anspruch des Unterhaltsberechtigten der vierjährigen Verjährung ohne Rücksicht darauf, ob der Anspruch zuvor nach Art (Geldrente oder Naturalverpflegung) und Höhe rechtsgeschäftlich und richterlich festgestellt worden war. Hiergegen lassen sich aus der sprachlichen Bedeutung des Wortes „Rückstände“ Bedenken nicht ableiten. Wird die Unterhaltspflicht nicht erfüllt, so sind die zur Erfüllung dieser Pflicht erforderlichen einzelnen Leistungen (in Geld oder Natur) als rückständig anzusehen, sobald der Zeitpunkt eingetreten ist, zu welchem sie hätten gewährt werden sollen, aber nicht gewährt worden sind. In diesem Sinne rückständig sind sowohl die nach Art und Betrag feststehenden Unterhaltsbeiträge, als auch die nach diesen Richtungen hin noch nicht festgestellten, aber zur Zeit der Fälligkeit ausgebliebenen Leistungen des Unterhaltspflichtigen. Hinsichtlich der Bedeutung „Rückstände“ sind die Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenngleich ihnen das Preussische Gesetz vom 31. März 1838 zum Vorbilde gedient haben mag, der

preussischen Rechtsprechung und Rechtslehre offenbar nicht gefolgt. Unterliegt hiernach der Unterhaltsanspruch des Unterhaltsberechtigten selbst der vierjährigen Verjährung nach § 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, so muß sich auch der Armenverband, der den Unterhalt besorgt hat, den Einwand der vierjährigen Verjährung gefallen lassen. Denn ihm ist ein Erfahnsanspruch gegen den Unterhaltspflichtigen nach § 62 des Unterhaltungswohnstiftgesetzes nur unter denselben Voraussetzungen eingeräumt, als dem Unterhaltspflichtigen auf die Unterhaltsleistungen ein Recht zusteht. Sollte man aber auch annehmen, daß es sich im Falle des § 62 des Unterhaltungswohnstiftgesetzes nicht um einen durch Gesetz vermittelten Uebergang des dem Unterhaltspflichtigen zustehenden Unterhaltsanspruchs in unveränderter Gestalt (wie z. B. im Falle des § 1607 Abs. 2) auf den Armenverband handelt, sondern um einen dem Armenverbande eingeräumten, mit Rücksicht auf seine öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung eigentümlich gestalteten, selbständigen Erfahnsanspruch gegen Dritte nach Maßgabe des Unterhaltsanspruchs des Unterhaltspflichtigen, so würde dieser Erfahnsanspruch, da er lediglich auf Entrichtung rückständiger Unterhaltsbeiträge gerichtet ist, doch auch der vierjährigen Verjährung nach § 197 unterliegen.“

Die in früheren Entscheidungen des Reichsgerichts verneinte Frage, ob dem Landarmenverband überhaupt ein Erstattungsrecht zustehe, kam nicht zur Erörterung.

Die besprochene Auslegung des § 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auch für Alimentenansprüche von großer Erheblichkeit.

Zur Eröffnung der Frühjahrs-Saison

heben wir folgende günstige Angebote

besonders hervor:

- Anzug „Trefflich“ 27.-
Anzug „Triumph“ 36.-
Anzug „Edel“ 50.-
Paletot „Lenz“ 24.-
Paletot „Frühling“ 30.-
Ulster „Lord“ 40.-
Hose „B. S.“ 8.-



BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Möbel-Halle Harry Goldschmidt

Ecke Stallschreiber-Straße, Berlin S., Moritzplatz 59

Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!

Auf Kredit! Kulanteste Zahlungsbedingungen!

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., Dircksenstraße 20
Für Damen Frauen-Bedienung.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaromba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor.

Gebrüder H. & O. Richter

Kohlengroßhandlung

Amt IV 9345 BERLIN S. 59 Amt IV 9345
Urbanstraße 114-115

- Salon-Briketts großes Format 1000 Stück M. 8.25
Industrie-Briketts bei 10 Zentner à Zentner M. 0.85
Steinkohlen Nuß II, gesiebt à Zentner M. 1.40
Gas-Koks städt., zerkleinert à Hektoliter M. 1.55
Gas-Koks städt., grob, für Zentralheizung, in Führen von 30 Zentner ab à Zentner M. 1.22
Anthrazit engl., Ia Cadé und Lönhold à Zentner M. 2.40
Schmiedekohlen engl., Ia bei 10 Zentner à Zentner M. 1.40
Holzkohlen Kiefern-, mittel, bei 5 Tonnen à Tonne M. 3.40

Kiefern-, Buchen-, Eichen-, Eisenholz

zu den billigsten Preisen.

Bei Waggonbezügen Preisermäßigung.

Turmstraße 76

Lachmann & Scholz

Ottostraße 1

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, 1. März, 2. März, 3. März

Doppelte Rabatt-Marken.



# Geschenke

Sportwagen, Regenschirm, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benutzung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



# Flammers Seife u. Seifenpulver

## Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinenreste, Fenster 1,25, 1,45, 1,85, 2,45, 3,25, 4,50.

Tüchdecken 1,75, 1,95, 2,45, 3,25, 4,50, 5,50 etc.

Erdbüchereien 3,45, 4,65, 5,85, 6,50, 7,50 etc. U. Weihenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, 2. Haus an der Koppenstraße.

Durch Rauch beschädigte Tuchdecken 0,95, 1,25, 1,85, 2,50, 3,25, 3,85, 4,50 etc.

Plüschdecken 4,25, 4,85, 5,25, 5,95.

Mohair-Plüschdecken 6,25, 7,85, 8,50, 9,85, 11,50 etc.

Tuchportieren, komplette Garnitur, 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,75, 6,50 etc.

Plüschportieren, komplette Garnitur, 6,25, 6,85, 7,85, 8,75, 9,50, 11,50, 13,50. Fortschrittsbau, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Stoppdecken, Similklebe, 3,25, 3,75, 4,50, 5,25, 6,25 etc.

Wiener Stoppdecken, Muster, 7,85, 8,50, 9,75, 11,25, 13,75, 15,50 bis 30 Mark.

Chaiselonguedecken, extra groß, 4,50, 5,75, 6,75, 7,50, 8,75, 9,50 etc. Große Frankfurterstraße 125.

Abfalteppiche 3,25, 3,85, 4,75, 5,25.

Berliner Plüschteppiche 6,85, 7,50, 8,75, 9,65, 11,25, 12,50 etc.

Gute Plüschteppiche 12,50, 14,50, 16,50, 18,50, 21,50 bis 60 Mark. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Ränser und Vorleinstücke zu Rockpreisen.

Solnreife, Wolle und Plüsch, zu Spottpreisen. Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 181R.

Kadabrekerarten. Wir empfehlen den Freunden des Radports: Nitelbuchs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 R. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 R. Expedition des "Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden.

Wandteppichhaus Kretzer, Kärstnerplatz 7, Spottpreiser Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Tischdeckenverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldschmuck, Silberwaren, verschiedene Händler. 349R.

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Halle des Betriebes Teppichlager Brunn, Kadefcher Markt 4, Potsdam Dörle. (Weder des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

4,50 prächtige Betten, 8,00 baumwollene Bettdecken, Kuchener, Damastbezüge 8,50. Nur Plüschdecken, Andreasstraße achtunddreißig. 349R.

10,50 ganzer Stand, rotbraun gestreift, einzig nur in der billigen Plüschdecken Andreasstraße achtunddreißig.

Ganzzett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschliff, 16,50, große Laten 90 Pfennige. Andreasstraße 28.

Baumwollbett, Unterbett, zwei Kissen 25,00. Wandteppiche, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenverleger vergütet. 349R.

Vorjährige hochlegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Rohstoffen, früherer Preis 60-80, jetzt 20-40, werden täglich im Rabatier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft.

Vitraners Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebraucht Spottpreise, Stalitzerstraße 99, Warfhanerstraße 67.

Trocknen Teppichlager, "Berliner" Bahmannstraße 29. 385R.

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

## Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent

Extravorteil selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farblichste, Spottpreise.

Gardinen, Stores, Kissen, Gardinen, Respartien für halben Wert.

Kauferechte Spottpreise.

Zofakofferte Spottpreise.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 367R.

Prachtvolle Betten 4,50, baumwollene Bettdecken 8,00, Kuchener, 3,90. Damastbezüge Plüschdecken Brunnstraße 88. 261R.

Paletts, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschliff, 16,50, große Laten 90 Pfennige. Wandteppiche Brunnstraße 88. 261R.

25,00 Baumwollbett, Unterbett, zwei Kissen Plüschdecken Brunnstraße 88.

10,50 ganzer Stand, rotbraun gestreift, einzig zu haben Plüschdecken Brunnstraße 88. Fahrgeld wird vergütet. 261R.

Kanarienvogelchen verkauft Weiß, Kapellenstraße 3. 185

Reihhaus Schmidt, Komintenerstraße 48, an der Barfhauserstraße, Uhren, Ketten, Gold-, Silberwaren, Verkauf veralteter Pländer billig. Sonntags geöffnet. 262R.

Reihhaus Schmidt, Komintenerstraße 48. Betten, Leib-, Tisch- und Bettwäsche billig. 262R.

Reihhaus Schmidt, Komintenerstraße 48. Herrengarderoben billig.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Heiderich. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Damenkostüme, englische Paletots, monatlich 10 Mark, liefert Lomporowatz, Schneidermeister, Lindenstraße 110. (Kahnenfertigung.) 317R.

Teppiche (fehlende) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhofs, Große Frankfurterstraße 9, Kureingang. Vorwärtsleser 6 Prozent Extravorteil. Sonntags geöffnet.

Stoppdecken billig! Kadefcher Große Frankfurterstraße 9, Kureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Kureingang. 249R.

Sprungers weltberühmtes Wandteppichhaus existiert allein Chausseestraße täglich! Alles Spottpreise! Jeder Kauf lohnt! Jedes geöffnet! 269R.

Gastionen, dreifach 4,50, Salonstuhle 7,50, Gaslampen 8,00, Kuchener 1,45, Gaswandarm 0,55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 9; Filiale Kapellenstraße 6.

Kuchenanzüge 2,50, Doppel-leibchen 0,50, Konfirmationsanzüge, Herrenarbeit, Herrenanzüge, Kuchler 22.-, 26.- ufm. Elegante! Musteranzüge, halber Preis. (Rabatt) Neue Friedrichstraße 4, vorn I (Rabe Jannowitzbrücke). 354R.

Hermaupplatz 6. Großberliner allerbilligste Einkaufsquelle. Nebenmann-Warenverkäufe. Händlervorteile. Winterpaletts. Sommerpaletts. Extrabillige Nadelanzüge, Gebrodenanzüge, Herrenarbeiten. Großer Bettenverkauf. Tischdeckenverkauf. Brautgeschenke. Weißtuch. Gardinenauswahl. Teppichauswahl! Plüschdecken. Stoppdecken. Nähmaschinen. Wanduhren. Leihgeschäfte. Kleiderauswahl. Ringen. Auswahl. Warenverkauf. Hermaupplatz 6. Auch Sonntags. 110R.

Zuchthaus, acht Jahre. Lebenserwartung von Sepp Dexter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu begleiten Buchhandlung Vorwärts.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Resolter, Leihings, Brillant-Ringe, Broschen, Uhren, Goldschmuck, Kessel Spottpreise. Uude, Oranienstraße 131. 927R.

Operngläser, Reifeblätter, Reizegen, Regulator, Freizeitsinger, Harmonikas, Geigen, Klavier Spottpreise. Uude, Oranienstraße 131.

## Teppiche.

Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Portieren, Plüsch und Jllz, Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.

Erdbüchereien, ein großer Posten mit Wolan, volle Breite und Länge 4,75.

Stoppdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. 381R.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 934R.

Billige Hosenmode. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 935R.

Reichgehaltene Tischdecken in Plüsch 1,35, Viktoriatuch 2,35, echt Plüsch 5,85. Inventur - Räumungspreise. Teppichhaus Emil Lejndre, Oranienstraße 158. 168R.

## Geschäftsverkäufe.

Restaurant ist sofort Spottpreise zu verkaufen, Riche 1200, Vereins, passend für Anfänger. Zu erfragen Budenerstraße 35. 182

Grünfranggeschäft mit Hausverwaltung wegen Übernahme eines Engrosgehalts sofort Remeterstraße 84. 261/10

Grünfrang, Obst, Patisseriewaren, gutem Geschäft, umständlicher billig veräußert. Näheres Rigdorf, Hermannstraße 110, Walter.

## Möbel.

Widder-Richter, Kahnen-See 26. Wichtig für Brautleute! Komplette Wohnung - Einrichtungen sowie Einzelmöbel in jeder Preislage. Eigene Werkstätten. Jede Garantie. Lieferung durch eigene Werkstätten. Telefon: III, 769. Firma besteht seit 1896. 341R.

Kein Brautpaar verläumt, keinen Bedarf in der altrenommierten Möbel-Fabrik Widder-Richter, Andreasstraße 30, gerade über Karfische, zu denen auch in vier Grundstücken. Spezialität: Wohnzimmer, Küche 195.-, 2 Stuben, Küche 475.-, Einzelne Möbelstücke bis 500 Mark billig. 328R.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahn- und Möbeldepot Wilmersdorfstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Wilmersdorf, stehen wieder verschiedene preisgünstige Zimmer- und ganze Wohnungs-Einrichtungen zum schleunigen Verkauf aufgestellt. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brautleute passend sind Schlafzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, (schön, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Stühle, Büchereien, Kleiderkränze, Bertlos, Ankleidekränze mit Spiegel, Salonparaluren, Ruhebetten mit prächtiger Dede 22,50, Vaneelsofa, Plüschsofa, Schreibstühle schon 28,00, Bestellen, Salontische, Stühle, prächtige Säulenträume 30,00, Lederstühle, Klappstühle 85,00, Plüschgarnitur 17,50, hochlegante Salontische mit Leinen, kaum sichtbar, bester schon 30,00, Zimmerleuchte 8,00 an, reichgehaltene Plüschportieren 7,50, Delgemälde, Stoppdecken, Erdbüchereien, Plüschdecken 5,00, Gastionen, Salonbilder mit eleganten Rahmen, Tischgarnituren, Tischdecken 2,00 an, Standuhren Spottpreise, zurückgelehrt, Plüschdecken, Teppiche, Freizeitsinger 12,00, ganze Warenlager, Konturwollen, Wirkstoffe, Nachlässe übernehme zum schnellen Verkauf und Verfrachtung. Otto Ude, Auktions- und Möbeldepot, Wilmersdorfstraße 25, Kofenlofer Transport, Lagerung.

Gneisenauer, 10. Ede Kostige S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teppichlager.

## Gelegenheitskäufe.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen, Teppichlager, Möbelhaus Diana, Danzigerstraße 14.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzählung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung dabei ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft W. Woldhaus, Fochenerstraße 38, Ede Eisenanfertiger. Kein Abhängigkeitsgeschäft! 2901R.

Jugendstil-Schranke 45.-, Umbau 38.-, mahagoni Schlafzimmer, mahagoni Möbel, Verbindungstische 22.-, Ankleidekränze, Marmor-tafel 24.-, Säulenschranke, Geschnitzte, Büttelstühle 48.-, viele Gelegenheitskäufe in fünf Etagen. Möbeldepot Hirschomig, Chausseestraße 50.

Möbeldepot Hirschomig, Harnack-Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgüterstraße 57 (Roripplatz), liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu niedrigsten Preisen. Unabwärtige Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahlt. Zahlungs-Erleichterung. Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Der billige Einrichtung oder einzelne Möbelstück per Kasse zu kaufen wünscht, da ist die beste Verbindung Vorfringstraße 26, Auergasse 6 und 6 Etagen, alles aufgestellt! Billiger wie im Möbelgeschäft! Einrichtungen von 180 an, bessere 250 bis 1500. Nur kurze Zeit, bald vergriffen. Vorfringstraße 26, grüne Schilder achten, da Möbelgeschäfte in der Nähe existieren, welche Kommissions-Möbel führen. 856R.

Speisezimmer, eiche, komplett 450, fast neu, Halemanns Speisezimmer Vorfringstraße 26, grüne Schilder. 857R.

Möbel-Richter, Kopenitz, Grünauerstraße 9 (Telephon 378); Ober-Schönheide, Wilmersdorferstraße 20 (Telephon 368). Wichtig für Brautleute! Komplette Wohnung - Einrichtungen sowie Einzelmöbel in jeder Preislage. Eigene Werkstätten. Jede Garantie. Lieferung durch eigene Werkstätten. Firma besteht seit 1896. 341R.

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, sowie ganze Brautausstattungen, einjährige, elegante, belächeln gewollt, verkaufen, Spottpreise. Kleiner Lager. Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Auch Teppichlager.) 276/8

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungs-Einrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette 120, Schreibstühle 45, Sofa 45, Garnituren 65, Truemeubel 30, Schränke, Bertlos 20, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klappstühle, Lederstühle, Umbau, Lederstühle ufm. Spottpreise. Demerits Möbeldepot, Vorfringstraße 55, Polentaler-Lor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 388R.

Billige Möbel, gebrauchte, neue und zerlehen gewesene, Kleiderstühle 18,00, Kommode 12,00, Bertlos mit Federmatratze 15,00, Chaiselongue mit Dede 19,00, Küchenstuhl 15,00, Kleiderstühl 4,00, Waschtische 8,00, Kleiderstühl 13,00, Herrenschreibtisch 24,00, Säulenträume 30,00, Vaneelsofa 68,00, Plüschgarnitur 55,00, Garderobenschrank, Ankleidekränze, Säulenschrank, moderne Küchen, Lederstühle 10,00. Auch Teppichlager Transport frei. Stargardt, Vorfringstraße 62. 236/19

Kaufstraße 4/5 bei Saalfeld kauft man Möbel, Wohnungs-Einrichtungen billig, gebiegen und reell. Vergleichen Sie meine Preise, Sie sparen Geld. Plüschsofa 45.-, feinstes Kleiderstühl 30.-, Beschäftigung ohne Anzahlung. 932R.

Möbel, Teppichlager. Spezialität: kleinere Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke verkauft unter nur denkbar billigsten Bedingungen. E. Cohn, Große Frankfurterstraße 58. 348R.

Möbel auf Teppichlager. Preisermäßigung. 906R.

## Plüschsofa, Truemeubel, Bettstellen, Matrassen, Polstermöbel.

Reell und gewissenhaft! taufen Brautleute in der bestrenommierten Möbel- und Polsterwarenfabrik R. Hirschomig, Staligerstraße 26, an der Hochbahn. Anrichtertische, weiß mit Buntnischen, modern, 88.-, Katalog gratis! 891R.

Möbel, billig, wegen Auflösung des Geschäfts. Eisen, Bettenerstraße 5, Eingang Alte Jakobstraße. 2901R.

## Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 35,00. Holz Blumenstr. 36b. 1683R.

Gelbes Dreirad, außerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. \*

## Musik.

Sprechmaschinen mit Hüllentrommel, 22,00, Garantie, Schallplatten. (Teppichlager). Reichbergerstr. 127.

Violinunterricht (neue, doppelt übernehmende Methode bis zur Vorklasse) gibt erziehender Künstler möglichen, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts". 26/11

## Verschiedenes.

Welcher Studierende oder Akademiker erteilt jungen, strebsamen Arbeiter in den Abendstunden Unterricht in Deutsch (Literaturgeschichte) ? Offerten "Bildung" Postamt 9, 9235

Varemanwait West, Gültenerstraße 94a.

Runkhoferei von Frau Roslody Schlichter, Rurstraße 8, III.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgelehrte, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Sontag, Schönberg, Sedanstraße 57, III. \*

Anfertigung von Damen- und Kinderkleidern, ausbessern, modernisieren. Dalling, Rigdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 11. 1717

Möbeltransporte und andere führen. Möbelpreise. Paul Dorn, Hofstraße 34, Amt II, 2478.

Technikum Berlin, Reanberstraße 3 (Schulstr.-Akademie), Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Lehrstühle, Werkstätten, Monteurkurse, Innungsmeister, Polierkurse, Architektur, Tagelöhner, Abendkurse. 179R.

Sprechtechnik, Atemgymnastik, Deklamations-Unterricht erteilt Regulator. Anfragen unter "H. 4" an die Expedition dieses Blattes. 686R.

Engerobobbin, Ringelsticherei, Hietze, Inselfstraße 1b. 855R.

Wandteppich Kaufstraße 27. \*

Märzbleiche, Handmähre, Wäsche wird schonend gewaschen, Leinwand, vier Handtücher, vier Tischdecken, Laten 0,10. Kein Verlauchen. Abholung, Donnerstags. Frau Kuback, Kopenitz, Berlinerstraße 23. 299R.

Nähmaschinenreparaturen kostengünstig schnell und billig, auch außer dem Hause. Dellmann, Gollmannstraße 26. 323R.

Zigaretten, Zigaretten, engros, allerbilligste Einkaufsstelle. Wiederverkäufer erhalten Prozente. Zentrale Rigdorf, Hermannstraße 7.

## Vermietungen.

Wohnungen, ein und zwei Stuben, sofort oder später zu vermieten. Auskunft im Lokal von Reihner, Charlottenburg, Gelnholzstraße 35. 113R.

Charlottenburg, Schillerstraße 94 zwei Stuben und eine Stube mit Küche billig zu vermieten. 1133

Zimmer. Möbliertes Zimmer vermietet Jacobus, Wilmersdorf, vorn II. Freundlich möbliertes Zimmer, vorn, allein, 12 Mark, Rathenauerstraße 26, II links. 879R.

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grünweg 63, vorn I links. 145

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Brunnenstraße 53, vorn III, Dohle. 851R.

Freundliche Schlafstelle vermietet Joller, Wilmersdorf, vorn III (Wilmersdorfer Bahnhof). 851R.

Möblierte Schlafstelle, Dresdenstraße 111, vorn I, Landgraf. 167

Separate Schlafstelle, Herrn, Dreuer, Eisenbahnstraße 31, IV. 116

Schlafstellen, zwei bessere, Mühlentstraße 37, Jellmer. 116

Herrenlogis, 6 Mark, Romal, Dreier, Rigackerstraße 13. 122

Schlafstelle zu vermieten, Wache 8,00, Schröder, Rastanallee 18, vorn IV. 179

Mietsgesuche. Möblierte Schlafstelle nebst kleiner Stube, mit Gasheizung, per sofort zu mieten gesucht. Gefällige Offerten unter W. H. 22 Postamt 68 erteilen. 931b

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tüchtigen Bildhauer sucht Kunststift B. Groß, Alte Jakobstraße 7. 920b

Schlofferlehrling verlangt Tegelerstraße 5. 937R.

Korbmacher auf Gelbholztische verlangt Seebeck, Dramenstraße 108.

Gründere verlangt Max Leonhard, Wilmersdorf, Ledderstraße 88.

Gelbholztischler verlangt Brandes, Alexandrinerstraße 118. \*

Mamsell auf Paletots verlangt Kraft, Rigdorf, Wilmersdorf 200.

Schürfabrik Kopenitzstraße 55 sucht 25 Arbeiterinnen auf Regenschirme.

Lehrmädchen auf Herrenarbeiten. Burgardt, Schützenstraße 4. 925b

Mamsell auf Rode sofort verlangt im Hause 2,50-3,25. B. Holz, Dramenstr. 10/11. 261/12

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. U. Jander u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 346R.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Brunnstraße 41. 26/9

100 Mamsell auf Paletots verlangt Buchholz, Reimendorferstraße 70. 125\*

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tüchtigen Bildhauer sucht Kunststift B. Groß, Alte Jakobstraße 7. 920b

Schlofferlehrling verlangt Tegelerstraße 5. 937R.

Korbmacher auf Gelbholztische verlangt Seebeck, Dramenstraße 108.

Gründere verlangt Max Leonhard, Wilmersdorf, Ledderstraße 88.

Gelbholztischler verlangt Brandes, Alexandrinerstraße 118. \*

Mamsell auf Paletots verlangt Kraft, Rigdorf, Wilmersdorf 200.

Schürfabrik Kopenitzstraße 55 sucht 25 Arbeiterinnen auf Regenschirme.

Lehrmädchen auf Herrenarbeiten. Burgardt, Schützenstraße 4. 925b

Mamsell auf Rode sofort verlangt im Hause 2,50-3,25. B. Holz, Dramenstr. 10/11. 261/12

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. U. Jander u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 346R.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Brunnstraße 41. 26/9

100 Mamsell auf Paletots verlangt Buchholz, Reimendorferstraße 70. 125\*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

## Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind geserrt: Möbelfabrikerei Kiehlung, Brunnenstraße 122. Kammfabrik Kiehl, Barfhauserstraße 37/38. Gleichzeitige erfuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie des Vertriebsbureaus des gelben Handwerker-Verbands\* streng zu meiden. Die Kreisverwaltung. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.